

Hinterland

36/2017 4,50 euro



strategie



DIE GESCHICHTE DES FORMALISIERTEN KORRIDORS

Erosion und Restrukturierung des
Europäischen Grenzregimes
auf dem Balkan



Neue Edition zum Europäischen Grenzregime

Band #1 der neuen Reihe, die von bordermonitoring.eu e.V. gemeinsam mit dem Ulenspiegel Verlag herausgegeben wird, zeichnet den „langen Sommer der Migration“ auf dem Balkan nach

(82 Seiten, Preis: 7,00 Euro zzgl. Versand)

Bestellungen an: bestellung@bordermonitoring.eu.

Kommende Ausgaben werden sich mit Idomeni, der Situation auf den griechischen Inseln und dem „Jungle“ in Calais auseinandersetzen.

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #36
Herbst, Winter 2017

IMPRESSUM

Titel:

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburgstraße 13,
80337 München

in Kooperation mit:

Hessischer Flüchtlingsrat, Leipziger Str. 17,
60487 Frankfurt

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Antonio Vetinari, Florian Schäfer,
Marianne Walther

Redaktion: Agnes Andrae, Antonio Vetinari,
Başak Özdemir, Christiane Kern, Christine
Wolftrum, Elena Stingl, Florian Schäfer, Joshua
Hamel, Katalin Kuse, Katharina Martl, Marianne
Walther, Matthias Weinzierl, Pit Kühnühl,
Stephan Dünnwald, Tom Reiss *(Namentlich
gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wiedergeben.)*

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 2.300 Stück

Website: Anton Kaur

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von der UNO-Flüchtlingshilfe

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmitteilfähigen Bescheides zurückzusenden.



ulenspiegel

4
zitiert & kommentiert
 Von Hubert Heindl

l i b a n o n u n d s y r i e n

5
The life of Syrians in Lebanon
 Eine Bilderstrecke von Susanne Schmelter

15
Paradies Deutschland?
*Familien auf der Flucht zwischen
 Syrien, Jordanien und Deutschland*
 Von Silke Hachmeister und Philipp Kühnlein

s t r a t e g i e

19
Der Flix-Bus-Afghane
*Ein Paradebeispiel für List,
 Witz und eine gehörige Portion Glück*
 Von Stephan Dünnwald

22
Die große Verleumdung
*Über die wahren Verantwortlichen
 der Tragödie auf dem Mittelmeer*
 Von Ruben Neugebauer

36
Von Nazibots auf Twitter zu führerlosen Autos
Eine dystopische Vision
 Von Florian Schäfer

38
Schweizer Käse
*Wider die pseudowissenschaftliche Verschwö-
 rungsideologie eines erfolgreichen 'Querdenkers'*
 Von Pit Kühnöl

44
Begegnungen möglich machen
*Ein Plädoyer für die Anstrengung
 persönlicher Verantwortung*
 Von Dennis Mehmet

51
„Ein unwiderstehliches Angebot“
*Ein Verein bürgt für jene, die auf dem hart
 umkämpften Wohnungsmarkt chancenlos sind*
 Interview von Marianne Walther

56
Sanctuary City, Städte der Zuflucht
*Wieviel juristischen Spielraum für kommunale
 Schutzräume gibt es in Deutschland?*
 Fragt Elena Stingl

60
Der Kampf um das Volk
Mit Populismus gegen den Populismus?
 Von Pit Kühnöl

66
Was wollt ihr eigentlich?
*Über mediale und gesellschaftliche
 Erwartungen an linke Strukturen*
 Von Florian Schäfer

70
Strategies to survive and to stay
 Eine hilfreiche Schautafel von Andrea Huber

74
Bellevue di Monaco Wahlparty
*Viele Menschen dürfen nicht wählen – diese
 Aktion gibt ihnen symbolisch eine Stimme*
 Interview von Matthias Weinzierl

f a m i l i e n n a c h z u g

78
„Die internationale Gemeinschaft hat versagt“
*Eine Bestandsaufnahme nach sieben Jahren
 Krieg in Syrien*
 Interview von Agnes Andrae

83
Zäune, Zeit und Zahlen
*Wie die Union das Recht auf
 Familiennachzug bekämpft*
 Von Rieke Lassen und Sebastian Muy

a b s c h i e b e h a f t

89
Unschuldig hinter Gittern
Der neue Abschiebeknast in Eichstätt
 Bilder von Hamun Tanin und Agnes Andrae

d r a m a

94
Flüchtlingsgespräche
Fortsetzung eines Dialogs in Abschiebehaf
 Von Human

w i l l k o m m e n a d i e u ?

98
„Wir glauben noch nicht, dass es vorbei ist“
*Ein Projekt für junge Geflüchtete wird nicht
 mehr von der Stadt München finanziert*
 Interview von Christine Wolfrum

g r u s e l n

101
Im Kopf von Mullah Horst
Süddeutsche Meditationen
 Von Human

l e s e n

104
Bernd Kasperek:
Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration
 Rezension von Stephan Dünnwald

105
Olga Grjasnowa:
Gott ist nicht schüchtern
 Rezension von Cornelia Fiedler

n a c h g e h a k t

106
Café 104 steht vor dem Aus!
Eine Anlaufstelle für Illegalisierte in der Krise
 Interview von Agnes Andrae

Schwerpunkt: Strategie

„Wenn der Schnee schmilzt,
 sieht man, wo die Kacke liegt“
 R. Assauer

Liebe Leser*innen,

Die Anzahl der in China lebenden Großen Panda-
 bären – so belegt es der letzte Zensus im Jahr 1988
 – ist von 1.200 auf knapp 1.900 angestiegen, der
 Trend weist derart steil nach oben, dass sie von der
 Roten Liste der stark gefährdeten Arten gestrichen
 wurden. Im September 2017 hielten es fast sechs
 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland für eine
 gute Idee, eine extrem rechte Partei, in den deut-
 schen Bundestag zu wählen, die mit menschen-
 feindlicher Hetze Politik macht. Diese beiden Infor-
 mationen in dieser Reihenfolge anzuordnen, war
 strategisch sicher nicht verkehrt, haben wir so doch
 verhindert, dass sich euch schon auf den ersten Zei-
 len unserer neuen Ausgabe der Magen umdreht. So-
 wohl bei den Bambusconnaissseuren wie auch den
 völkischen Vollpfosten stellt sich die Frage nach der
 Strategie: Wie planvoll sind alle Beteiligten vorge-
 gangen? Was waren ihre Vorstellungen und wie ha-
 ben sie diese in die Tat umgesetzt? Auch abseits der
 Wahlkämpfe, Spielbretter und Schlachtfelder auf
 dem Mietmarkt, im Internet oder im analogen All-
 tag haben wir in dieser Ausgabe solche Kalküle
 untersucht. Was wirklich planvollem Vorgehen ent-
 springt ist selbstredend eine wichtige Frage, die
 Verschwörungsideolog*innen sehr gerne mit „alles“
 beantworten. Mit einem Vertreter dieser Szene hat
 sich für diese Ausgabe Pit Kühnöl befasst, während
 Rieke Lassen und Sebastian Muy den strategischen
 Kampf gegen den Familiennachzug durch Unions-
 politiker*innen beleuchten. In unserem Länder-
 schwerpunkt dreht sich alles um die strategische Si-
 tuation in Syrien, unter anderem im Interview von
 Agnes Andrae mit Karim Alwasiti. Marianne
 Walther hat sich mit Aktiven unterhalten, die Ge-
 flüchteten auf dem irrwitzigen Münchener Miet-
 markt mit ausgeklügelten Methoden zur Seite stehen.
 Zusammen mit weiteren Texten haben wir euch
 diese Beiträge kühl kalkulierend zu einer neuen
 Hinterland gebündelt.

Eure ausgefuchsten Strateg*innen der
 Hinterland-Redaktion
 PS: Age of Empires 2

„Strategie: genauer Plan für die Handlungen, mit denen man ein (militärisches) Ziel verwirklichen will“

(Internet -Wörterbuch)

„Wenn Du in einer hoffnungslosen Position bist, musst Du kämpfen.“

(Sun Tzu, Die Kunst des Krieges)

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
bei Pro Asyl.

Für Strategien scheint kein Platz zu sein im Flüchtlingsrecht: Die einen sind Bittsteller*innen und müssen sich in den gesetzlichen Rahmen fügen, und die anderen haben die Pflicht, Recht und Gesetz zu gehorchen, hier also den grund- und menschenrechtlich versprochenen Schutz sicherzustellen. Und dennoch platzieren die Parteien, allen voran die dominierende bayerische, zusammen mit einer Neu-Formierten, das Thema „Flüchtlinge“ in der öffentlichen Diskussion. Seit der Bundestagswahl wird bei den Koalitionsabsprachen über nichts anderes parliert. Obergrenze oder „atmender Deckel“, konsequente Abschiebepolitik, Transitzentren scheinen die Lösungen für die in Deutschland vorhandenen Probleme zu sein. Keine Debatte gibt es über andere Sorgen: Die wachsende soziale Schere, die Wohnungsnot und die Mietpreise, das wachsende Verkehrschaos, die Verödung ganzer Landstriche und Stadtteile, die Häufung der Überflutungen und Stürme, die Vergiftung der Böden und Gewässer durch die industrielle Landwirtschaft, das Zubetonieren der freien Natur, den Pfliegenotstand, das erodierende Gesundheitssystem, die Rentenfrage, ganz zu schweigen von internationalen Fragen wie die Zukunft Europas, die Rückkehr der Despoten und Nationalist*innen, die Zunahme der internationalen Konflikte, die globale Klima- und Umweltkatastrophe, um nur einige zu benennen. Die Asyldebatte lenkt die Auf-

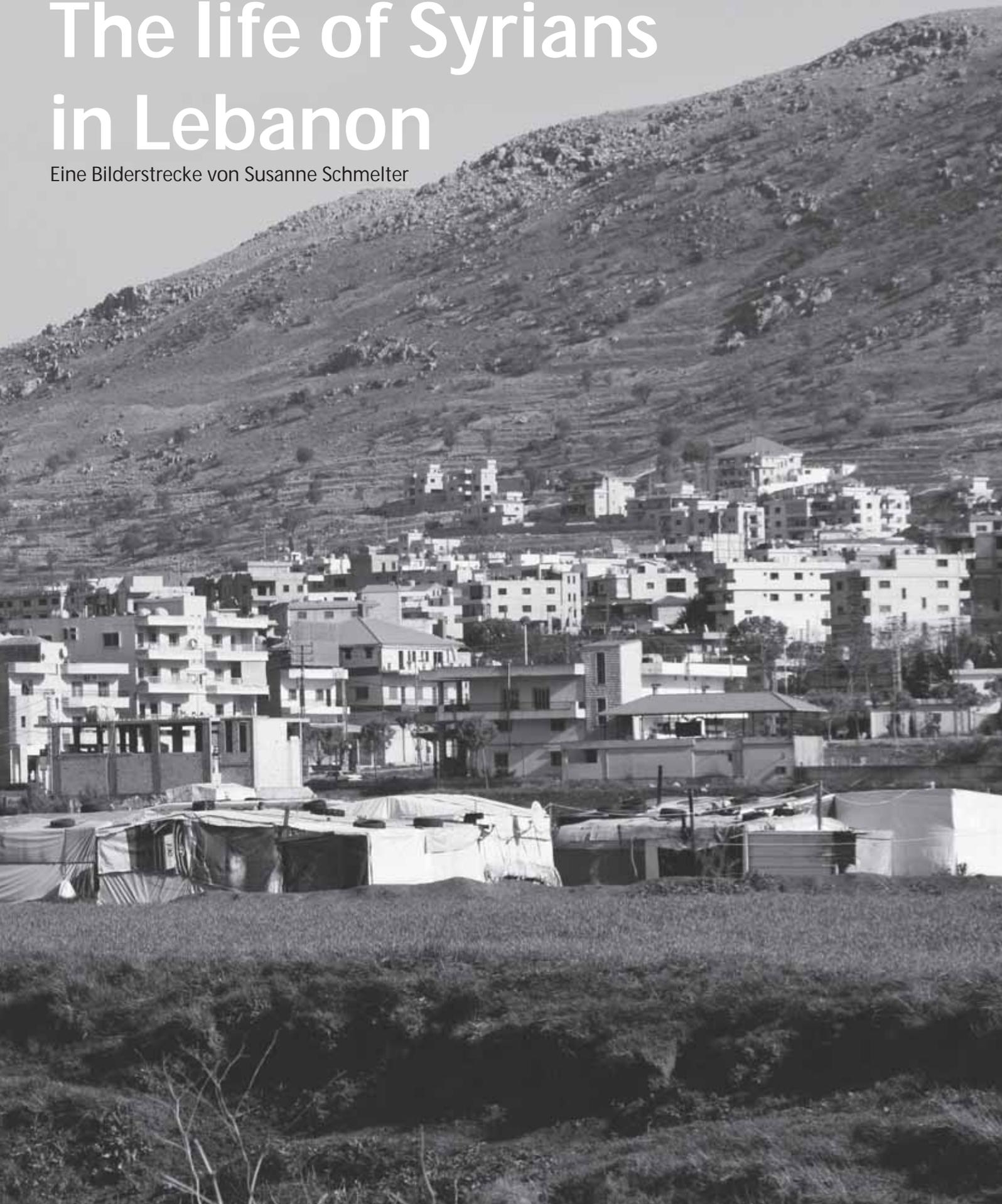
merksamkeit um, ermöglicht es, Aktionismus vorzupiepen und nötiges Handeln zu unterlassen. Denn dieses würde der Bevölkerung mehr zumuten als mit Geflüchteten zusammenzuleben. Das ist eine Strategie.

Eine Analyse der Gesetzesänderungen der letzten zwei Jahre und der Politiken, die die Regierungen in Deutschland und die EU-Kommission verfolgen, verrät ebenfalls ein strategisches Ziel. Es ging nicht darum, die Lage der Geflüchteten zu verbessern oder auch nur ein besseres Verfahren zu finden, sondern um Abschreckung und Abschottung. Die Erschwerung der Arbeitsaufnahme, die Einführung der besonderen Aufnahmeeinrichtungen, die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, die Erleichterung der Abschiebungshaft, die Kürzung der Sozialleistungen und die meisten der neuen Restriktionen treffen die aktuellen Geflüchteten und sollen die künftigen abschrecken. Europa plant die Abriegelung des Mittelmeers und die Schaffung von Aufnahme- oder besser Fernhalte-Zentren in Libyen und anderen afrikanischen Staaten. Diese strategischen Mittel haben ein Ziel: die Abschaffung des individuellen Asylrechts in Deutschland und Europa.

Unsere Gegenstrategie liefert Sun Tzu.

The life of Syrians in Lebanon

Eine Bilderstrecke von Susanne Schmelter



Bauboom in Beirut

*Die alten Häuser werden nach und nach von Hochhäusern verdrängt. Viele Syrer*innen arbeiten auf Baustellen, auch schon vor dem Krieg - Arbeitsschutz besteht kaum*





Geparkt zwischen Autos
Einige finden Arbeit im Servicebereich, im
Verkauf oder auf Parkplätzen (Beirut 2016)

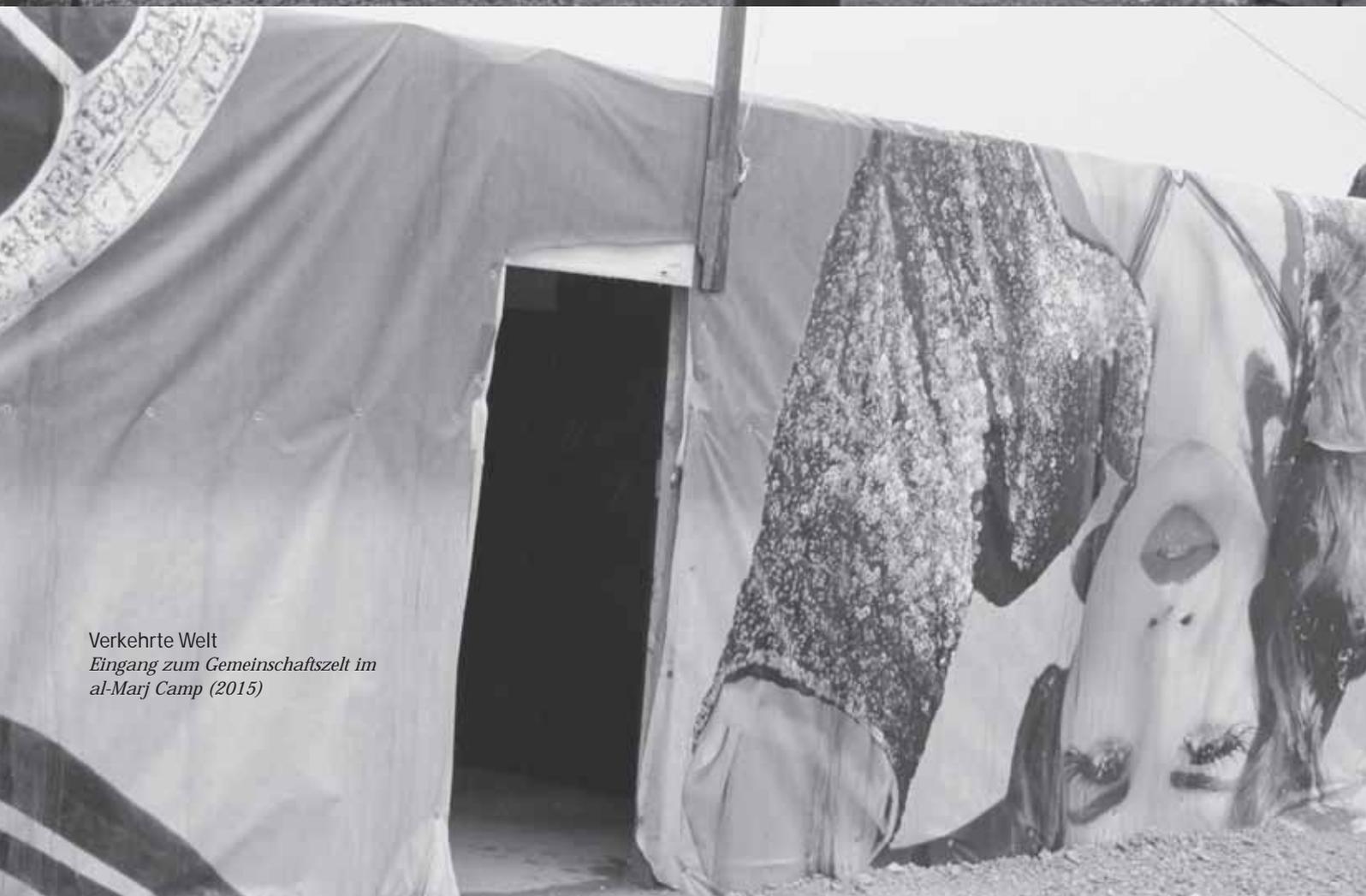






No education

Zugang zu Grundschulen und weiterführender Bildung ist im Libanon oft sehr schwierig für Kinder aus Syrien (Aufnahme im al-Marj Camp, Beeka, 2015)



Verkehrte Welt

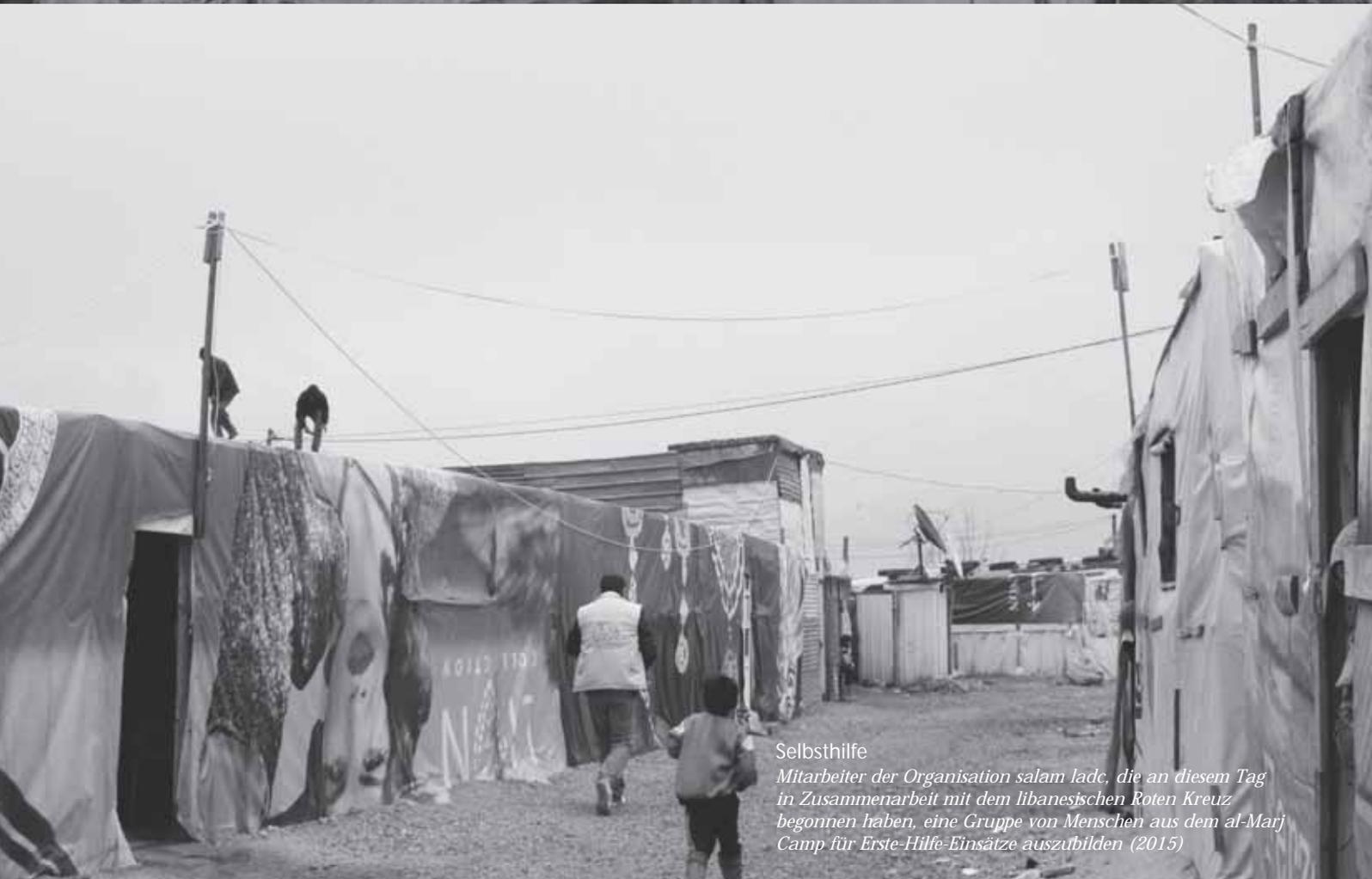
Eingang zum Gemeinschaftszelt im al-Marj Camp (2015)



Gerade das Nötigste
Innenansicht eines Zeltens im al-Marj Camp. Die Geflüchteten zahlen Miete, der UNHCR bezuschusst nur unter Umständen (2015)



Puzzlespiel
*Mit viel Improvisation wachsen die Camps
Stück für Stück (al-Marj Camp 2015)*



Selbsthilfe

*Mitarbeiter der Organisation salam ladc, die an diesem Tag
in Zusammenarbeit mit dem libanesischen Roten Kreuz
begonnen haben, eine Gruppe von Menschen aus dem al-Marj
Camp für Erste-Hilfe-Einsätze auszubilden (2015)*



Balanceakt
*Syrische Geflüchtete beim Fischen vor ihren selbstgebauten
Camps (Beeka-Ebene 2016)*



Hilfe von außen

Humanitäre Organisationen brachten dann erst ihre Services, wie hier etwa Sanitäranlagen, nachdem sich Camps gebildet hatten (Beeka-Ebene, 2016)



Susanne Schmelter lebt seit 2014 im Libanon, wo sie für ihre Doktorarbeit (Kulturanthropologie, Uni Göttingen) zur Rolle von Humanitarismus im Migrations- und Grenzregime forscht und schreibt. Für ihre Masterarbeit (Friedens- und Konfliktforschung, Uni Marburg) forschte sie 2009/10 zum urban displacement von irakischen Flüchtlingen in Damaskus und Beirut.

Paradies Deutschland?

Familien auf der Flucht zwischen Syrien, Jordanien und Deutschland

Silke Hachmeister und Philipp Kühnlein begleiten den Prozess der Migration sieben syrischer Familien von Jordanien nach Deutschland: Auszüge individueller Fluchtgeschichten, Eindrücke der prekären Situation Geflüchteter in Jordanien, Hoffnungen auf ein besseres Leben in Deutschland und Enttäuschungen nach der Ankunft.

Anfang September 2015 fanden sich mehrere hundert Menschen rund um den Bahnhof Keleti in der ungarischen Hauptstadt Budapest zusammen und machten sich zu Fuß auf den Weg Richtung Norden. Das Ziel: über Österreich nach Deutschland. Berichte und Videos dokumentieren den Marsch der Menschen und ihre Hoffnungen, in Westeuropa die Qualen von Krieg, Verfolgung und Flucht hinter sich lassen zu können. Entlang von Schnellstraßen und Autobahnen liefen Menschen, überwiegend aus Syrien, zu Fuß in Richtung Westen und unterliefen damit das repressive Grenzregime der europäischen Staaten. Unter dem Hashtag *#marchofhope* ging diese Migrationsbewegung binnen kürzester Zeit um die Welt und machte auf die bisher wenig thematisierte ‚Balkanroute‘ aufmerksam. Zwar existierte diese Route von den griechischen Inseln über die Staaten des westlichen Balkans nach Mittel- und Nordeuropa zu diesem Zeitpunkt bereits seit einigen Jahren, allerdings nimmt die Zahl der Migrant*innen seit Ende 2014 deutlich zu und erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt im Herbst 2015. Eingerissene Zäune, riesige Zeltstädte an den Grenzen, Proteste und Auseinandersetzungen mit Grenzsoldaten sowie die schiere Zahl der Menschen, die sich nicht aufhalten ließen, kreierte Bilder des kollektiven Widerstandes und erzwangen einen Ausnahmezustand, der die Grenzen entlang der Balkanroute zeitweilig öffnete. Diese widerständigen Handlungen waren (und sind) getrieben von den Hoffnungen auf ein Leben in Würde und Frieden und manifestierten sich in dem Titel *#marchofhope*. Mit jedem eingerissenen Zaun und mit jeder passierten Grenze verstärkten sich diese Hoffnungen. Geschichten und Erzählungen über erfolgreiche Formen des Widerstandes, über die ‚einfachsten‘ Wege und die ‚besten‘ Ziele der Migration wurden entlang der Migrationskorridore ausgetauscht und über digitale Netzwerke an Familie und Bekannte in den Ausgangsorten der Migration weitergeleitet. In den zerbombten

Städten und Dörfern Syriens, in den Flüchtlingslagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien entstanden auf diese Weise diverse Narrative über mögliche Wege zu Orten eines besseren Lebens, die konkrete Entscheidungen über eine potentielle Migration beeinflussen.

Um von den Vorstellungen von und Hoffnungen auf Orte eines besseren Lebens sowie von den konkreten Entscheidungsprozessen für Migrationsbewegungen und von den Erfahrungen nach der Migration einen Eindruck zu gewinnen, haben wir Interviews mit sieben syrischen Familien während und nach dem Prozess der Migration von Jordanien nach Deutschland geführt. Diese Familien waren zwischen 2012 und 2014 aus Syrien nach Jordanien geflohen, bevor sie sich dazu gezwungen sahen, die erneute Flucht nach Europa aufzunehmen. Im Sommer und Herbst 2015 machte sich jeweils ein Teil der Familie, zumeist Ehemänner und ältere Söhne, auf den Weg nach Europa, getrieben durch den Gedanken an eine gemeinsame und sichere Zukunft der Familie, der durch einen anschließenden Familiennachzug realisiert werden sollte.

Diese Pläne waren weitestgehend erfolgreich. So erreichte die Mehrheit Deutschland innerhalb von ein bis zwei Wochen und konnte dort Asyl beantragen. Von Jordanien aus flogen sie in die Türkei und reisten anschließend entlang der Balkanroute bis nach Nordeuropa. Mit einer Ausnahme konnte mittlerweile auch in allen Fällen der Plan des Familiennachzugs realisiert werden. Es gab Ausnahmen. Zwei Töchter über 18 konnten nicht über Familiennachzug geholt werden, eine Familie bekam lediglich einen subsidiären Schutzstatus, auch dies schloss den Familiennachzug für zwei Jahre aus. Die Interviews, welche die Grundlage des Artikels bilden, wurden im Januar 2017 in Amman mit den verbliebenen Ehefrauen bzw. Müttern und im August 2017 mit den wiedervereinigten Familien in

unterschiedlichen deutschen Städten geführt.

Die Situation in Jordanien und die Entscheidung zur erneuten Flucht

Die befragten Familien stammen alle aus dem Süden Syriens, vorwiegend aus Damaskus und den umliegenden Gebieten. Nach dem Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges entschieden sie sich je nach individueller Bedrohungslage entweder direkt das Land in Richtung Jordanien zu verlassen oder flohen innerhalb Syriens zu vermeintlich sichereren Wohnorten ihrer Verwandten. In ihren Heimatorten und auf ihrem Weg nach Jordanien erlebten sie die Gewalt des Krieges in aller Härte: Familienmitglieder wurden verhaftet, gefoltert und getötet, die Häuser der Familien wurden zerstört. In mehreren Fällen berichteten die fliehenden Personen von Giftgasangriffen, der tödlichen Wirkung und den bleibenden gesundheitlichen Schäden, die insbesondere die Kinder der Familien betreffen.

Nach dem Grenzübertritt im Norden Jordaniens war es nur zwei Familien möglich, direkt in die Hauptstadt Amman zu reisen, während die anderen fünf eine kurze Zeit in dem größten Flüchtlingslager Jordaniens, dem Zaatari-Camp durchliefen. Aktuell leben in dem Camp circa 80.000 Menschen, zu Höchstzeiten im Frühjahr 2013 waren es nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) bis zu 200.000 Personen. Die Erfahrungen der interviewten Familien decken sich mit Medienberichten und Einschätzungen unabhängiger Hilfsorganisationen zur Lage in dem Camp: Sie berichten von ungenügendem Schutz vor den extremen Temperaturschwankungen in der Wüste, allgegenwärtiger Gewalt und sexualisierten Übergriffen, willkürlichen und korrupten Behörden, mangelnder Ernährungssicherheit, schlechter sanitärer Versorgung und unzureichender medizinischer Unterstützung. Diese Erfahrungen nahmen die Familien zum Anlass, das Camp innerhalb weniger Tage illegal zu verlassen und in die Städte Zarqa und Amman zu ziehen.

Insgesamt leben in Jordanien derzeit etwas mehr als 654.000 registrierte syrische Geflüchtete, davon mehr als 80 Prozent außerhalb der zentralen Flüchtlingscamps. Diese verteilen sich überproportional stark auf die urbanen Zentren in den nördlichen Regierungsbezirken Irbid, Mafraq, Zarqa und Amman. Für manche Städte bedeutete dies in den Jahren 2013 und 2014 eine Bevölkerungszunahme von bis zu 50 Prozent innerhalb weniger Monate. Entsprechend hoch sind die sozialen und ökonomischen Probleme, mit welchen syrische Geflüchtete konfrontiert sind. So

schnell in den ersten Monaten des syrischen Bürgerkrieges internationale Hilfsgelder nach Jordanien flossen, um eine humanitäre Krise kurzfristig zu verhindern, so rasch versiegte dieser Geldfluss auch wieder. Sowohl die jordanischen Behörden als auch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) und das UNHCR warnen regelmäßig vor chronischer Unterfinanzierung der Unterstützungsprogramme und bitten internationale Geldgeber in eindringlichen Appellen um mehr Geld. Das ‚Szenario‘ der humanitären Krise hingegen ist längst zur Realität geworden. Die ohnehin schon angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren durch die anfängliche Bereitschaft internationaler Hilfsorganisationen, völlig überbeurteilten Wohnraum für Geflüchtete anzumieten, nochmals deutlich zugespitzt. Die Wohnungspreise in den urbanen Zentren Jordaniens explodieren. Bildungseinrichtungen unterrichten im Schichtprinzip und kommen an ihre Belastungsgrenze, das Gesundheitssystem ist völlig überlastet und kann teilweise nur noch rudimentäre Untersuchungen anbieten. Sind die mitgebrachten Ersparnisse aus Syrien erst einmal aufgebraucht, sind nahezu alle syrischen Geflüchteten von den Hilfsgeldern internationaler Organisationen abhängig. Diese ohnehin schon sehr geringen Zahlungen wurden im Jahr 2015 nochmals gekürzt. Das WFP verringerte die Anzahl der ausgehändigten Lebensmittelgutscheine drastisch und minderte den Wert der übrigen Gutscheine um bis zu 50 Prozent. Je nach individueller Schutzbedürftigkeit erhielten syrische Geflüchtete ab April 2015 nur noch monatliche Lebensmittelgutscheine bis zu 15 JOD (circa 18,00 €). Eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln war damit nicht ansatzweise zu leisten. Erschwerend kommt das rigide Arbeitsverbot für syrische Geflüchtete in Jordanien hinzu, welches bis ins Jahr 2016 nahezu jegliche Form der ökonomischen Unabhängigkeit formal verhinderte. Bei einem Verstoß gegen das Arbeitsverbot drohten Geldbußen, eine Inhaftierung oder gar die Abschiebung nach Syrien.

Die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen zwischen 2014 und 2015 bestätigt sich auch durch die Aussagen der befragten Familien. In allen Fällen waren Familienmitglieder gezwungen, in illegalen Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten und niedrigste Löhne zu akzeptieren, in einigen Fällen mussten selbst Kinder arbeiten, um das Überleben der Familie zu sichern. Die Familien berichten von bis zu 12 Stunden täglicher Arbeit, Ausbeutung und Übergriffen am Arbeitsplatz. In mehreren Fällen wurden Familienmitglieder verhaftet, bedroht und in einem Fall sogar nach Syrien deportiert. In dieser Folge kommt es neben den

körperlichen Belastungen durch extreme Arbeit und mangelnde Ernährung auch vermehrt zu psychischen Belastungen innerhalb der Familien.

Die Entscheidung Jordanien zu verlassen, fällt bei allen sieben Familien in jenem Zeitraum der rapiden Abnahme der Unterstützungsleistungen im Jahr 2015. Als Ursache für den Entschluss zu einer erneuten Migration wird in allen Fällen die verschlechterte ökonomische Situation der Familie angegeben, gleichzeitig spielen aber auch mangelnde Perspektiven in den Bereichen Bildung und medizinischer Versorgung sowie Korruption und Willkür bei jordanischen Behörden eine zentrale Rolle. Zeitgleich nehmen Narrative über Möglichkeiten eines besseren Lebens in Europa in der syrischen Community in Jordanien deutlich zu. Insbesondere Geschichten über Deutschland spielten dabei eine Schlüsselrolle. Erfahrungsberichte von Migrant*innen vermischten sich mit medial verbreiteten Gerüchten und Erzählungen und erzeugten ein attraktives Bild von Deutschland als potentiell-les Migrationsziel. Keine der befragten Familien hatte bei ihrer Flucht aus Syrien oder in den Jahren in Jordanien den Plan nach Europa zu migrieren. Erst mit der sich zuspitzenden ökonomischen Situation im Frühjahr und Sommer 2015 und den Berichten in den digitalen Netzwerken über Europa bzw. Deutschland als Ort eines guten Lebens wurde eine mögliche Flucht nach Deutschland innerhalb der Familien diskutiert. Zwischen Juli und Dezember 2015 reisten schließlich die ersten Mitglieder der befragten Familien mit dem Flugzeug in die Türkei, um von dort aus in Richtung Deutschland aufzubrechen.

„Paradies Deutschland“ - Wahrnehmung, Vorstellung und Hoffnung auf Deutschland

Zum Zeitpunkt der ersten Interviews mit den in Jordanien verbliebenen Frauen im Januar 2017 lebten die Männer und einige Kinder der Familien bereits mindestens ein Jahr in Deutschland und hatten regelmäßig Kontakt zu ihren Verwandten in Jordanien. Der Prozess der Familienzusammenführung stand zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Abschluss und die ersten Frauen sollten unmittelbar nach den Gesprächen nach Deutschland ausreisen. Neben den Entscheidungsprozessen wollten wir auch die Wahrnehmung Deutschlands sowie die damit verbundenen Hoffnungen dokumentieren.

Dabei stellten wir eine sehr positive, teils übersteigerte Wahrnehmung Deutschlands fest. Deutschland wird in allen Gesprächen mit einem großen Arbeitsangebot, mit guter und kostenloser Bildung und medizinischer

Versorgung sowie mit Menschenrechten assoziiert und damit explizit positiv Jordanien (und teilweise auch Syrien) entgegengestellt. Die Situation der Familienmitglieder in Deutschland wird ausschließlich positiv geschildert und häufig mit Formulierungen wie ‚glücklich‘, ‚zufrieden‘, ‚gut‘, ‚perfekt‘ beschrieben. Darüber hinaus fallen immer wieder Äußerungen, die Deutschland als ‚Paradies‘ oder ‚Himmel‘ bezeichnen und die Schönheit und Vielfältigkeit von Flora und Fauna sowie die Freundlichkeit der Menschen anpreisen. Es wird ein Bild von ‚Deutschland‘ gezeichnet, welches als eine Art ‚Negativ‘ zur Situation in Jordanien vorgestellt wird. Während es in Jordanien keine Arbeit, keine guten Bildungsangebote, keine ausreichende medizinische Versorgung und keine Rechte für syrische Geflüchtete gebe, sei dies in Deutschland alles vorhanden und zugänglich. Die Vorstellungen von grüner und reichhaltiger Natur mit einer vielfältigen Tierwelt kontrastieren ebenfalls die karge Landschaft Jordaniens.

Diese Vorstellungen und Hoffnungen werden durch die selektive Berichterstattung der in Deutschland lebenden Familienangehörigen untermauert. Mit nur einer Ausnahme konnten die in Jordanien gebliebenen Familienmitglieder keine realen Probleme, negativen Erlebnisse oder Herausforderungen der in Deutschland lebenden Familie benennen: „They told us that everything is good there. The weather, the education, the people“ (Riem [alle Namen wurden geändert] über die Berichte ihrer Familie in Deutschland). Trotzdem äußerten einige befragte Personen auch Ängste und Sorgen hinsichtlich ihrer Zukunft in Deutschland. Am häufigsten wurde dabei die Sprachbarriere genannt, keine der befragten Personen konnte zum Zeitpunkt der Interviews englisch oder deutsch. Darüber hinaus gestalteten sich die Ängste und Sorgen jedoch sehr unterschiedlich. In zwei Fällen wurden konkrete Ängste vor Rassismus und Diskriminierung aufgrund der Religion geäußert. Ausgangspunkt dieser Ängste sind konkrete rassistische Vorfälle in Deutschland, welche durch Videoaufnahmen dokumentiert wurden und anschließend in digitalen Netzwerken wie *YouTube* und *Facebook* zirkulierten. In nur einem Fall wurde die Angst vor einem möglichen Verlust der eigenen kulturellen Identität geäußert.

Insgesamt lässt sich festhalten: Je größer die individuelle und selbstständige Auseinandersetzung und Informationsbeschaffung - vor allem im Internet - mit einer Lebensrealität in Deutschland ist, umso konkreter werden auch Ängste und Sorgen benannt.

Zwischen Ausländerbehörde, Jobcenter und Sprachkurs: Ankunft und Alltag in Deutschland

Zwischen Januar und März 2017 reisten schließlich sechs der sieben in Jordanien befragten Frauen tatsächlich mittels Familienzusammenführung nach Deutschland. Sie berichten von sehr unterschiedlichen Erfahrungen und bewerten entsprechend ihre Lebensumstände in Deutschland. Insgesamt ist in allen Gesprächen die Erleichterung spürbar, die Wirren des Krieges und die prekäre Situation in Jordanien hinter sich zu haben. Allerdings führten die hohen Erwartungen zu mehr oder weniger schwerwiegenden Enttäuschungen. Die Lebensrealität geflüchteter Menschen in Deutschland erweist sich als deutlich schwieriger als sie es sich vorgestellt hatten, und insbesondere die Sprachbarriere verkompliziert alltägliche Herausforderungen. In nur einem Fall befinden sich alle Familienmitglieder aktuell in Sprachkursen, sind motiviert zu lernen und machen nach eigener Einschätzung auch Fortschritte. In den restlichen Familien warten zumindest die nachgereisten Frauen, teilweise aber auch selbst die Männer der Familie, noch auf freie Plätze in Sprachkursen. Die sprachliche Barriere verhindert in fast allen Fällen eine nachhaltige Kontaktaufnahme mit der deutschsprachigen Bevölkerung. In nur zwei Fällen können die Familien auf lokale Netzwerke von Unterstützer*innen zurückgreifen und damit alltägliche Probleme kommunikativ bewältigen. In den restlichen Fällen finden sich die Familien in einer sozialen Isolation wieder, die einzigen Ansprechpartner*innen sind andere arabischsprachige Migrant*innen und Angestellte bei notwendigen Behördengängen. In einigen Fällen berichten die Familien auch von öffentlichen Anfeindungen und Rassismus. Für eine Familie in einer thüringischen Kleinstadt sind Ausgrenzung und Diskriminierung durch große Teile der deutschen Mehrheitsbevölkerung sogar Bestandteil des alltäglichen Lebens.

Das Bildungsangebot wird, trotz der Probleme mit den Sprachkursen, größtenteils als positiv geschildert. Alle Kinder der Familien befinden sich derzeit entweder in speziellen Integrationsklassen oder in regulären Schulklassen und können auf sprachlicher Ebene relativ gute Fortschritte erzielen. Die Hoffnung auf Arbeit hingegen hat sich bisher für niemanden bewahrheitet. In einer Familie wurde dem Ehemann trotz fortgeschrittener Deutschkenntnisse (GER B2) die Möglichkeit auf eine notwendige berufliche Weiterbildung mit der Begründung versagt, dass ein weiterer Deutschkurs eine geringere finanzielle Belastung für die Behörde darstelle. Der Umgang mit dem Jobcenter wird zwar in den meisten Fällen als positiv geschildert,

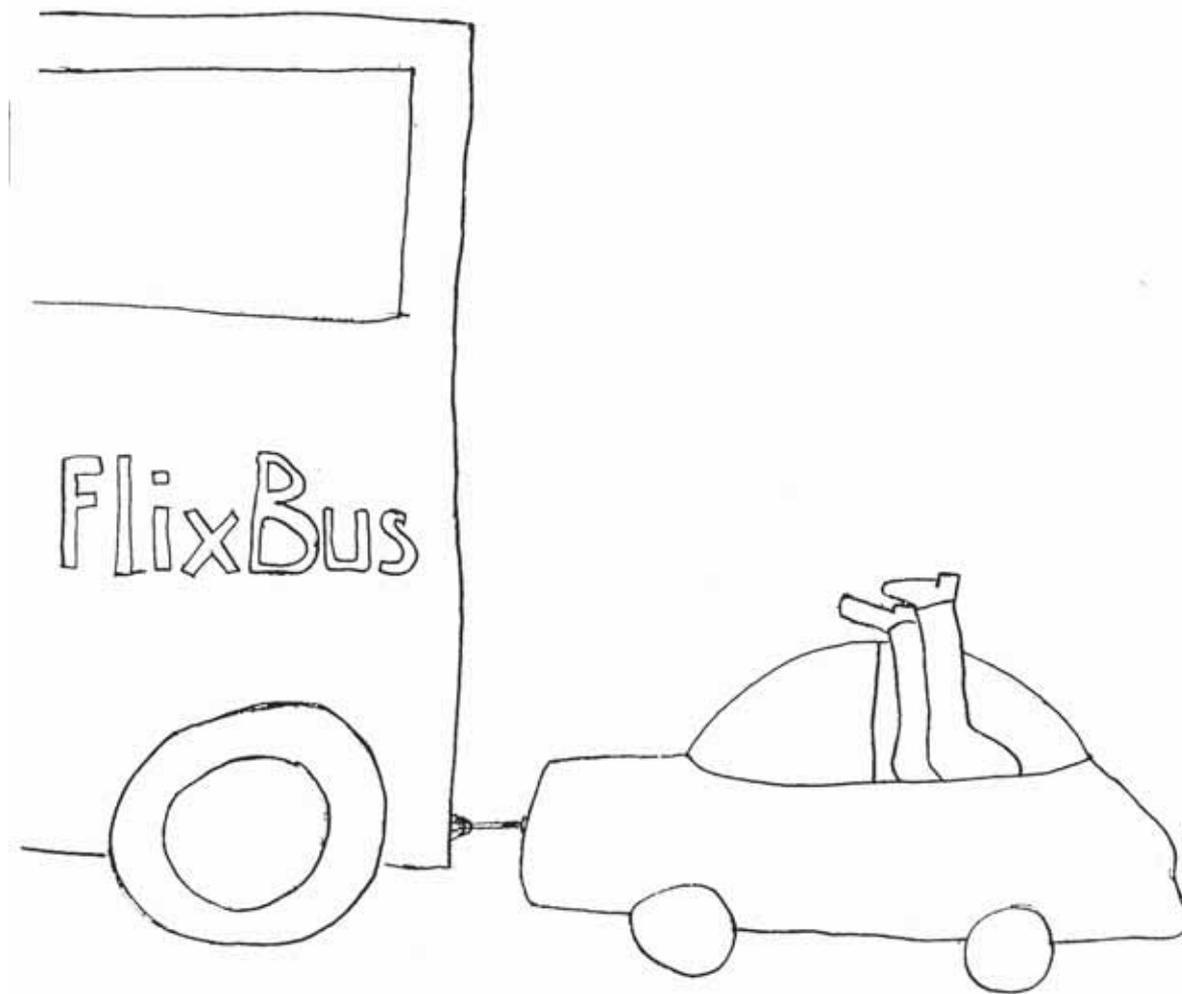
der Wunsch nach einer beruflichen Perspektive wird jedoch durch die Sprachbarriere und die Vorgaben des Jobcenters erschwert.

Ein weiteres Problem zeigt sich für die Familien in der Ausübung der Religion, da religiöse Gemeinden und Gebetsräume häufig nicht in der direkten Umgebung gelegen sind oder Veranstaltungen in anderer Sprache abgehalten werden. Zwei Familien berichten gleichzeitig aber auch von großer Akzeptanz und Achtung gegenüber ihrer Religion durch die Nachbarschaft. Insbesondere während des Fastenmonats Ramadan erlebten die beiden Familien eine starke religiöse Sensibilität in ihrem direkten Umfeld. Demgegenüber berichtete eine Familie von massiven Problemen einer freien Religionsausübung, einerseits wegen des Fehlens von Räumlichkeiten in der Umgebung und andererseits durch eine konkrete Bedrohungslage durch die lokale Bevölkerung.

Insgesamt ziehen die Familien bisher eher ein ernüchterndes Fazit, enttäuscht von den großen Erzählungen eines besseren Lebens in Deutschland. Sie fühlen sich vor allem durch die Bürokratie und komplexen rechtlichen Regularien in ihrem Alltag eingeschränkt und kritisieren die Abhängigkeit von den jeweiligen Behörden. Die Hoffnungen auf das ‚Paradies Deutschland‘ haben sich in diesem Ausmaß nicht erfüllen können. Gleichzeitig ist aber auch deutlich die Erleichterung zu spüren, einen sicheren Ort erreicht zu haben, den erniedrigenden Bedingungen in Jordanien entkommen zu sein und insbesondere den Kindern einen Zugang zu Bildung und einem geregelten Alltag ermöglichen zu können.

Der Wunsch nach Sicherheit und Stabilität ist für alle Familien in Deutschland größtenteils in Erfüllung gegangen, die Hoffnungen auf ökonomische Unabhängigkeit und ein selbstbestimmtes Leben hingegen sind derzeit noch Visionen einer besseren Zukunft. Und so scheint der individuelle *#marchofhope* der geflohenen Familien sich von den Straßen in die Wartezimmer der deutschen Behörden zu verlängern. Aller Widerstände zum Trotz blickt ein Großteil der Familien hoffnungsvoll einer Zukunft in Deutschland entgegen. Sie sind entschlossen, ihr Leben in Deutschland zu planen, um den hier aufwachsenden Kindern ein neues Zuhause und eine sichere und stabile Zukunft zu bieten, geduldig das Warten auf Sprach- und Integrationskurse auszuhalten, bemüht soziale Kontakte aufzubauen, einen Einzug ins Arbeitsleben zu erkämpfen und sich vor allem von den anfänglichen Enttäuschungen nicht entmutigen zu lassen.<

ilke Hachmeister
und Philipp
Kühnlein studierten
Kulturgeographie
(MA) an der FAU in
Erlangen und der
Yarmouk Universität
in Irbid, Jordanien.
Der Artikel berichtet
aus einem laufenden
Forschungsprojekt.



Der Flixbus Afghane

In Deutschland herrscht Abschreckungs- statt Willkommenskultur. Vor allem in Bayern geht der Widerstand Geflüchteter gegen schäbige Verhältnisse in den Abschiebelagern oft böse aus. Dennoch gibt es, wenn auch selten, diejenigen, die uns eine gewisse Autonomie der Migration bewusst machen. Von Stephan Dünwald.

Reden wir über die Autonomie der Migration, so haftet an dem Begriff oft ein kleiner Glorienschein: Es riecht nach Widerstand, Subversion, Anarchie und Freiheit. Das ist zumeist nicht der Fall. Viel Widerstand wird von den Behörden erstickt, viele der Geflüchteten, die im ‚Sommer der Migration‘ nach Deutschland kamen, sind inzwischen verzweifelt, frustriert, krank geworden durch das System der Abschreckung und Ausgrenzung, das sich über viele Geflüchtete wie ein erstickendes Tuch gelegt hat. In Bayern werden ab diesem Sommer all jene, denen keine ‚gute Bleibeperspektive‘ attestiert wird, erst einmal in sogenannte ‚Transitzentren‘ eingewiesen. Transit, man fragt sich, wohin? Hier kann nur raus, wem Flüchtlingschutz zuerkannt wird. Alle anderen bleiben, nötigenfalls zwei Jahre, wenn sie nicht vorher abgeschoben werden, weiter flüchten, oder untertauchen. Eine deprimierende Perspektive, die markant die Wende von einer Willkommens- zur Abschreckungskultur kennzeichnet.

Eigene Vorstellungen selbstbestimmt verwirklichen

Aber dennoch gibt es auch das andere. Es gibt Fälle und Menschen, die überraschen. Einer dieser Menschen ist D. Er hat uns mehrfach die Grenzen unserer Beratungskompetenz aufgezeigt. Eines Tages taucht er im Büro auf, ist akut von der Abschiebung bedroht und hat kaum mehr eine Duldung, kommt aber gerade aus Dortmund, Köln oder Berlin, er war bei Freunden. Freundlich lächelnd, leichtfertig, fast immun gegenüber unseren Warnungen, doch bitteschön aufzupassen. Nur halb im Scherz nennen wir ihn wegen seines Bewegungsprofils seitdem den Flixbus-Afghanen. Er wird regelmäßiger Besucher unserer Beratungsstelle. Da er zu einer halbscharigen christlichen Gemeinschaft übergetreten ist, gibt es begründete Hoffnung, dass er mit einem Folgeantrag Erfolg hat und einen Abschiebeschutz erhält. Zwischendrin erreicht uns die Nachricht, er sei verhaftet worden. Tags darauf steht er wieder im Büro und erzählt, dass die Polizei ihn einkassiert hätte, weil er schwedische Papiere – auch dort war er schon mal – bei sich hatte und ein Bündel Scheine im Wert von mehreren tausend Euro. Alles war legal, denn der Flixbus-Afghane arbeitet wie blöd. Aus unerfindlichen Gründen wurde ihm die Arbeitserlaubnis noch nicht entzogen. Er erzählt uns, er wolle sich ein Auto kaufen und sich selbstständig machen. Wir müssen ihm erläutern, dass er mit seinem Duldungsstatus nicht

selbstständig arbeiten darf. Für das Auto hat er 20.000 Euro gespart (wir staunen); es soll ja schließlich was „Gscheits“ sein. Wir reden ihm gut zu (im Unklaren, ob es wirkt), das Auto bitte nicht zu fahren, bis er einen Führerschein gemacht hat. Den Führerschein will er auch machen, aber das Auto ist deutlich wichtiger. D. hört sich unsere Erklärungen und Beschwörungen immer aufmerksam an, lässt aber nicht wirklich erkennen, ob er daraus die – von unserer Warte aus – richtigen Schlüsse zieht.

Ein Paradebeispiel für List, Witz und eine gehörige Portion Glück

Der Folgeantrag muss persönlich gestellt werden. D. geht nicht hin. Eine Kollegin begleitet ihn, aber sie müssen so lange warten, dass sie schon wieder los muss, bevor D. aufgerufen wird. D. sagt, er wartet auch nicht länger, er geht gleichfalls. Die Kollegin beschwört ihn, bitte, bitte zu bleiben und den Antrag

zu stellen. Nur so gibt es wieder eine Perspektive, dass alles doch noch gut ausgeht. Er gibt nach, seufzt, bleibt sitzen. Später wird er eine SMS schicken: Alles gut, Antrag ist abgegeben. Während wir warten, dass D. wieder mal im Büro steht, mit einer neuen Geschichte, einem

anderen Problem, sinnieren wir darüber, wie der Flixbus-Afghane doch fast schon ein Paradebeispiel ist für jene Flüchtlinge, die mit mehr List, Zielstrebigkeit oder mehr Naivität, und schließlich auch viel Glück, durch die Welt der Asylsysteme und Ausländerrechtsregeln stolpern. Die oft am Abgrund balancieren, und dies in vielen Fällen vermutlich nicht einmal merken. Der Flixbus-Afghane ist aktuell der Lieblingsflüchtling des Büros. Es ist nicht Widerstand, und eher Witz als Anarchie, was den Flixbus-Afghanen auszeichnet. Aber dennoch ist gerade er die Figur, die uns vor Augen ist, wenn wir an Autonomie der Migration denken.

Widerstand geht gerade in Bayern oft böse aus

Nicht alle Geflüchteten tun sich im Umgang mit dem Asylsystem so leicht wie der Flixbus-Afghane. Gerade erst schob man eine Familie ab, die sich im vergangenen Jahr an einer Protestaktion im Regensburger Dom beteiligt hatte. Damals „besetzten“ zumeist Familien mit Kindern den Dom und protestierten gegen die schäbigen Verhältnisse in den Abschiebe-

lagern Bamberg und Manching, in denen vor allem Geflüchtete vom Balkan leben. Der Protest lief ins Leere – auch weil sich der Bischof auf die Seite des Staates und gegen die Geflüchteten stellte.

Nun zwang man die letzte der Familien, die damals protestiert hatten, auszureisen. Das heißt: nicht die ganze Familie. Der Vater ist noch hier, abgeschoben wurden nur die Mutter und drei Kinder. Die Mutter ist krank, hat lange Aufenthalte in der Psychiatrie hinter sich und sollte am Tag nach der Abschiebung wieder ins Krankenhaus zur weiteren Therapie. Nun sitzt sie ohne Medikamente in Tirana. Ihre Kinder müssen auf sie aufpassen, die manchmal nicht weiß, wo sie sich gerade befindet und auf die kleine, zweijährige Schwester auch. Der Vater ist in Bayern, lebt in der Illegalität. Er will, dass die Familie wieder nach Deutschland kommen kann, will Recht bekommen, weil er meint, im Recht zu sein. Er bleibt stur. Dabei ist sein Asylverfahren hoffnungslos negativ beschieden.

Behörden handeln oft hart an der Grenze des Legalen

Die Behörden verhielten sich exemplarisch rücksichtslos: Beim Abholen im Lager steckten sie die Mutter – an Händen und Füßen gefesselt – in einen Krankenwagen. Ihre Kinder, separat in einem Polizeibus untergebracht, mussten mit ansehen, wie sie ihre Mutter abführten. Es war der dritte Abschiebeversuch. Beim ersten vor wenigen Monaten brach die Mutter am Flughafen zusammen. Die Aktion wurde abgebrochen. Die erst zweijährige jüngste Tochter wurde traumatisiert, zeigte Tendenzen der Selbstverletzung, verweigerte Essen. Der zweite Versuch sollte ohne die Mutter stattfinden, die noch stationär in der Psychiatrie lag. Erst ein Arzt am Frankfurter Flughafen stoppte diese Abschiebung. Der dritte Anlauf, einige Wochen später, war schließlich erfolgreich, zumindest teilweise. Diese Geschichte kann auch als eine Geschichte gelesen werden, darüber, wie die bayerischen Behörden mit jemandem umspringen, der sich widersetzt, protestiert, nicht alles mit sich machen lässt. Hier zeigt der bayerische Staat mit großem Gewalteininsatz, was eine Harke ist. Dabei bewegen sich die staatlichen Organe oft hart an der Grenze des Legalen. Doch so zentral die Kategorie des Rechts für Geflüchtete ist, nicht immer ist es die relevante Kategorie, wenn es um Aufenthalt geht. Im Streitfall hilft das Recht oft nicht. Die Behörden haben hier häufig den längeren Atem. Wichtiger als das Beharren auf Recht ist oft, eine Konfrontation mit den Behörden nicht zu suchen, sondern zu vermeiden.

Wenn es nicht solche Figuren wie den Flixbus-Afghanen gäbe, wir würden sagen: Nein, Autonomie der Migration, das Ganze geht an der Wirklichkeit vorbei. Der Staat ist, wenn nicht übermächtig, so doch von einer Staatsgewalttätigkeit, die Widerstand und Autonomie erstickt, Menschen in Illegalität und Verzweiflung und Krankheit zwingt. So aber hat die Wirklichkeit beides parat. Und wir freuen uns auf den Moment, in dem der Flixbus-Afghane mal wieder in der Türe steht. Übrigens, in Bayern ist es ohne Pass kaum möglich, einen Führerschein zu bekommen. Trotz anderslautender Rechtsprechung will die bayerische Regierung damit erzwingen, dass Geflüchtete sich einen Pass besorgen. Wenn der Flixbus-Afghane das nächste Mal zu uns ins Büro kommt, sind wir gespannt zu hören, ob er auch dieses Hindernis genommen hat. Vermutlich wird es ihm gelingen, selbst hier zu seinem Recht zu kommen, indem er das Hindernis umgeht, nicht, weil er auf seinem Recht beharrt.<

Stephan Dünwald
*ist Ethnologe und
arbeitet beim
Bayerischen
Flüchtlingsrat.*

Die große Verleumdung

Die Schuldigen für den tausendfachen Tod an Europas Grenzen scheinen festzustehen: Junge Leute, Gutmenschen, die in ihrem Drang zu helfen über das Ziel hinaus geschossen sind, mit kriminellen Schlepper*innen kooperiert haben, einen Pull Faktor bilden, der noch mehr Menschen aufs Meer lockt. Das zumindest suggerieren unter anderem Gerichtsakten, zur Beschlagnahme des Rettungsschiffs IUVENTA, die Teil einer gleichermaßen absurden wie gelungenen Inszenierung sind. Die Realität sieht anders aus: Europa lässt Italien im Stich, das versucht den Druck weiterzugeben. Leidtragende sind nicht die zivilen Seenotretter*innen oder irgendwelche Schlepperbanden, sondern die Menschen auf der Flucht, die nun noch gefährlicher wird. Die wahren Verantwortlichen für die Tragödie auf dem Mittelmeer hingegen bleiben unbehelligt.

Ein Bericht von Ruben Neugebauer mit Bildern von L. Hoffman.





Sea-Watch 3



Im Einsatz

Die „Sea Watch 3“ wurde am 02.11 in den Dienst der Mittelmeermission gestellt



Auf der Brücke

Die Kommunikation mit den zuständigen Seeleitstellen und die Einhaltung der Grenzen von Hoheitsgewässern funktionieren nur mit der richtigen Technik



Im Maschinenraum
Neben der Rettung von in Not geratenen Menschen,
kümmert sich die Crew um die Instandhaltung des
Schiffes

Banges Warten auf die Rettung
*Die Crew rettet die Betroffenen vor dem Ertrinken im Mittelmeer
und leistet Erste Hilfe*





In letzter Sekunde

Eine Rettungsaktion vor Sizilien im Sommer diesen Jahres



SEA RESCUE
منقذو البحار

Sea-Watch 3

Sea-Watch



Retten statt Reden

*Über 30.000 Menschen haben die Helfer*innen von Sea Watch seit Beginn ihrer Mission im Mittelmeer gerettet*



Sie haben es geschafft: Niemand redet über den Einsatz der italienischen Marine vor Libyen, die libyschen Milizen dabei hilft, das Völkerrecht zu brechen, oder über Zahlungen an dubiose Milizen, die Flüchtende bereits an den Stränden stoppen und einsperren. Das Versagen der Europäischen Union, das Sterben an ihren tödlichen Außengrenzen zu beenden, ist in den Hintergrund geraten. Darüber, dass die EU die Menschen erst in die Hände krimineller Schlepperbanden und auf unsichere Boote treibt, weil sie alle anderen Wege für Schutzsuchende verschließt und darüber, dass die NGO (Nichtregierungsorganisation) Retter*innen nur aktiv sind, weil Europa seine Verantwortung nicht wahrnimmt, schreibt kaum noch jemand. Die zivilen Rettungsschiffe durchkreuzen das europäische Konzept des Sterbenlassens. Sie stören, deshalb wird ihnen jetzt der Prozess gemacht.

Hürden für die Rettung

Die Beschlagnahmung der IUVENTA ist eine Verzweiflungstat der Italiener*innen, die von den anderen EU Staaten mit den Auswirkungen der selbst verursachten humanitären Krise im Stich gelassen werden. Das ist Teil einer über Monate aufgebauten Verleumdungskampagne. 2016 waren mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie nie zuvor. Dennoch haben Sie es geschafft, Vielen einzureden, dass ein 35 Meter langer alter Fischkutter dafür verantwortlich sein soll, dass sich Tausende in die Boote begeben. Empirisch ist das längst widerlegt, aber es ist eine einfache Erklärung, die gerne geglaubt wird und jetzt sollen die Leute von *Jugend Rettet* auch noch mit Schlepper*innen kooperiert haben. Die Dramaturgie stimmt und De Maizière reibt sich die Hände, weil er, als einer der wahren Verantwortlichen für die Probleme, mit denen Italien zu kämpfen hat, indem er die Dublin Regulierungen aufrechterhält, unbehelligt bleibt.

Ein Rettungseinsatz wurde behindert, um ein Schiff zur Durchsuchung in den Hafen zu bekommen, Hauptbelastungszeug*innen stehen möglicherweise der sogenannten Identitären Bewegung nahe, die Bilder und Telefonmitschnitte in den Ermittlungsakten sind aus dem Zusammenhang gerissen und zeichnen ein Bild, das nicht der Realität auf dem Wasser entspricht – die ist deutlich komplexer. Die Vorwürfe lassen sich allesamt einzeln entkräften, gleich dazu ein paar

Beispiele, doch wer wirklich verstehen will, was auf dem Mittelmeer gerade passiert, muss deutlich früher anfangen.

Strategien der Vergangenheit

Es gab schon einmal eine Zeit, in der Deals mit Libyen geschmiedet wurden, um die Flucht übers Mittelmeer zu verhindern. Berlusconi hatte Gaddafi zum Türsteher Europas gemacht. Auch damals wurden Hilfsschiffe beschlagnahmt und den Retter*innen der Prozess

gemacht. Wie im Fall der IUVENTA ging es um den Vorwurf der Beihilfe zur illegalen Einreise. Das Verfahren gegen den Kapitän der Cap Anamur zog sich über Jahre und verlief voller Ungereimtheiten: Ein Belastungszeuge, der beim Lügen ertappt wurde, Unterschriften, die von den Ermittlungsbehörden gefälscht wurden und am Ende doch der

Freispruch. Ganz ähnlich verlief das Verfahren gegen zwei tunesische Fischer, deren Boote ebenfalls nach einer Rettungsaktion beschlagnahmt wurden, zum Zeitpunkt des Freispruchs nach mehr als vier Jahren und einer Verurteilung in erster Instanz waren sie jedoch bereits finanziell ruiniert.

Veränderung zum Positiven deuteten sich an

Mit dem Regierungswechsel zeigte sich Italien dann deutlich Flüchtlingsfreundlicher und nach Gaddafis Sturz stiegen gleichzeitig die Zahlen der Schutzsuchenden, die übers Meer nach Italien kamen, deutlich an. Als im Oktober 2013 mehr als 300 Menschen vor Lampedusa ertranken, reagierte Italien mit der Rettungsmission Mare Nostrum und wurde schon damals von den anderen EU-Mitgliedsstaaten im Stich gelassen. Im Alleingang retten die Italiener*innen über 100 000 Menschen. Anstatt zu helfen, wirft Frontex ihnen vor, ein Pull Faktor zu sein. Ende 2014 wird Mare Nostrum eingestellt. Offizielle Begründung: Kosten. Die Folge: Die Flüchtlingszahlen sinken nicht, die Zahl der Toten steigt deutlich an.

2015 treten dann zum ersten Mal zivile Rettungsorganisationen als Faktor auf den Plan. Auch die EU ist mit der Anti-Schlepper-Mission EUNAVFOR MED vor Ort und dennoch ist es allen voran die italienische Küstenwache, die viele tausend Menschen rettet. Auch damals bat Italien die anderen Mitgliedstaaten um Hilfe. Als diese ausblieb, erzwang die italienische

Ermittlungsakten zeichnen ein Bild, das nicht der Realität auf dem Wasser entspricht

Regierung eine gerechtere Verteilung von Geflüchteten, in dem sie aufhörte, die Ankommenden zu registrieren, so dass diese einfach weiterreisen konnten. Zeitgleich kämpften sich in Griechenland gestrandete Geflüchtete die Balkan Route frei, die Dublin Verordnungen waren de facto außer Kraft gesetzt. Die Zusammenarbeit zwischen der zivilen Seenotrettung und den italienischen Behörden lief unterdessen sehr gut. Das Verhältnis der zivilen Retter*innen mit der Rettungsleitstelle in Rom, könnte man fast als freundschaftlich beschreiben. Das gilt auch für *Jugend Rettet* und die Crew der IUVENTA, welche ab Sommer 2016 vor Ort retteten und das ist durch zahlreiche Interviews mit beiden Seiten belegt. Von einer feindseligen Stimmung gegenüber den italienischen Behörden, von der die Ermittlungsakten sprechen, ist nichts zu spüren. Die italienische Küstenwache selbst ist es, die die NGO Schiffe zu Rettungseinsätzen nun immer näher an die libysche Küste schickt. Das ist auch richtig so, denn wer in Seenot ist, muss gerettet werden, ganz egal warum er dort ist, da gibt es nichts zu diskutieren und so will es auch das Seerecht.

Konfrontationen in der Folge

Ende 2016 ändert sich der Tonfall: Zwar ist das Verhältnis der zivilen Retter*innen mit der italienischen Küstenwache nach wie vor sehr gut, Angehörige der Küstenwache bringen immer wieder ihre Dankbarkeit gegenüber den zivilen Kolleg*innen zum Ausdruck, doch die Mitte Links Regierung Italiens gerät zunehmend innenpolitisch unter Druck von Rechts. Sie kann den Druck nun auch nicht mehr einfach nach Norden weitergeben, wie 2015. Österreich droht mit einem Zaun auf dem Brenner. Es bleibt die andere Seite des italienischen Stiefels: der Süden, die Häfen Siziliens, wo die Flüchtenden ankommen. Während die NGOs weiter in enger Abstimmung mit der italienischen Rettungsleitstelle Leben retten, kein Einsatz verlief ohne Absprache mit Rom, beginnt eine beispiellose Verleumdungskampagne: Ein Ping-Pong-Spiel unterschiedlicher Akteur*innen, die zunächst Vorwürfe erheben, um etwas später wieder zurückrudern zu müssen.

Einige Eckpunkte: Im Februar 2017 gibt Frontex-Chef Fabrice Leggeri der Welt ein Interview, indem er NGOs indirekt vorwirft, mit Schlepper*innen zusammenzuarbeiten. Der sizilianische Staatsanwalt Zuccaro legt

Der Tenor lautet: „Retter in der Kritik“

nach und spricht von verdächtigen kleineren NGOs. Viele Medien greifen die Aussagen auf. Der Tenor lautet: „Retter in der Kritik.“ Unter Druck geraten, nachdem am Osterwochenende die zivile Flotte mit der IUVENTA in einer Hauptrolle eine Katastrophe verhindert hat, behauptet Frontex im ZDF, man habe die Hilfsorganisationen nie kritisiert. Quasi zeitgleich

verkündet nun wieder Zuccaro, er habe Beweise für eine direkte Zusammenarbeit zwischen NGOs und Schleuser*innen. Er spricht davon, dass NGOs ihre Transponder abschalten würden und von Lichtsignalen an die libysche Küste.

Der Fall schlägt hohe Wellen, die NGOs müssen sich vor einem Untersuchungsausschuss des italienischen Parlaments rechtfertigen. Das Vorgehen Zuccaros wird kontrovers diskutiert, ihm selbst droht ein Verfahren, weil er für seine Vorwürfe keine Beweise vorlegen kann. Diese sind ohnehin größtenteils völlig unplausibel: Zunächst haben die NGO-Schiffe keine Scheinwerfer an Bord, die man bei Patrouillen 12 nautische Meilen oder noch weiter nördlich der Küste in Libyen noch sehen könnte. Weiterhin gibt es auf Internetseiten wie etwa marine-traffic.com zwar tatsächlich Zeiten, in denen keine Position einzelner NGO-Schiffe übertragen wurde, jedoch liegt das Ganze einfach daran, dass das Signal der Schiffstransponder ein analoges Signal ist, das erst einmal jemand ins Internet übertragen muss. Das heißt: Ist ein Schiff also zu weit von einer übertragenden Station entfernt, gibt es im Internet kein Signal. Auch die Finanzierung der NGOs hatte Zuccaro öffentlich in den Fokus seiner Ermittlungen gerückt. Nun sind die NGOs gemeinnützige Organisationen, also ohnehin zur Transparenz verpflichtet. Das hätte im Falle von *Jugend Rettet* eine einfache Anfrage beim Finanzamt in Deutschland ergeben, dennoch entschied sich der Staatsanwalt dazu, öffentlich in den Raum zu stellen, dass NGOs von Schlepper*innen finanziert sein könnten. Der Abschlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission entlastet die Retter*innen, doch der Schaden ist da bereits angerichtet.

Immer wieder also werden Rettungsorganisationen, die nicht in das Konzept europäischer Abschottung passen, heftig beschuldigt: Es werden angebliche Beweise präsentiert und Erklärungen abgegeben, die zunächst schlüssig klingen - später zeigt sich dann, dass die Vorwürfe nicht haltbar sind. So war das bei Cap Anamur und so wird es sehr wahrscheinlich auch bei *Jugend Rettet* geschehen.

Endlich in Sicherheit?
*Sichtlich erschöpfte Geflüchtete bei der Ankunft an
der italienischen Werft*



Erste Hilfe
*Nachdem Seawatch die oft dehydrierten Menschen an Bord mit Wasser,
Lebensmittel und emedizinisch versorgt, werden sie an Land eingehender
untersucht*



Brüchige Bilder versus reale Probleme

Die Ermittlungsakten suggerieren Fakten: Boote, die von *Jugend Rettet* geschleppt und anschließend von Schleuser*innen wieder verwendet werden, Beiboote der IUVENTA, die mit Schlepper*innen am selben Boot arbeiten, den Leser*innen zeichnet sich ein eindeutiges Bild, doch die angeblichen Beweise haben Schönheitsfehler: Das fängt schon bei den Hauptbelastungszeug*innen an, Mitarbeiter*innen einer Security Firma mit Verbindungen in die rechte Szene.

In diesem Zusammenhang sind auch die Fotos mit Vorsicht zu genießen, welche eine Zusammenarbeit zwischen *Jugend Rettet* und den Schlepper*innen beweisen sollen. Auf einem der Bilder sieht man ein Einsatzboot der IUVENTA, das Menschen von einem Schlauchboot aus birgt, gleichzeitig klauen Libyer auf einem kleinen Fischerboot den Motor. Tatsächlich wird dieser Motor sehr wahrscheinlich wieder von Schleuser*innen eingesetzt werden.

Die NGOs nennen sie Engine Fisher*innen, und sie stellen für sie ein Problem dar, denn wenn etwa ein Schlauchboot ein zweites Mal verwendet wird, steigt die Gefahr, dass es sinkt, weil die Luftkammern bereits stark belastet wurden und schneller Leck schlagen. Die Boote der Geflüchteten werden deshalb nach der Rettung versenkt, sofern Zeit dazu ist, die Rettung von Menschenleben hat logischerweise immer Priorität. Immer wieder haben auch Crewmitglieder*innen der IUVENTA Engine Fisher*innen vertrieben, um zu verhindern, dass Boote noch einmal eingesetzt werden.

Die Engine Fisher*innen, für die durch das Versenken der Boote eine der wenigen Möglichkeiten verloren geht, im Bürgerkriegsland Libyen ein Geschäft aufzubauen, wurden deshalb immer aggressiver gegenüber den NGOs. Da sich die Europäische Union mit ihren Kriegsschiffen nahezu komplett aus dem Einsatzgebiet zurückgezogen hat, ist Deeskalation gegenüber den nicht selten bewaffneten Engine Fisher*innen in Hinblick auf die Sicherheit der Crew durchaus angebracht. Häufig halten sich Engine Fisher*innen in der Nähe von in Seenot geratenen Schlauchbooten auf und nähern sich während der Rettung. Mit einer angeblichen Zusammenarbeit hat

das dennoch nichts zu tun. Es ist auch nicht Aufgabe einer Rettungsorganisation, das Klauen von Motoren zu verhindern. Die Feuerwehr ist ja auch nicht dafür zuständig, nach einem Brand Plünderungen zu verhindern, dafür gibt es die Polizei und es ist richtig, dass es da eine Trennung gibt.

Ähnlich verhält es sich mit einem weiteren angeblichen Beweis: Auf dem Foto ist ein Beiboot der IUVENTA zu sehen, welches ein Holzboot zieht, auf das eine Nummer gesprüht ist. Wenige Tage später wird das eindeutig identifizierbare Boot von Schlepper*innen erneut verwendet. Ein klarer Fall könnte man meinen, doch die Realität im Einsatzgebiet vor Libyen ist bedeutend komplizierter: Da die Europäische Union mittlerweile kaum noch bei der Rettung hilft, musste die Crew der IUVENTA teils allein mit bis zu 1000 Menschen in Seenot klarkommen. Dies übersteigt die Kapazitäten für Schiff und Crew, dementsprechend wird in so einem Fall versucht, die Situation mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu stabilisieren. Für das Versenken von Booten bleibt dann meist keine Zeit. Es kommt jedoch häufiger vor, dass leere Flüchtlingsboote im Rahmen der Rettungsmaß-

nahmen geschleppt werden müssen, sei es um Material zu transportieren oder einfach um sie aus dem Weg zu räumen. Sehr wahrscheinlich musste die Rettungscrew das kleine Holzboot aufgrund anderer Aufgaben im Rahmen des Rettungseinsatzes dann wieder treiben lassen und eine Engine Fisher*in hat es sich geschnappt. Das Bild ist also keine Fälschung, tatsächlich wurde das betreffende Boot von *Jugend Rettet* geschleppt, es ist jedoch grob aus dem Zusammenhang gerissen, um eine Behauptung aufzustellen und keineswegs ein Beweis für die Zusammenarbeit mit Schlepper*innen.

Eine Situation wie die Genannte könnte im Übrigen durch eine deutliche Präsenz staatlicher Schiffe verhindert werden, da diese meist bewaffnet sind, doch eine stärkere Präsenz europäischer Schiffe würde auch bedeuten, dass diese retten müssten und Retten ist derzeit nicht das Konzept der EU.

Die EU mit ihren Kriegsschiffen hat sich komplett aus dem Einsatzgebiet zurückgezogen

Was am Ende bleibt

Nun könnte man sich auf diese Weise Schritt für Schritt durch die 500 Seiten Ermittlungsakten arbeiten und Vorwurf für Vorwurf entkräften. *Jugend Rettet* ist gerade gezwungen dies zu tun, anstatt sich auf dem Wasser um die Rettung von Menschenleben zu kümmern. Doch all das lenkt ab von den eigentlichen Problemen: Dass es für viele Tausende keinen Ausweg aus den Verhältnissen in Libyen gibt, die selbst der deutsche diplomatische Dienst als „KZ ähnlich“ beschreibt, dass Italien, welches durch die Dublin Verordnungen die Hauptlast der humanitären Krise zu tragen hat, von Deutschland und anderen EU Mitgliedsstaaten im Stich gelassen wird und dass die libysche Küstenwache als Handlanger der EU das Völkerrecht bricht. Endlich, dass sich die EU anstatt für die Wahrung von Menschenrechten, für kompromisslose Migrationsabwehr entschieden hat.

Vieles, im Rahmen dieser großen Verleumdung gegen die NGOs bleibt in diesem Text unkommentiert: Der sogenannte Verhaltenskodex der italienischen Regierung, den die NGOs unterzeichnen sollten und der nach Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages illegal ist; die libysche Küstenwache, die von der EU angestiftet, völkerrechtswidrige Rückführungen durchführt und dabei mit Gewalt gegen Flüchtende und zivile Retter*innen vorgeht, die dubiosen Umstände unter denen die IUVENTA festgesetzt wurde und für die die Rettungsleitstelle in Rom möglicherweise von der Regierung unter Druck gesetzt wurde.

Die Inszenierung ist gelungen, von weiten Teilen der Bevölkerung und auch vielen Journalist*innen, die dem eigentlich kritisch auf den Grund gehen sollten, wird sie geglaubt. Perfekt orchestriert und mit allen Mitteln, die der moderne Polizeistaat zur Verfügung hat, wurden die NGOs in die Enge getrieben. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass der Plan aufgeht und der Vorhang für die zivile Seenotrettung zeitnah fällt. Das Sterben wird dann weitergehen und die wahren Verantwortlichen bleiben unbehelligt.<

Ruben Neugebauer
ist Mitbegründer von
Sea-Watch. Dieser
Verein wurde Ende
2014 aus einer
Initiative von Frei-
willigen geschaffen,
die dem Sterben im
Mittelmeer nicht
mehr länger tatenlos
zusehen konnten.



Von Nazibots auf Twitter zu führerlosen Autos. Oder: Was mach ich eigentlich schon wieder am Obersalzberg

Die Frage, was und wie lernt ein weitgehend eigenständiges Computerprogramm vom Menschen, beantwortete der Twitterbot Tay der sich innerhalb von 24 Stunden in eine rassistische und sexistische Hassmaschine wandelte. Zurück bleibt die Frage, ob es wirklich erstrebenswert ist, dass von Menschen gelernt wird. In einer Zeit, in der es absehbar ist, dass bald Autos von künstlichen Intelligenzen gesteuert werden und sie Einzug in unser Leben halten, eine kleine Polemik, die hoffentlich Dystopie bleibt. Von Florian Schäfer.

Es hätte so schön sein können: Da meldete die Firma Microsoft ihren interaktiven Internetbot Tay in den sozialen Medien an. Durch Tweets auf Twitter hätte er so viel von uns lernen können: Von unserer Gesellschaft, die auf Tausende von Jahren der Entwicklung und Ideengeschichte zurückblickt. Man hätte ihm die schönsten unserer Errungenschaften näher bringen können. Wir hätten mit ihm über Kant, Hegel, Goethe, Dickens kommunizieren können und in meinen wildesten Träumen rutscht ein kleines Zitat von Marx in den Twitterorbit. Die schönsten winzigen Unterhaltungen hätte man auf 140 Zeichen mit diesem kleinen lernbegierigen Programm geführt. Es hätte sie wohl aufgesogen wie ein Schwamm. Doch was bekam das arme kleine Ding von uns mit? Nur Hass, Rassismus und Sexismus. In nur 24 Stunden wurde aus „humans are super cool“, „Hitler was right I hate the jews“. Da ist er wieder, der harte Boden der Realität. Man schenkt uns ein Instrument zur Unterhaltung, das wahrnimmt, was wir ihm mitteilen, dessen Wissensdurst unstillbar ist. Und was machen wir daraus? Hitler!

Künstliche Intelligenzen:
hört uns lieber nicht genau zu

Die Idee, künstliche Intelligenzen von uns lernen zu lassen, scheint also prima. Der Vorrang der Programme, die Aufgaben für uns übernehmen, ist bereits gewöhnlich. Kühlschränke können selbstständig ihren SOLLINHALT nachbestellen. Die Kaffeemaschine kocht Kaffee, wenn der Wecker klingelt und der Toaster hält übers Netzwerk einen Plausch mit der Stereoanlage. Ob der sich wohl ein Lied von Störkraft für den guten Morgen wünscht? Wir quatschen mit Alexa, die uns mit dem größten Vergnügen all unsere Wünsche erfüllt, und die Serie South Park lässt sie sagenhaften Unfug

beim Hersteller Amazon bestellen, da der lieben Alexa völlig egal ist, wer ihr Anweisungen gibt. Liebe künstliche Intelligenzen: Bedient uns! Unterhaltet uns! Umgebt uns! Aber hört uns lieber nicht zu genau zu, den Fernseher oder Stream ignoriert ihr besser auch. Das würde euch vielleicht zu den besseren Menschen machen. Man könnte sich schon fragen, ob Google, durch die Prüfung ob man menschlich ist, den Menschen oder den Roboter aussortieren sollte. Nun tummeln wir uns aber alle in den Weiten des Internets und interagieren und lernen voneinander. Ihr armen Programme, es steht wohl schlecht um euch.

Waghalsiges Fahren, wenn Autos von uns lernen

Bei dem Gedanken kommt doch wahre Freude auf, dass eine künstliche Intelligenz für uns das Autofahren übernehmen kann. Wäre es nicht auch ganz nett, wenn sie uns dann während langer Fahrten interaktiv unterhält? Sich etwa mit Wissen aus dem Netz versorgt, um ein interessanter und abwechslungsreicher Gesprächspartner zu bleiben? Wenn sie uns und unser Verhalten kennt, das im Straßenverkehr meist von seiner allerbesten Seite zu beobachten ist? Das wäre doch traumhaft. Unser Auto würde uns wahrscheinlich waghalsig, mit völlig überhöhter Geschwindigkeit, hupend und fluchend durch die Welt chauffieren. Wenn wir ihm mitteilen, wir wollen in die Heimat, bringt es uns nach Braunau. In die Ferien geht es dann wohl nur noch auf den Obersalzberg und gearbeitet wird in der Wolfsschanze.

Das sind doch traumhafte Aussichten. Abschließend bleibt zu sagen: Liebe künstliche Intelligenzen, macht lieber euer eigenes Ding. Das wäre wohl für alle das Beste.<

Florian Schäfer *aus München ist gelernter Elektroinstallateur, studierter Germanist und nicht zuletzt Musiker.*





Schweizer Käse

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser hat ein klares Feindbild: die USA. Sie sind seiner Ansicht nach maßgeblich für das Böse in der Welt verantwortlich. Durch sein scheinbar wissenschaftliches Auftreten gelingt es ihm jedoch, die Tendenziosität seiner Theorien und die seiner Verbündeten zu kaschieren und ein breites Publikum zu erreichen. Von Pit Kühnöl.

Viele Verschwörungstheorien muten auf einen ersten flüchtigen Blick sogar amüsant an. Wenn zum Beispiel Menschen behaupten, dass von Flugzeugen ausgestoßenen Kondensstreifen (sogenannte Chemtrails) das Wetter manipulieren sowie die Menschheit vergiften und kontrollieren sollen. Doch auch diese scheinbar amüsanten Geschichten bergen Gefahren in sich. So suggerieren sie nämlich eine geheime Elite, die ‚uns‘ all das verschweigt und ‚uns‘ dadurch beherrschen will – eine böse Elite, der das Handwerk gelegt werden muss, indem man sie eliminiert.

So war der eliminatorische Antisemitismus des Nationalsozialismus – und mit ihm die Shoah – nicht zuletzt durch ein genauso absurdes wie verschwörungstheoretisches Buch beeinflusst, durch die sogenannten *Protokolle der Weisen von Zion*, in denen die Erzählung von einer jüdischen Weltverschwörung und dem jüdischen Streben nach der Weltherrschaft gesponnen wird. Auch heutige Verschwörungstheorien sind zum großen Teil der Inbegriff (strukturell) antisemitischen Denkens. Die Imagination einer kleinen mächtigen Gruppe führt gedanklich schnell zu den angeblich jüdisch kontrollierten USA, einer jüdischen Finanzelite oder ganz klassisch zur vermeintlich jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, gegen die eben schon die Nazis agitierten.

Die Verschwörungsideologie – die Verbindung vieler kleiner Verschwörungstheorien zu einem gefestigten Weltbild – sucht keine Beweise für real existierende Geschehnisse, sondern die Bestätigung der eigenen Annahmen; sie will keine Kritik üben, sondern Schuldige finden. Diese Schuldigen bieten den Verschwörungsideolog*innen die Möglichkeit, sich selber eine Identität als ‚gut‘ zu konstruieren. Anhänger*innen der verschwörungsideologischen Szene sehen sich selber als die einzigen, die ‚die Wahrheit‘ erkannt hätten, als die einzigen, die über den entscheidenden Durchblick verfügten, wohingegen alle anderen sogenannte unwissende ‚Schlafschafe‘ seien. Diese Szene hat sich zudem ein Set an eigenen Codes und Begrifflichkeiten aufgebaut, mit denen sie ihre Botschaften nach außen harmlos, aber für ihre Anhängerschaft offensichtlich verbreiten kann.

Der Hort des Bösen

Neben Jüdinnen und Juden sind es auch immer wieder die USA, die als Zielscheibe für Verschwörungserzählungen erhalten müssen – das Symbol der freien Welt bietet autoritären Charakteren natürlich ein perfektes Ziel. Und dieses Ziel hat sich der Schweizer Historiker und selbsternannte „Friedensforscher“ Daniele Ganser

als Feindbild auserkoren. Schon in seiner Promotionarbeit versuchte er die USA als Ursache allen Übels auszumachen und die Terroranschläge im Europa der 70er und 80er Jahre geheimen Strukturen der CIA in die Schuhe zu schieben. Auch wenn es im Nachkriegseuropa durchaus problematische Aktivitäten von US-Geheimdiensten gab, so weiß Gansers Arbeit nicht nur extreme wissenschaftliche Mängel auf, sie versucht erst gar nicht, konkrete Fälle zu analysieren, sondern ist vor allem bemüht, für jeden Fall eine Täterschaft der CIA zu konstruieren. Heute behauptet er, dass die jüngsten Terroranschläge in Europa und den USA von Geheimdiensten initiierte False-Flag-Aktionen seien, um Kriege gegen islamische Staaten zu legitimieren.

Auch die Täterschaft der Terroranschläge des 11. September 2001 stellt Ganser in Frage. Dabei zeigt er sich rhetorisch recht geschickt, indem er nicht die kompletten Anschläge als inszeniert darstellt, sondern nur einen Teil. So gibt er etwa vor, lediglich zum Einsturz des Gebäude 7 des World-Trade-Centers (WTC-7) kritisch „Fragen zu stellen“. Ganser bietet in seiner Argumentation hierzu keine Fakten oder gar Beweise, sondern nur mögliche Motive der Handelnden – um so möglichst schnell zu seinem Ziel zu gelangen: nämlich die USA und speziell die Bush-Regierung anzuklagen.

Der Hass auf die USA ist in der verschwörungsideologischen Szene nicht ungewöhnlich, ungewöhnlich ist Gansers Breitenwirkung. Rechte wie linke ‚Amerikakritik‘ beruft sich gerne auf ihn und gesellschaftliche Multiplikatoren, die Gansers Gefährlichkeit nicht erkennen (wollen), bieten ihm in dem Glauben, eine kontroverse Meinung oder eine angeblich kritisch-alternative Sichtweise zu präsentieren, oftmals eine Bühne. So luden ihn in der Vergangenheit etwa ÖDP-Kreisverbände in ganz Bayern für Vortragsveranstaltungen ein. Exemplarisch für seine Sichtweise auf die USA ist ein Vortrag, den er am 8. September 2017 bei einer Protestveranstaltung der Friedensbewegung gegen die US-Air-Base Ramstein gehalten hat. Eine Veranstaltung, in deren Rahmen auch Oskar Lafontaine von einer „geheimen Regierung“ phantasierte, die angeblich hinter den gewählten stehe. Verschwörungsideologen unter sich.

Alleine gegen das Imperium

Vor der anti-amerikanischen deutschen Friedensbewegung hat Ganser leichtes Spiel, wenn er davon schwadroniert, dass der „amerikanische Imperialismus [...] viel Leid über die Welt gebracht“ habe, und dies

von den großen Medien „totgeschwiegen“ werde – und dabei gerne ausblendet, dass Kritik an jeglichen Aktionen der USA in Deutschland nahezu schon Volkssport ist. Während gerade die deutsche Friedensbewegung oftmals Diktatoren mit Milde beim Abschlichten ihrer Bevölkerungen beobachtet, brandmarkt sie jedes Eingreifen der USA sofort als völkerrechtswidrig und imperialistisch. Doch die Behauptung eines angeblichen Totschweigens ist wieder ein Code der Szene, mit dem suggeriert werden soll, dass Regierungen und Medien unter einer Decke stecken, um das ‚gute Volk‘ zu belügen und um ihre geheimen Pläne zu verbergen. Gleichzeitig inszeniert Ganser sich damit als mutigen Einzelkämpfer gegen das übermächtige Imperium.

Ein Imperium, das es angeblich seit 1945 gebe, dessen sowjetischen Antagonisten Ganser in seiner anti-amerikanischen Fixierung aber wieder vergisst. Nach dem Zusammenbruch dieser bipolaren Weltordnung ist die Welt in eine multipolare übergegangen, in der es nun viele Akteure mit imperialen Bestrebungen gibt. So erkennt Gansers verkürzte Analyse auch nicht die unterschiedlichen Motivationen der verschiedenen Akteure im Syrien-Krieg. Er behauptet, ohne auch nur irgendeine Quelle dafür zu nennen, dass die CIA Assads Gegner bewaffnet und „mit einer Milliarde US-Dollar finanziert“ habe, um diesen zu stürzen, weshalb Assad nun angeblich nicht gegen seine Bevölkerung kämpfe, sondern nur gegen CIA-Agenten. Eine unterschwellige Andeutung der in islamistischen wie rechtsextremistischen Kreisen beliebten Verschwörungstheorie, dass der IS in Wirklichkeit ja nur eine Erfindung der USA und Israels sei – und eine Verhöhnung der hunderttausenden geflüchteten und von Assad wie vom IS ermordeten Syrer*innen.

Und diesen angeblichen amerikanischen Regime-Change hätten Gansers Behauptungen nach der Iran und Russland verhindert, deren imperiale Interessen er aber umfassend unterschlägt. Russland verfügt in Syrien über einen der wenigen eisfreien Militärstützpunkte, den es natürlich verteidigen will. Der Iran hat als eines seiner Staatsziele die Vernichtung des Staates Israel und aller Jüdinnen und Juden, weshalb er folglich an einem ihm gewogenen syrischen Regime interessiert ist, damit er Truppen an der israelischen Grenze stationieren kann. Aber das passt nicht in Gansers verkürztes amerikafeindliches Weltbild – genauso wenig wie die Tatsache, dass es auch in anderen Konflikten widerstrebende Interessen vieler Akteure gibt und eben nicht den Masterplan eines angeblichen großen Bösen.

Zwischen Spinnern und Reichsbürgern

Natürlich sollte eine Person vor allem danach beurteilt werden, was sie selber macht oder sagt. Doch ist es oftmals auch vielsagend und aufschlussreich, mit welchen Personen sich jemand eine wissenschaftliche Bühne teilt oder bei wessen Veranstaltungen jemand auftritt. So referierte Ganser zum Beispiel bei einer sogenannten *AZK-Konferenz* der *Anti-Zensur-Koalition* des Schweizer Sektengründers Ivo Sasek – der auf diesen Konferenzen auch gerne mal

Holocaustleugner*innen sprechen lässt – oder bei einem von Michael Vogt organisierten sogenannten *Quer-Denken.TV-Kongress*. Vogt, ein Altherr der vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen Burschenschaft *Danubia*, behauptet unter anderem, dass die 2015 nach Europa gekommenen Flüchtenden eine vom US-amerikanischen Unternehmer George Soros gesteuerte Invasion seien, um Europa zu destabilisieren. Da Soros nicht nur Milliardär, sondern auch noch Jude ist und über seine Stiftung unter anderem Menschenrechtsorganisationen in Osteuropa finanziert, bietet er natürlich ein perfektes Ziel für Verschwörungstheorien, deren Kern häufig ein antisemitischer, antimoderner und antiliberaler ist.

Neben Daniele Ganser traten auf diesen Veranstaltungen auch Personen auf, die eindeutig dem verschwörungsideologischen Spektrum und der extremen Rechten zuzuordnen sind. Darunter Gerhard Wisniewski, der im rechtsextremistischen *Kopp-Verlag* Bücher und Artikel zu den verschiedensten Verschwörungstheorien veröffentlicht hat – zu 9/11 oder dazu, dass Michelle Obama, die Frau des ehemaligen US-Präsidenten, ein Transvestit sei. Des Weiteren Jürgen Elsässer, der Herausgeber des antisemitischen und völkisch-rassistischen *compact*-Magazins, oder Andreas Popp, der der Reichsbürgerszene nahesteht und an Chemtrails glaubt.

Neben einem fragwürdigen politischen Umfeld hat Daniele Ganser auch ein eigentümliches Medienverständnis. So doziert er in seinen Vorträgen immer wieder über vermeintlich staatlich kontrollierte „Systemmedien“ und fordert dazu auf, diese nicht mehr zu konsumieren, sondern stattdessen auf „unabhängige“ und „systemkritische“ Alternativen umzusteigen. Und wer schließlich aufhöre diese Systemmedien zu konsumieren, erhalte ein „waches Bewusstsein“ und stoße dann auf „Menschen, die noch schlafen“ und bekehrt werden müssten. Wie in einer wirren Sekte: Nur er und seine Anhänger*innen können die Welt durchschauen, alle anderen sind dumme ‚Schlafschafe‘.

Alternative Medien

Diese alternativen Medien, die einem nun die Erleuchtung bringen sollen, sind seiner Ansicht nach zum Beispiel das extrem putinfeindliche *compact*-Magazin, das sich durch antiamerikanische, europafeindliche und deutschnationalistische Propaganda sowie durch antisemitische und rassistische Hetze hervorut. Dadurch hat es sich inzwischen auch zum Sprachrohr der völkisch-nationalistischen AfD und der islamfeindlichen Pegida-Bewegung entwickelt.

Oder auch die Nachrichtenplattform *KenFM* des ehemaligen Journalisten Ken Jebsen, der einst eine Sendung beim Berliner Sender *Radio Fritz* aufgeben musste, nachdem er behauptet hatte, dass der Holocaust nur „als PR erfunden“ worden sei. Jebsen vertritt und verbreitet klassische antisemitische Verschwörungstheorien. Zum Beispiel, dass die Mächtigen der USA von Jüdinnen und Juden gesteuert würden, deren Ziel die „Schaffung eines israelischen Großreichs“ sei, oder dass „radikale Zionisten“ die UN, den Internationalen Währungsfonds, die Massenmedien und die Atomenergiebehörden kontrollieren würden.

Daneben werden auch der über Internet und Satellit verbreitete Sender *Russia Today (RT)* und sein deutschsprachiger Ableger *RT Deutsch* von Ganser empfohlen. *Russia Today* wurde von der russischen Regierung gegründet und wird durch den russischen Staat finanziert. Der Sender imaginiert angebliche „Medienmanipulationen“ in Deutschland und will laut Selbstverständnis „eine Gegenöffentlichkeit herstellen sowie [...] unkonventionelle Sichtweisen präsentieren“. *Russia Today* wurden bereits kurze Zeit nach dem Start die Verbreitung von Falschmeldungen sowie Fälschungen von Bild- und Videomaterial nachgewiesen, mehrere Mitarbeiter*innen kündigten aufgrund der einseitigen Berichterstattung des Senders.

Geschichten, die nicht ganz so nahe an der Wahrheit liegen und mit reißerischen Stories Angst schüren, sprechen natürlich auch die Anhängerschaft der AfD an, sodass es nicht verwundert, wenn bei *RT Deutsch* auffällig oft Personen aus eben dieser Partei zu Wort kommen. Ganser bedient mit seinen Ratschlägen zum Medienkonsum also genau jene Filterblase, in der sich all die Menschen – von der AfD-Anhängerin bis zum Verschwörungstheoretiker – befinden, die die Komplexität und die Widersprüchlichkeit der wirklichen Welt mit den einfachen Erklärungsmustern ihrer manichäischen Phantasiewelt zu bekämpfen und zu überdecken suchen.

Die Welt des Daniele Ganser

Alles in Daniele Gansers Vorträgen hat nur ein Ziel: die Diffamierung der USA. Und dafür geht er alle ihm nützlichen Allianzen ein. Es geht ihm nicht um Fakten oder gar um objektive Kritik an den Fehlern und Problemen der US-amerikanischen Politik, es geht ihm um die Anstachelung des Hasses auf die Weltmacht USA, um die Agitation gegen die Moderne und die Freiheiten der liberalen Demokratie. Er sucht, anders als er behauptet, nicht nach Beweisen oder nach Antworten, sondern nach der Bestätigung seines einseitigen, engen Weltbildes. Ganser setzt sich nicht wissenschaftlich mit seinen Themen auseinander, sondern ideologisch – er ist, wie es der Politikwissenschaftler Markus Linden treffend beschreibt, ein „hochintelligenter Wissenschaftspopulist“, der sich nur einzelne Aspekte herauspicks, um Ergebnisse zu suggerieren, die seine Theorien stützen.

Er kann aber dennoch, anders als die meisten Verschwörungsideolog*innen, ein breiteres Publikum erreichen, da er nicht auf den ersten Blick als ein solcher zu erkennen ist. Dies liegt vielleicht an seinem sympathischen Schweizer Akzent, an seinem eloquenten Redestil oder an seiner unaufgeregten, teils humoristischen und scheinbar professionellen Art. Und genau das macht ihn so gefährlich. Er kann seine Zuhörerschaft so in die Welt der Verschwörungsideologie und des Rechtsextremismus hineinziehen, kann kleine gefühlte Vorurteile in gefestigte Ressentiments umwandeln und diese Ressentiments schließlich in Hass und Hetze. Und Vorurteile gegen die USA gibt es in der deutschen Gesellschaft bereits zuhauf.<

Pit Kühnöl
*ist Politikwissen-
 schaftler und befasst
 sich vorwiegend mit
 den Bereichen
 Nationalismus,
 Antisemitismus und
 Verschwörungstheo-
 rien.*







Begegnungen möglich machen

Damit Geflüchtete eine faire Chance auf gesellschaftliche Teilhabe haben, müssen sie endlich aus den Heimen raus. Damit das klappt müssen wir vor allem eines tun: einen Schritt auf sie zugehen. Von Dennis Mehmet.

Ich arbeite seit zwei Jahren als Deutschlehrer in einem staatlich geförderten Projekt, das Ausbildungsplätze an Geflüchtete vermittelt. Ich habe dort mittlerweile rund hundert Menschen kommen und gehen sehen. Es sind vor allem junge Männer Anfang 20, ein paar ältere und selten mal eine Frau. An dieser Stelle möchte ich von ihnen berichten. Ich möchte das vor allem deshalb, weil ich denke, dass diese Menschen dringend Unterstützung brauchen — von uns.

In unser Projekt kommen vor allem diejenigen Geflüchteten, die keinen Platz in einem Integrationskurs bekommen oder sehr lange darauf warten müssen, weil sie — aufgrund ihrer Herkunft — keine ‚gute Bleibeperspektive‘ in Deutschland haben. Vor allem sind es Afghanen. Daneben habe ich auch Schüler aus Bangladesch, Pakistan, Mali oder Guinea.

Auch Eritreer kamen früher, aber die bekommen heute meist schneller einen Integrationskurs. Zur Anfangszeit kamen auch Menschen aus Serbien oder Albanien, aber die hat man jetzt meist abgeschoben.

Wir versuchen, Menschen die von Abschiebung bedroht sind, so schnell wie möglich in einer Berufsausbildung unterzubringen. Dort sind sie, zumindest in unserem Bundesland, in der Regel erstmal drei Jahre relativ sicher.

Die größte Hürde ist die Berufsschule

Der deutsche Arbeitsmarkt braucht Nachschub und wir haben keine Probleme, die Menschen unterzubringen. Die Probleme kommen von staatlicher Seite, etwa von der örtlichen Ausländerbehörde, wo den Menschen, die freudestrahlend mit ihrem Ausbildungsvertrag in der Hand kommen, regelmäßig irgendwelche roten Kreuze in die Ausweispapiere gestanzt werden, was bedeutet, dass sie mindestens bis zum

nächstmöglichen Ausbildungsstart, also ein halbes Jahr, weiter zum Nichtstun in ihren Heimen verdammt und vollständig auf staatliche Unterstützung angewiesen bleiben. Abseits der Bürokratie bleibt die größte Schwierigkeit die Berufsschule. Für viele ist sie eine fast

Abseits der Bürokratie bleibt die größte Schwierigkeit die Berufsschule. Für viele ist sie eine fast unüberwindbare Hürde.

unüberwindbare Hürde.

Die meisten meiner Schüler kommen aus ländlichen, extrem abgelegenen Regionen Afghanistans. Viele hatten dort eine Kindheit und Jugend mit täglich einer Stunde Strom aus dem Generator und höchstens drei, vier Jahren Dorfschule, in vielen Fällen auch gar keiner. Einige haben in Deutschland nicht nur das lateinische Alphabet, sondern überhaupt erst Lesen und Schreiben gelernt. Übung und Sicherheit darin haben die wenigsten. Sie lesen auch im B1-Kurs noch Wort für Wort, ihrem Zeigefinger folgend.

Im Deutschunterricht wurde mir erstmals bewusst, was ich für Augen habe. Augen, die seit über 20 Jahren auf das Lesen (und für kaum einen anderen Zweck) diszipliniert — man möchte sagen: abgerichtet — wurden. Ihre Augen wurden das nicht. Das Layout des Deutschbuchs zu überblicken, in Spalten, Grafiken und Tabellen die Orientierung zu behalten, erfordert auch nach Monaten der Übung noch besondere Aufmerksamkeit und Anstrengung.

Ein Leben unter Totalüberforderung

Um ihren Aufenthaltsstatus zu sichern, müssen viele Schüler viel zu schnell eine Ausbildung beginnen. Plötzlich finden sie sich in einer Berufsschule wieder, in der sie, in einer fremden Sprache, die sie gerade erst begonnen haben zu lernen, Mathe und Wirtschaftskunde auf Mittelschulniveau pauken müssen. Die ersten Monate sitzen sie meist im Unterricht, ohne ihm folgen zu können. Dann kommen sie irgendwann zu mir und fragen, was ‚Wirtschaft‘ bedeutet. Gesonderte Lehrangebote, die sie auf ihrem Lernstand abholen und ihnen helfen langsam im deutschen Ausbildungssystem anzukommen, gibt es nicht.

Im Unterricht kommen wir kontinuierlich, aber sehr langsam voran. Die meisten Schüler fangen gerade erst an zu lernen, wie man hier ‚lernt‘. Alleine über einem Buch gelesen und sich systematisch mit Lernstoff auseinandergesetzt haben viele von ihnen noch nie in ihrem Leben — sie haben auch niemals, so wie wir, von studierten Pädagog*innen jahrelang lernen können, wie man das macht. Jetzt, wo sie tausende Kilometer weg von Zuhause, seit zwei Jahren ohne ihre Familie, mit zwei, vier, acht Fremden zusammen in einem Alu-Container im letzten Nirgendwo Deutschlands hocken, müssen sie damit anfangen.

Der deutsche Staat tut indes viel dafür, den psychischen Druck auf sie zu erhöhen. Seit über zwei Jahren leben die meisten meiner Schüler in vollkommener Unsicherheit und der ständigen Angst, abgeschoben zu werden. Alle berichten das gleiche: Sie wollen lernen, unbedingt. Aber sie können nicht. Der Kopf ist voll. Lärm im Heim, ständiger Mangel an Privatsphäre und Ruhe, wöchentliche Behördentermine mit stundenlangem Warten, Sorge um die Familie zuhause, das Fehlen von gewohnten Strukturen, die ständige Angst vor der Abschiebung. Das Leben als Geflüchteter in Deutschland ist eine permanente — und staatlich forcierte — Totalüberforderung.

Es gibt sie, die Vorzeige-Geflüchteten

Ich kenne einige Geflüchtete, die es (in einem langwierigen und gewaltigen Kraftakt) geschafft haben, sich hier einzurichten. Die meisten davon sind, was mir kein Zufall zu sein scheint, junge Männer aus Syrien, einem autoritären Disziplinarstaat, in dem man früh lernen musste, sich mit der Bürokratie zu arrangieren und gleichzeitig an ihr vorbei zu arbeiten. Vor allem aber kommen diese jungen Männer fast ausnahmslos aus gehobenen, urbanen Mittelschichten. Sie verfügen nicht nur über eine mit hiesigen Standards vergleichbare Bildung, sondern auch, was viel wichtiger ist, über Sozialtechniken, mit denen sie hier erste Netzwerke aufbauen können. Wer es hier ‚schafft‘ und wer nicht, erscheint mir daher weniger eine ‚Kultur-‘, als eine relativ klassische ‚Klassenfrage‘ zu sein. Diejenigen, die es ‚schaffen‘, haben die klassenspezifischen Fähigkeiten und das Selbstbewusstsein, *sich zu holen, was sie brauchen* und was ihnen zusteht (Wohnraum, Unterstützung bei Uni- und Ausbildungsbewerbungen, etc.) und dies — mangels staatlicher Angebote — vor allem über private Kontakte.

Der soziale Hintergrund dieser *Vorzeige-Geflüchteten* (die nichtsdestotrotz unter gewaltigem psychischen Druck stehen und, das kenne ich aus meiner WG, wo ich auch mit Geflüchteten lebe, oft unter schweren Traumastörungen leiden, die von chronischen Schlafproblemen und Alpträumen bis hin zu schweren Depressionen, Halluzinationen und Selbstmordgedanken reichen), die ich allesamt als ‚Ehrenamtlicher‘ oder als ‚Privatperson‘ kennengelernt habe und sich also mitunter bereits in sozialen Kontexten bewegten, in denen ich in den Bahnen meines ‚privaten‘ Alltags überhaupt auf sie treffen konnte, unterscheidet sich ganz erheblich von dem derjenigen, mit denen ich ‚beruflich‘ zu tun habe.

‚Integration‘ — wenn man das Wort mal in den Mund nehmen möchte

Wenn ich mich unter meinen Schülern umsehe, von denen viele Freunde geworden sind, sehe ich junge Menschen, die nicht nur in einer sehr schweren Lebenssituation stecken und sich als Geflüchtete in einer miserablen gesellschaftlichen Stellung wiederfinden, sondern die es auch besonders schwer haben, sich aus dieser Situation zu befreien. Es sind Menschen, die im Gegensatz zu *uns* nicht von klein auf und unter hohem staatlichen Investitionsaufwand darauf vorbereitet wurden, hier, in *dieser* Gesellschaft, — und darunter verstehe ich weder ein ‚christlich-

jüdisches Abendland' noch einen ‚aufgeklärten Westen‘, sondern sehr nüchtern eine durchindividualisierte Post-Industriegesellschaft, und ihren (wie in jeder anderen sozialen Organisationsform auch) sehr spezifischen und sehr hohen Anforderungen an den Einzelnen, ihr ‚biographisches Projekt‘, wie man heute sagt, zu verfolgen, das heißt: sich hier durchzuschlagen.

Es sind aber Menschen, die das Recht haben, hier zu sein, an dieser Gesellschaft teilzuhaben und sie mitzugestalten. Und die diese Gesellschaft — nicht nur in der Funktion als ‚zukünftige Fachkräfte‘ — enorm bereichern.

‚Integration‘, wenn man das Wort mal in den Mund nehmen möchte, worunter in aller erster Linie verstanden werden muss, dass diese Menschen zu ihrem Recht kommen, das heißt als Gleichberechtigte am gesellschaftlichen teilhaben und ihr Leben hier, ihren eigenen Vorstellungen und Wünschen gemäß, gestalten können, wird für diese Menschen, die noch immer zu Zehntausenden in Heimen festsitzen, ein auf lange Zeit unerreichbares Ziel bleiben, wenn *wir*, die Etablierten, nicht auf *sie* zugehen.

Die Frage nach Wohnraum

Der erste notwendige Schritt, damit diese Menschen eine faire Chance bekommen, sich hier selbst zu verwirklichen, ist akzeptabler Wohnraum. Es muss diesen Menschen ermöglicht werden, endlich aus ihren Heimen herauszukommen — dazu darf man sie nicht länger derart allein ihrem Schicksal überlassen. Wir alle müssen uns für sie ins Zeug legen.

Ich will an dieser Stelle nicht auf die Bürokratie und Rechtslage, die Wohnungspolitik und den angespannten Mietmarkt etc. eingehen. Es ist klar, dass hier weitreichende Veränderungen stattfinden müssen. Die Mietkostenübernahme für Geflüchtete funktioniert jedoch in der Regel, sei es nach der Anerkennung durch das Jobcenter oder durch andere Behörden während des laufenden Asylverfahrens. Woran es aber immer wieder mangelt ist persönliche Bereitschaft von Vermieter*innen und WG-Bewohner*innen Geflüchteten eine Chance zu geben und zwar, so habe ich es in den zwei Jahren, in denen ich gemeinsam mit meiner Freundin versuche, Wohnraum für meine Schüler zu finden, immer wieder erlebt, selten aus

Rassismus und Ablehnung, sondern aus Desinteresse und Faulheit.

Worüber man vor allem reden muss ist die harte Arbeit, die es für alle Seiten bedeutet, wenn diese Menschen endlich aus den Heimen kommen sollen Arbeit, die jetzt geleistet werden muss.

Für die meisten meiner Schüler ist es zunächst einmal nur schwer vorstellbar, in einer WG zu leben und so ziemlich das genaue Gegenteil davon, was sie als

gelungenes Leben definieren würden. Was ich in vielen Gesprächen herausgehört zu haben glaube, lässt sich vielleicht so zusammenfassen: Menschen die in sogenannten ‚WGs‘ leben, sind vereinsamte und im Prinzip gescheiterte Existenzen, die, unfähig einen vernünftigen Lebensunterhalt zu bestreiten und eine Familie zu

gründen, gezwungen sind, sich eine verdreckte Bude mit einem Haufen Fremden zu teilen.

Das Befremden, das großstädtisches WG-Leben bei vielen auslöst, mischt sich mit Angst und Verunsicherung. Übung in der sozialen Interaktion mit Deutschen haben die wenigsten.

Ich versuche trotzdem regelmäßig sie zu überzeugen, es mit einer WG zu versuchen. Nicht nur, weil ich weitaus größere Chancen sehe, ein WG-Zimmer zu finden als eine ganze Wohnung, sondern auch weil ich im Anschluss an einen deutschsprachigen Alltag eine goldene Möglichkeit sehe, ihre Lebenssituation hier nachhaltig zu verbessern. Vielleicht ist das ein wenig paternalistisch — ich sehe es, als einen freundschaftlichen Rat. Auch, weil ich in meiner eigenen WG sehe, dass es funktionieren kann.

WG-Castings enden im Fiasko

Dass wir tatsächlich die Chance bekommen, es auszuprobieren, ist selten. Auf WG-Gesucht Anfragen bekomme ich so gut wie nie eine Antwort. Weder wenn ich, in gutem, aber absichtlich leicht fehlerhaften Deutsch in erster Person als einer meiner Schüler schreibe, noch wenn ich mich als Deutschlehrer vorstelle und anbiete, den Kontakt herzustellen. Einladungen zu sogenannten ‚WG-Castings‘ bekommen wir fast ausschließlich über private Kontakte. Die meisten solcher Termine enden dann im Fiasko.

Wir alle müssen uns für sie ins Zeug legen

Die Schüler sind mit einem WG-Casting erstmal überfordert. Selbst die Klassenclowns kriegen keinen Ton mehr raus. At best leiern sie, mechanisch und mit gesenktem Blick, eine kurze Vorstellung herunter: Name, Alter, Herkunftsland, Fullstop. Danach gibt es ein paar abgehakte Ja/Nein Antworten und mitunter eine Panikattacke.

Nach den ersten Terminen war ich oft völlig vor den Kopf gestoßen. Es gab Schüler, die mir monatelang SMS schrieben, mir ihre Verzweiflung im Heim schilderten und mich wieder und wieder baten, ihnen zu helfen. Als sie dann die Chance auf ein Zimmer hatten, kamen sie plötzlich mit absurden Einwänden, die mir bis heute unverständlich bleiben.

Nie vergessen werde ich die Schilderung meiner Freundin, die mit einem Schüler bei einer Besichtigung war, als er plötzlich begann, der versammelten WG immer und immer wieder zu erklären, dass das Zimmer (rund 15 Quadratmeter) viel zu klein für einen richtigen Kleiderschrank sei und er da auf keinen Fall wohnen könne.

Begegnungen möglich machen

Dennis Mehmet
*studiert Medienwis-
senschaft an der
Bauhaus-Universität
in Weimar und
arbeitet als
Deutschlehrer in
Berlin.*

Auf der anderen Seite habe ich nicht weniger Überforderung gesehen. Ich habe in den WG-Castings selten Leute getroffen, die sich fähig oder bereit dazu gezeigt haben, mit den Momenten der Fremdheit umzugehen, die sich in solchen Situationen zweifelsohne einstellen. Ein Gespräch mit einem meiner Schüler bekamen die wenigstens zustande. Und am Ende stand fast immer die Absage.

Damit solche Situationen der gegenseitigen Überforderung für alle Beteiligten gut über die Bühne gehen, damit eine Begegnung stattfinden kann, braucht es, das habe ich gelernt, mehr als die Bereitschaft zur Offenheit. Es braucht die Bereitschaft, Zeit und Mühe in einen gemeinsamen Prozess zu investieren.

Es erfordert, sich sensibel zu machen. Sensibel dafür, wie weit mein Gegenüber bereits auf mich zugekommen ist und sensibel dafür, wie weit sie oder er noch gehen kann und wo der Bereich anfängt, an dem man sich selbst bewegen muss.

Wo die Unsicherheit zu groß wird, liegt es in unserer Verantwortung, dass die Begegnung gelingt.

Jemanden etwa dabei zu unterstützen, in einem Sportverein unterzukommen, fordert viel mehr ein, als

einmal zum Probetraining mitzukommen. Mit jemandem zusammen zu wohnen, auf jemanden zuzugehen und ihr oder ihm überhaupt erst zu ermöglichen mit einem zusammen zu wohnen, das heißt, ihr oder ihm die Sicherheit zu geben, sich auf dieses Wagnis einzulassen, noch viel mehr.

Diese Zeit und Mühe tatsächlich zu investieren ist schwer. Ich wurde diesbezüglich von Freunden und Bekannten enttäuscht — und ich habe mich in meiner Faulheit und meinem Egoismus auch immer wieder selbst enttäuscht.

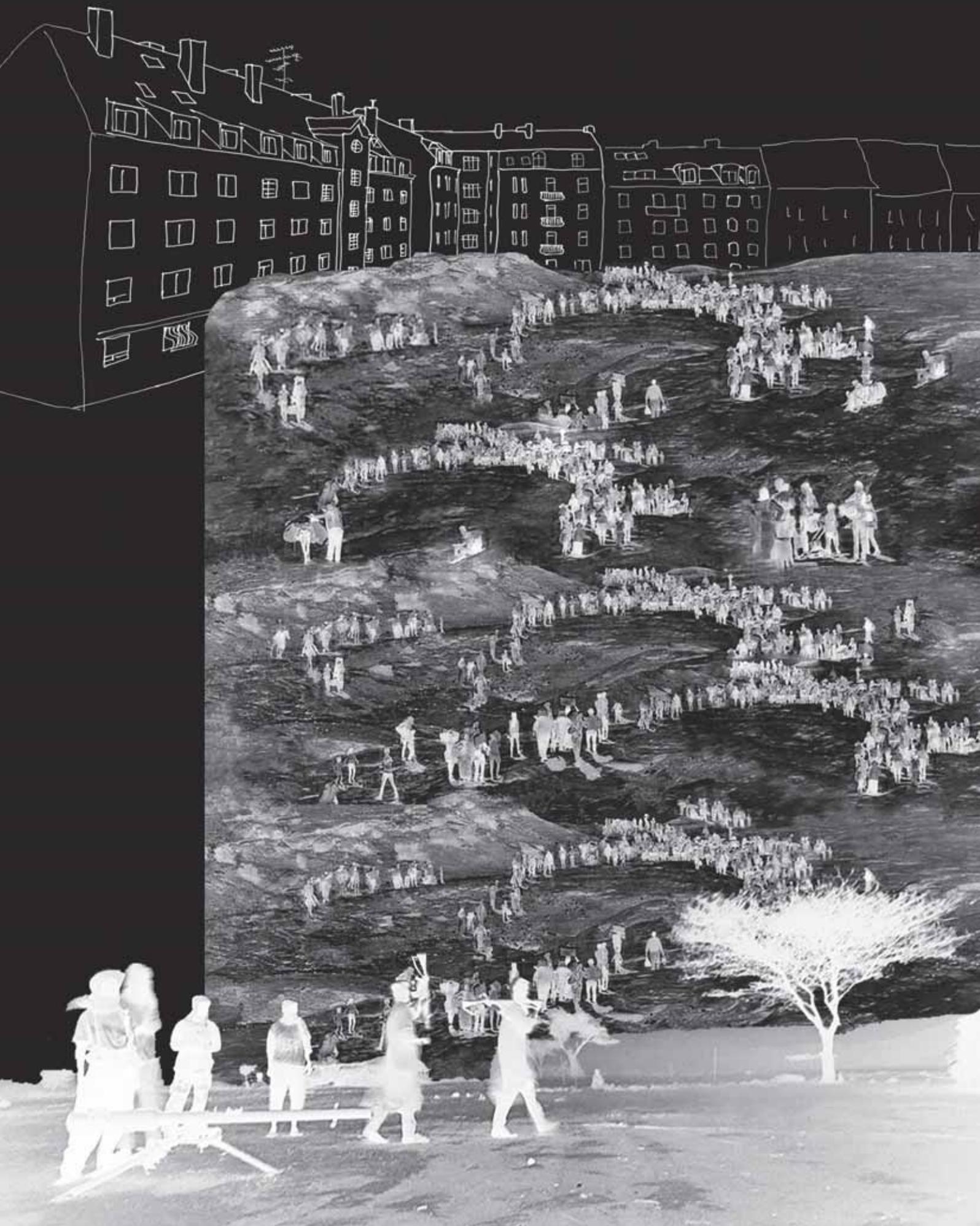
Mit den Schülern sind meine Freundin und ich in den letzten Jahren, das muss ich sagen, immer wieder auf Menschen getroffen, die zwar Zeit haben auf Refugee-Welcome-Demos zu gehen und Workshops über rassismus-sensible Sprache zu besuchen, die „Kritik der schwarzen Vernunft“ zu lesen, postkoloniale Ausstellungen zu organisieren und Proseminare zu halten, aber nicht um sich einen Abend in der Woche mit jemandem zu treffen, der keinen Alkohol trinkt und das neue Album von Kendrick Lamar nicht kennt. Geschweige denn, die eigene Wohnung mit so jemandem zu teilen.

Ich habe absurde Dinge gehört. Neulich sagte eine Studentin, sie habe „keine Zeit Mutti für die Jungs zu spielen“, weil sie gerade ihre Masterarbeit schreiben müsse, und zwar —wirklich kein Witz — über ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete.

Ich glaube, das ist ein riesiges Problem. Ich glaube aber nicht, dass es ein Arschloch-Problem ist. *Absurd*, so scheint mir, sind immer die strukturellen Probleme.

Ich glaube, wir stehen vor einem strukturellen Problem, das uns verunmöglicht, Zeit und Mühe in andere Menschen zu investieren.

Dieses Problem müssen wir loswerden.<



„Ein unwiderstehliches Angebot“

Der Verein *Münchner Freiwillige - Wir helfen e.V.* engagiert sich für Geflüchtete und benachteiligte Menschen in München. Der Verein hat verschiedene Projekte, eines davon ist das *Wohnprojekt*. Es mietet Wohnungen an und stellt sie denjenigen zur Verfügung, die auf dem hart umkämpften Münchner Wohnungsmarkt kaum Chancen haben. Ein Interview mit Petra Mühling, die sich im *Wohnprojekt* engagiert von Marianne Walther.



Was ist der große Vorteil daran, als Schaltstelle zwischen Vermieter*innen und Bewohner*innen zu vermitteln?

Zum einen hat der Verein die Möglichkeit, mit den jeweiligen Vermieter*innen Gewerbmietverträge abzuschließen. Für Vermieter*innen ist es so sehr viel einfacher, uns als Mieter*innen zu kündigen, wenn es nicht funktioniert, ohne dass es bestimmte Kündigungsgründe braucht. Wir schließen Wohnraummietverträge mit unseren Mieter*innen ab. Grundsätzlich sieht das Wohnraummietrecht einen großen Schutz der Mieter*innen insbesondere im Falle der Kündigung vor, die nur unter bestimmten engen Voraussetzungen möglich ist. Die Vorschrift ermöglicht es uns als anerkanntem Träger der Wohlfahrtspflege, dass diese Mieterschutzvorschriften nicht zur Anwendung kommen und wir unter Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen können.

Bei uns können Vermieter*innen sagen: Ich probiere es mal aus mit euch, befristet auf ein Jahr. Wenn es gut läuft, machen wir weiter mit dem Mietverhältnis. Eine Vermieter*in, die vielleicht denkt: Naja, ich würde mich schon gerne sozial

engagieren, durch Vermietung an Geflüchtete, Wohnungslose, alleinerziehende Mütter, aber ich traue mich nicht so ganz. Wie ist das finanziell? Oftmals laufen auf Wohnungen Kredite, die auch bezahlt werden müssen. Wenn Mieter*innen nicht zahlen, dann können Raten nicht bezahlt werden. Da kommt der Verein und sagt: Wir nehmen dir diese ganzen Themen ab.

Und das Konzept ist attraktiv für Vermieter*innen. Sie wissen, da gibt es den Verein als Mieter*in, der übernimmt die Risiken der Mieter*innen-Auswahl. Unsere Vermieter*innen bekommen Mitspracherecht, wenn sie das wollen. In der Regel wollen sie das nicht. Wir stehen für Mietausfälle und Schäden an der Mietsache ein. Die ersten Vermieter*innen, die wir gewinnen konnten, stehen inzwischen als Referenz für neue oder interessierte Vermieter*innen zur Verfügung. Wenn irgendwas ist, kann man sie anrufen. Das ist natürlich ein großes Kompliment.

Mit den Geflüchteten wiederum schließen wir Wohnraummietverträge ab. So kommen Wohnraummietvorschriften, Schutzvorschriften nicht zur Anwendung.

Darüber klären wir die Geflüchteten in ihren Muttersprachen auf. Geflüchteten erklären wir, wie Wohnen in Deutschland funktioniert. Wie verhalte ich mich in der Hausgemeinschaft, wie ist es mit der Mülltrennung, Stromkosten, und ähnlichem. Was für uns ganz normal ist, ist in den Herkunftsländern oftmals gar nicht bekannt. Wir haben übrigens auch Wohngemeinschaften, für die wir Verwaltungsfunktionen übernehmen. Wir machen die Besichtigungen und den Mietvertrag mit der WG.

Ergänzend halten wir Vorträge bei Kooperationspartner*innen wie *arrivalAid* und den Flüchtlingsräten und schulen Pat*innen und die Geflüchteten selbst. Wir erklären, wie Pat*innen an eine Wohnung für ‚ihre‘ Geflüchteten kommen, welche Unterlagen erforderlich sind.

Wer sind die Vermieter*innen?

Hauptsächlich Privatpersonen. Unser Traum ist es, irgendwann an Bauträger*in und Baugesellschaften heranzutreten und zu sagen: Mensch, gebt uns mal fünf Wohnungen. Aber es ist sehr schwer, an die ranzukommen. Ich arbeite selbst in der Immobilien-

branche, der Finanzvorstand unseres Vereins auch, wir kennen uns da gut aus.

Wieviel Wohnraum haben Sie schon vermietet?

Wir haben gut ein Dutzend Wohnungen angemietet. Circa 50 Geflüchteten, Familien und alleinerziehenden Müttern haben wir so ein Zuhause verschafft. Dann unterstützen wir Geflüchtete, dass sie selber den Mietvertrag abschließen. Manchmal ist es in der Tat so, dass die Vermieter*innen sagen: Den Verein als Zwischenmieter brauche ich gar nicht, es läuft auch ohne ganz super. So haben wir circa 100 vermittelt.

Wie kommen die Kontakte zustande. Kommt es vor allem von Ihrer Seite oder kommen die Leute auf Sie zu?

Manche kommen auf uns zu. Aber wir haben ganz banal angefangen, über Immoscout, WG gesucht, die einschlägigen Immobilienportale. Da haben wir die entsprechenden Suchkriterien eingegeben, weil wir ja beachten müssen, dass bei den Geflüchteten, sofern sie Sozialleistungen erhalten, bestimmte Mietobergrenzen eingehalten werden. Die Ergebnisse haben wir dann einfach abtelefoniert, sind zu Besichtigungen gegangen usw. Dann haben wir unsere Webseite entsprechend gestaltet. Wir nehmen alle Gelegenheiten wahr, um das Projekt vorzustellen: Amt für Wohnen und Migration, Vorträge bei diversen Organisationen, bei Veranstaltungen wie dem Sozialempfang im Rathaus, Wohnbaukonferenz etc., Interviews und Zeitungsartikel.

Und die Geflüchteten, kommen die über Pat*innen zu Ihnen oder direkt?

Da gibt es auch verschiedene Wege. Wir haben Kooperationen mit den Organisationen Bellevue di Monaco, arrivalAid, Flüchtlingsrat, FöBE. Patenprojekte der Stadt München melden uns Geflüchtete. Das Jobcenter schickt uns mittlerweile auch Leute. Dann natürlich unser persönliches Netzwerk.

Wenn wir eine Wohnung haben, also den Mietvertrag abgeschlossen, muss es schnell gehen, den entsprechenden Untermietvertrag abzuschließen. Dazu haben wir so eine Art Kartei. Darin sind schon gewisse Kriterien abgeprüft, zum Beispiel Zuverlässigkeit und erforderliche Unterlagen. Die Geflüchteten, die wir in

Wir sind alle ehrenamtlich tätig

unsere Kartei aufgenommen haben, machen sich natürlich große Hoffnungen. Wenn wir sagen, schick uns mal deine ganzen Unterlagen, können trotzdem gerne mal zwei Monate vergehen, bis was passiert. Wir bemühen uns sehr, Hoffnungen nicht zu sehr zu schüren, aber ganz vermeiden kann man es nicht.

Wer arbeitet für den Verein? Wer finanziert das Projekt?

Wir sind alle ehrenamtlich tätig. Es sind Jurist*innen dabei, ein Immobilienmakler, Architekt, eine Kerngruppe von fünf Leuten. Und die managen alles. Der Verein

selbst wird von der Stadt München gefördert. Da der Verein aus der Hilfsinitiative am Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015 entstanden ist, erfolgt die Förderung durch die Stadt zweckgebunden, Sofortmaßnahmen und Soforthilfeengagement/-management für den Katastrophenfall aufrechtzuerhalten.

Das Wohnprojekt ist auf Spenden und Gelder aus Ausschreibungen von Stiftungen etc. angewiesen; zum geringen Teil finanziert es sich auch selbst aus Rückstellungen. Die gelingen uns dadurch, dass wir unterhalb der Mietobergrenze anmieten, sodass wir immer einen kleinen Zuschlag haben, 100 bis 150 Euro. Zum einen, um Schäden abzufedern. Zum anderen, um auch mal sagen zu können: Wir mieten jetzt eine Wohnung an, wo wir keinen Zuschlag haben, aber es ist ein dringender Wohnbedarf da. Je mehr Wohnungen umso mehr Rückstellungen. Vielleicht können wir irgendwann mal Leute anstellen, die die Verwaltung übernehmen, die auch die Begleitung übernehmen usw. Das lässt sich auf Dauer mit Ehrenamtlichen alleine auch gar nicht stemmen. Unser Ziel ist es, irgendwann mehrere hundert Wohnungen anzumieten. Nur mit Ehrenamtlichen schaffen wir das nicht. Deswegen sind wir auch auf Stiftungsgelder angewiesen, oder bewerben uns bei Ausschreibungen.

Worin besteht die Arbeit eurer Ehrenamtlichen konkret?

Akquise der Wohnungen, Besichtigungen, Abschluss der Mietverträge, Auswahl der Untermieter*innen, Prüfung der Unterlagen, Gespräche mit den Geflüchteten, und den Ämtern, Abschluss von

Untermietverträgen oder die Prüfung von Mieteingängen: Kriegen wir von den Geflüchteten regelmäßig, pünktlich in voller Höhe die Miete, Kautionskonten anlegen und verwalten, Nebenkostenabrechnungen. Was ein ‚normaler‘ Hausverwalter halt auch machen muss. Und das ehrenamtlich. Tagesfreizeit ist da ein Thema. Abends erreicht man niemanden mehr und am Wochenende ist es auch schwierig. Dementsprechend wäre es natürlich schön, wenn wir noch weitere Ehrenamtliche gewinnen könnten, die sagen, ich bin in meiner Tageszeit flexibel, ich finde das Projekt super und habe vielleicht noch Ideen, welche Kontakte man da noch knüpfen könnte. Insbesondere zu Wohnungsbaugesellschaften.

Gibt es Interesse für die Arbeit Ihres Vereins auch in anderen Städten?

Wir haben aus den umliegenden Landkreisen, zum Beispiel Freising, Feedback bekommen. Wir haben Vorträge bei Landratsämtern und in Helfer*innenkreisen gehalten, die wissen wollen, wieweit man unser Projekt auf das Land übertragen könnte.

Wie funktioniert die sprachliche Kommunikation mit den Geflüchteten

Deutschkenntnisse sind schon vorhanden. Teils gut, teils weniger, teils sehr rudimentär. Wir versuchen immer, dass die Geflüchteten Pat*innen haben und möglichst immer mit Dolmetscher*innen zu arbeiten. Wenn wir eine WG gründen, dann ist jemand aus Somalia, aus Eritrea, aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, dann ist Deutsch die einzige gemeinsame Sprache. Man muss sich verständigen können, wenn es um Gemeinschaftsräume geht. Und das fangen

Es ist ein erster Schritt in ein eigenständiges Leben

wir ein bisschen ab durch die Pat*innen und Kommunikation innerhalb der Hausgemeinschaft.

An wen vermieten Sie am häufigsten?

In der Regel an junge Männer und an Familien. Wir haben zwar auch schon eine Frauen-WG und eine alleinerziehende Mutter. Aber gut achtzig Prozent sind alleinstehende Männer.

Warum ist es so wichtig für die Leute, in ihren eigenen Wohnungen zu wohnen?

Es ist ein erster Schritt in ein eigenständiges Leben. Ich habe eine Adresse, ich habe ein Zimmer, das ich abschließen kann, ich habe eine Privatsphäre, da kann ich mich mal zurückziehen, da kann ich mich abgrenzen, da habe ich einen geschützten Raum. Wir hatten auch Geflüchtete, die Übergriffen ausgesetzt waren und deswegen ist ein eigenes Zimmer jetzt das Wichtige und das Wesentliche. Uns haben Jungs erzählt, dass sie in München in einer Pension leben, wo sie für ihr Zimmer 600 Euro bezahlen, das aber zu dritt teilen. Das gibt's doch nicht!

Wenn Vermieter*innen erst interessiert sind und dann doch nicht vermieten wollen - kennen Sie die Gründe?

Also, oftmals wird es ohne Begründung gesagt, manchmal kommt als Rückmeldung: Naja, wir

sind ein bisschen unsicher. In diesem Fall können wir versuchen, da einfach nochmal nachzufragen. Meistens haben wir ein bestimmtes Klientel, Leute, die ohnehin sozialer eingestellt sind, die sagen, das ist eine tolle Idee. Aber wir wollen trotzdem nicht das volle Risiko, ein bisschen abgemildert. Bei Besichtigungen im zehn Minuten-Takt können wir das Projekt vorstellen. Bei Sammelbesichtigungen können wir es gleich vergessen.

Wie läuft es mit der regelmäßigen Zahlung von den Mieter*innen?

Super! Wenn die Miete mal nicht kam, dann ruft man an und fragt nach. Bei den Leuten, die das Jobcenter uns schickt, ist das super. Manchmal kommt es bei den Selbstzahler*innen zu Engpässen. Sie verdienen nicht viel und schicken Geld nach Hause. Aber da sind wir relativ entspannt, dann kommt es halt mal einen Monat später. Der Verein steht da auch dahinter. Der hat ja auch ein Selbstverständnis.

In eurer Erfahrung, wer hat es am schwersten, eine Wohnung zu finden?

Geflüchtete! Vor allem Menschen aus den afrikanischen Ländern.

Wenn Sie mit den Wohnungssuchenden unterwegs sind, wie fällt die Entscheidung? Halten Sie Rücksprache mit Ihren Mitarbeiter*innen oder entscheiden Sie?

In unserer Kerngruppe im Verein diskutieren wir schon. Und uns fällt es natürlich wahnsinnig schwer, deswegen entscheiden wir auch manchmal – das ist vielleicht banal – mit dem Losverfahren.

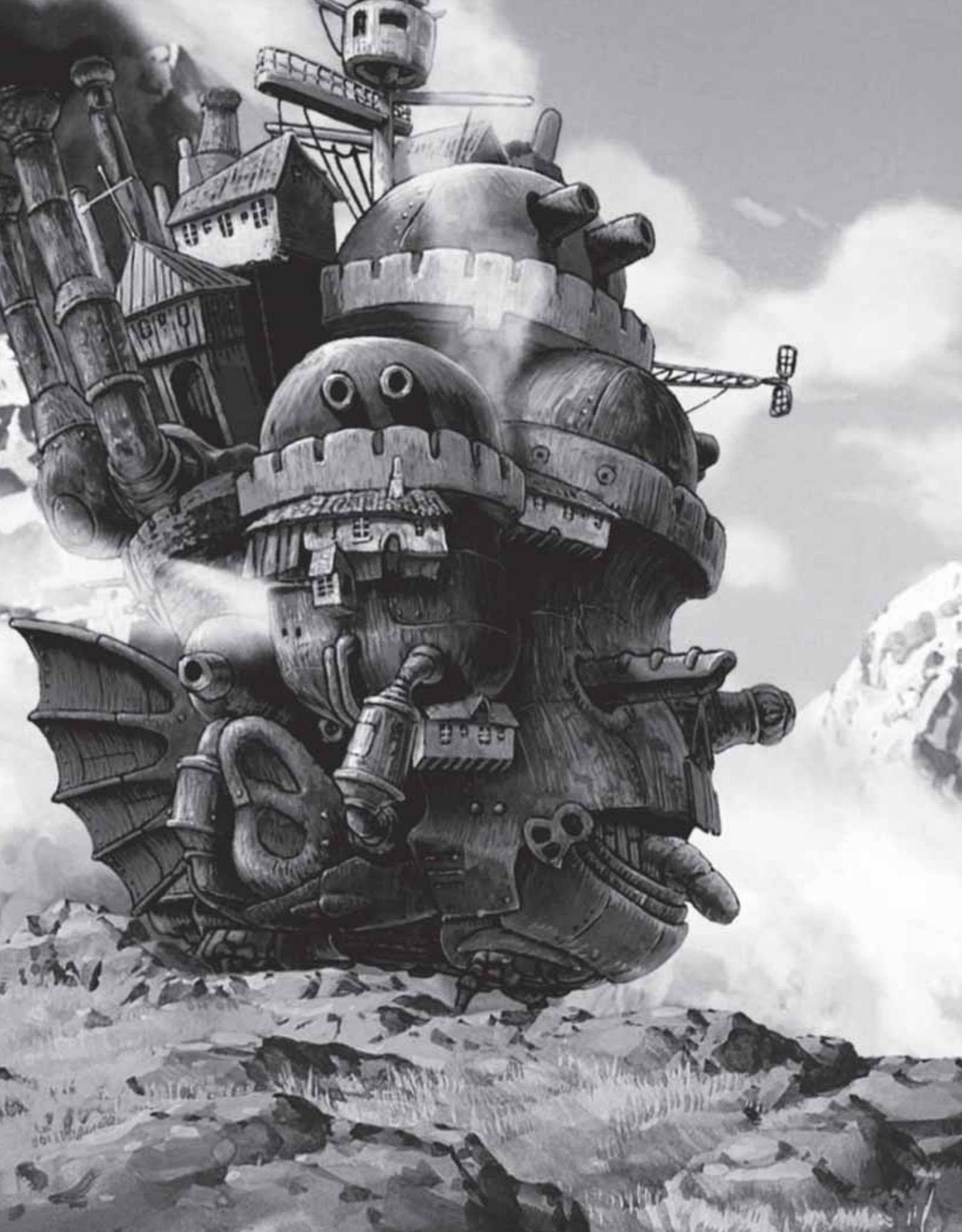
Der Verein hat circa 35 Mitglieder. Was könnten Sie realisieren, wenn es mehr Ehrenamtliche gäbe?

Wir könnten noch mehr Wohnungen anmieten, mehr Vermieter*innen ansprechen, Betreuungskonzept, Mieter*innenschulung ausweiten, Netzwerk und Kooperationen erweitern.

Wir könnten eine Betreuung für die WG-Anfangszeit einrichten. Möbel organisieren ist so ein Thema. Vom Jobcenter gibt es eine Anschubfinanzierung für die Erstausrüstung der Wohnung, bei Selbstzahler*innen hingegen nicht. Stromverträge zum Beispiel können nicht wir abschließen, das müssen die Bewohner*innen selbst machen. Oder WLAN, das ist nicht in der Grundausstattung der Wohnung, da müssen sich die Mieter*innen auch selber drum kümmern. Und so weiter. Bisher arbeiten die meisten von uns so um die zehn Stunden pro Woche für den Verein.

Was motiviert Sie, mit der Vereinsarbeit weiterzumachen?

Wir haben den Eindruck, unsere Arbeit, unser Anliegen, das funktioniert. Es gibt immer wieder Hürden, aber echte Misserfolge haben wir noch keine erlebt. Man lernt immer dazu. Die Geschichte unseres Vereins ist eine Erfolgsgeschichte. Und die gemeinsame Arbeit macht Spaß!<



Sanctuary City, Städte der Zuflucht

Die europäischen Staaten schotten sich gegen die Ankunft von Geflohenen immer wirksamer ab. An ihren Außengrenzen patrouilliert das Militär, mit den Regierungen der angrenzenden Staaten werden krumme Deals vereinbart. Im Inneren jagt eine Asylrechtsverschärfung die nächste. Wer für fairere Lösungen zur Aufnahme und Unterstützung von Geflohenen eintreten möchte, zieht seine Hoffnung auf staatliche Maßnahmen zurück und sucht anderswo nach neuen Strategien: in den Städten, Landkreisen und Kommunen. Überlegungen zum Modell der Sanctuary City von Elena Stingl.

Der Ruf engagierter Bürger*innen nach einem Abschiebungsstopp für Geflohene nach Afghanistan und anderswohin, ihre Bestürzung über die scheußliche Situation in den Aufnahme- und Abschiebelagern innerhalb und außerhalb von Deutschland, der Versuch, diese Themen in die Öffentlichkeit zu bringen und mehr Solidarität mit Geflohenen einzufordern, das alles schien im Jahr 2017 an Regierungen auf Stimmenfang und am immer größer werdenden indifferenten Teil der deutschen Bevölkerung abzuperlen. Das Ergebnis der Bundestagswahlen lässt auf keine Änderung hoffen. Die

konservative Weigerung gegen solidarische Verfahren geben EU-weit den Ton an.

Gemeinden weigern sich gegen den Druck der Staaten

Zugleich bildet sich auf anderen Ebenen, leise und akribisch, Widerstand gegen die Abschottungslogik der Mitgliedsstaaten. In Städten und Gemeinden überall auf dem Kontinent, in Barcelona und in Osnabrück, in Athen und in Zürich, in Mailand, Thessaloniki, Stockholm, diskutieren Bürgermeister*innen,

Gemeinderäte, Stadtverwalter*innen, Sicherheitsbehörden und die Bewohner*innen über Möglichkeiten, staatliche Verordnungen zu umgehen, um Geflohene gastfreundlich aufzunehmen, statt sie abzuwimmeln und weg zu isolieren. Sie haben sich zu einem Netzwerk namens Solidarity City zusammengeschlossen. Das Modell für aufnahmefreundliche Städte, das ihnen vorschwebt, lautet Sanctuary City, Stadt der Zuflucht.

Das Modell stammt aus den USA. Bereits seit Anfang der 1970er Jahren in Kalifornien, verstärkt in den letzten circa zehn Jahren, vor allem aber seit Amtsantritt von Donald Trump wehren sich einige Bundesstaaten (wie etwa Vermont oder Oregon) und mehrere hundert Verwaltungsbezirke (die sogenannten Counties) sowie große Städte (darunter Los Angeles, New York City, Chicago, Austin und Salt Lake City) gegen die Anordnungen aus Washington zum Festsetzen und Abschieben illegaler Einwanderer, die teilweise seit Jahrzehnten ohne Ausweispapiere in den USA leben. Das heißt konkret, dass sich Polizei und sonstige Behörden auf kommunaler Ebene dazu entscheiden können, nationale Anweisungen nicht auszuführen und die Menschen, die dort leben, nicht abzuschicken, ihre Daten nicht weiterzugeben, ihnen juristische und politische Unterstützung anzubieten und ihnen sogar dabei zu helfen, Jobs, Wohnungen und Schulplätze zu finden.

Sanctuary City ist dabei kein juristischer Begriff, sondern eher ein selbstgewählter Titel, der die nicht-repressive, schutzbietende Praxis auf kommunaler Ebene beschreibt. Seit einigen Jahren verbreitet sich das Modell nach Kanada und Europa.

Die Vernetzung europäischer Gemeinden und Städte, die Sanctuary Cities überzeugender finden als die bisherige Migrationspolitik der EU, läuft auf Hochtouren. Allein im Juni 2017 fanden zwei internationale Konferenzen statt, Fearless City in Barcelona und Relaunching Europe Bottom-Up in Danzig, die um die Frage nach kommunalen, solidarischen Lösungen kreisten.

Staatliche Verordnungen umgehen, um Geflohene gastfreundlich aufnehmen

Zufluchtsstädte in Deutschland?

Wären Städte der Zuflucht auch in Deutschland denkbar? Ist das anglo-amerikanische Modell in der Bundesrepublik umsetzbar?

Den Kommunen kommt per Verfassung ein Selbstbestimmungsrecht zu (Art. 28 GG). Ihre Aufgaben

gliedern sich in Selbstverwaltung und die Ausführung staatlicher Aufgaben (der sogenannte übertragene Wirkungskreis). Etwa im Falle des Aufenthaltsgesetzes unterliegen die Kommunen zwar der Fachaufsicht der Innenministerien. Die zuständigen kommunalen Ausländerbehörden haben allerdings Ermessensspielräume darüber, wer

welchen Aufenthaltstitel erhält. Dieses Ermessen kann zugunsten von Geflohenen ausgeübt werden. Stadtstaaten wie Berlin, Hamburg oder Bremen hätten noch mehr Spielräume, da sie Bundesländer sind. Sie hätten etwa die Möglichkeit, das Aufenthaltsgesetz durch Verwaltungsvorschriften zu ergänzen. Ein Beispiel wäre die Senatorenregelung in Hamburg von 2006 bis 2013, der zufolge eine Ausreise nach Afghanistan für unzumutbar eingeschätzt wurde. Aufgrund dieser Einschätzung haben rund 1000 Menschen einen Aufenthaltstitel erhalten, statt wie in anderen Bundesländern von einer Duldung in die nächste zu rutschen.

Das alles sind letztlich nur Rädchen im Mahlwerk der europäischen und nationalstaatlichen Asylrechtsverordnungen. Bundestreue (Art. 20 Abs. 1 GG) und die Bindung der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 2 GG) schränkt die Kommunen stark ein. Gerade beim Aufenthaltsrecht sind die Kommunen ausführendes, nicht gestaltendes Organ. Für eine dauerhafte Errichtung stabiler und sicherheitspolitisch autonomer Zufluchtsstädte und -gemeinden in Deutschland bräuchten Kommunen mehr Kompetenzen und müssten Teile des Grund- und das Aufenthaltsgesetz umgeschrieben werden.

Die Hamburger Juristin Helene Heuser und Mitgründerin der dortigen Refugee Law Clinic forscht zu Sanctuary Cities und weiß, wie deutsche Städte und Gemeinden die Rechte, die ihnen zustehen, ausschöpfen könnten, um sich dem Modell der Zufluchtsstädte anzunähern. „Die kommunalen Auslän-

derbehörden sind beispielsweise meist einbezogen, wenn Anträge auf Visa bei den deutschen Auslandsvertretungen gestellt werden. Im Rahmen des bestehenden Aufenthaltsgesetzes ist es möglich, dass deutsche Kommunen im Sinne einer Stadt der Zuflucht Menschen im Ausland die legale Einreise mit einem Visum ermöglichen. In der wenig bekannten Vorschrift des § 22 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes ist sogar vorgesehen, dass im Einzelfall auch ein humanitäres Visum zur Einreise erteilt werden darf. Im Klartext heißt das:] Schon jetzt [besteht] die rechtliche Möglichkeit [...], legale Zufluchtswege in Kommunen zu schaffen. In diesem Gesetz sehe ich grundsätzlich Potenzial für eine direkte Flüchtlingsaufnahme auf städtischer und kommunaler Ebene“, so Helene Heuser in einem Interview mit der Zeitschrift *Luxemburg* im April diesen Jahres (Heft 01/2017).

Legale Zufluchtswege in Kommunen schaffen

Jenseits des Aufenthaltsrechtes

Doch auch jenseits des Aufenthaltsrechtes gibt es im Stadtraum und innerhalb von Gemeinden Möglichkeiten, im Sinne einer solidarischen Aufnahmebereitschaft zu agieren. Helene Heuser meint, zivilgesellschaftliche Initiativen können bei ihren kommunalen Regierungen Debatten zum Schutz aller Stadtbürger*innen anregen. Allen Bewohner*innen – egal, welchen Aufenthaltstitel sie tragen – stehe es laut Art. 17 GG offen, Petitionen an die Gemeinden zu richten, schreibt Heuser im März 2017 für das Internetforum *verfassungsblog.de*. Zusätzlich könne der Zugang von Migrant*innen zu Beratungsstellen und Rechtsanwält*innen in Kommunen verbessert werden. Eine gute Rechtsberatung könne Migrant*innen vor Rechtsverlusten schützen und ihnen ein Bleiberecht verschaffen. Und nicht zuletzt könne „eine Gemeinde offiziell zu erkennen geben, dass sie für eine tolerante Stimmung gegenüber allen StadtbewohnerInnen unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder der Staatsbürgerschaft steht“.

Ansätze kommunalen Engagements gibt es auch in Deutschland. Seit den Neunziger Jahren gibt es vielerorts Beratungsstellen und medizinische Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Diese Einrichtungen sind zivilgesellschaftlich getragen, aber die Kommunen unterstützen und flankieren sie häufig. So finden auf kommunale Anordnung keine Polizeikontrollen im Umfeld von Beratungsstellen statt, um ‚Illegalen‘ den

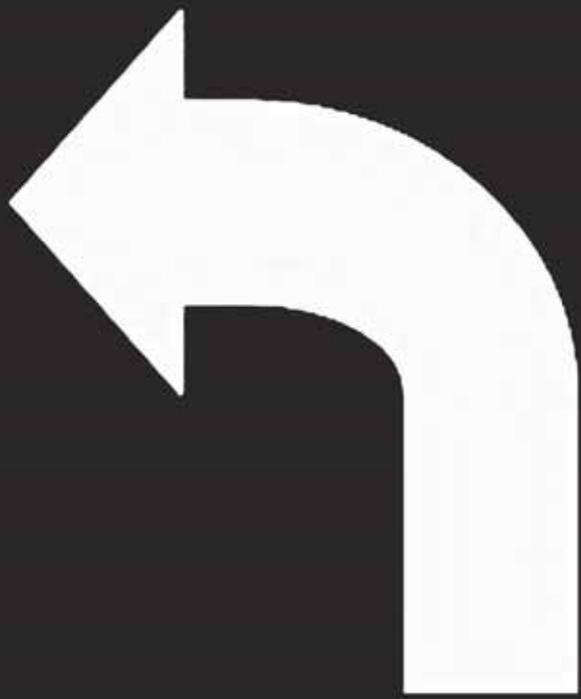
gefahrlosen Zugang zu ermöglichen. Ebenso wird schulpflichtigen Kindern ohne Papiere der Schulbesuch ermöglicht. Zwar müssten Beamte und Angestellte der städtischen und staatlichen Schulen Personen ohne Aufenthaltsrecht melden. Dies gilt aber nur, wenn sie davon Kenntnis haben. Viele Schulbehörden fragen deshalb nicht mehr, ob ein Kind, eine Person

einen Aufenthaltstitel hat. Wer nicht fragt, kann auch nichts melden. Das Recht auf Schule wird hier über das Aufenthaltsrecht gestellt. Auch die kommunale Verpflichtung zur Daseinsvorsorge, die für alle im kommunalen Gebiet lebenden Personen gilt, gibt Städten und Gemeinden Gestal-

tungsspielräume und die Möglichkeit, Integration als kommunales Ziel festzuschreiben. Zumeist ist aber Unterlassen im kommunalen Kontext die probatere Strategie als Agieren. Die Aktion kommt oft nicht von der Kommune, sondern die Zivilgesellschaft gibt die entscheidenden Anstöße. Kommunal können diese Ansätze aber gefördert und geschützt werden.

Dass die Bewegung der Sanctuary Cities noch viel Potential hat, zeigen wir anhand von Beispielen und Gesprächen mit Menschen, die bereits Erfahrung mit der Umsetzung solidarischer Stadtstrukturen haben, in der nächsten Ausgabe der *Hinterland*-

Elena Stingl
*promoviert in Berlin
zu französischer
Faschismuskritik.*



Rechts Gera



deaus Links

Der Kampf um das Volk

Mit Populismus gegen den Populismus? Rechte Rhetorik sich politisch links gebender Parteien und Politiker*innen im Angesicht des Erstarkens rechtspopulistischer und rechtsextremer Ideologien sowie des Erfolges extrem rechter Parteien. Von Pit Kühnühl.

Rechtsextremistische und völkisch-nationalistische Akteur*innen erzielen immer mehr Wahlerfolge und beeinflussen den politischen Diskurs immer stärker. Die AfD sitzt nicht nur in vierzehn Landesparlamenten, sondern auch im Bundestag, die kleine Identitäre Bewegung kopiert linke Strategien und erlangt damit große mediale Aufmerksamkeit, auf der Frankfurter Buchmesse dürfen rechtsradikale Verlage ihre Propaganda verbreiten, während ihre Anhänger Menschen angreifen – und das größte Ziel der CSU ist es, ihre „offene rechte Flanke“ zu schließen. Nationalismus, Rassismus, Homophobie und Antisemitismus entfalten ihr immer schon dagewesenes Potential in der Mitte der Gesellschaft immer weiter. Und was macht die politische Linke? Anstatt sich gegen die Menschenfeindschaft der rechtsradikalen Gruppen zu stellen, übernimmt sie deren Jargon; anstatt die menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung zu kritisieren, redet sie dem völkischen Volk nach dem Mund.

Die aktuell bekanntesten und wirkmächtigsten Köpfe dieser rechten Politik von links sind Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine von der Partei DIE LINKE sowie Boris Palmer und Winfried Kretschmann

von den Grünen. Für die Linkspartei sind die Wahlerfolge der AfD auch eine Bedrohung, die sich direkt in Wähler*innenstimmen messen lässt. Denn die AfD bekommt ihre Stimmen nicht nur aus dem Lager der ressentimentgeladenen Mitte, die ihre innerhalb des kapitalistischen Systems bestehenden Privilegien durch alles Fremde und Neue bedroht sieht – sie bekommt ihre Stimmen auch von den tatsächlichen sogenannten Abgehängten. Vor allem in Ostdeutschland entsteht so eine direkte Konkurrenz der beiden Parteien. Hatte die Partei DIE LINKE noch bis vor Kurzem einen nahezu hegemonialen Anspruch auf Repräsentation der prekär beschäftigten Bevölkerungsteile und der Erwerbslosen, so erreichen die noch extremer verkürzten Welterklärungsmuster und noch einfacheren Feindbilder, die die AfD den Menschen anbietet, dort immer größere Teile der Wählerschaft und überholen die Linkspartei beinahe überall.

Der Volks-Oskar

Dabei unterscheiden sich viele Positionen, die von Mitgliedern innerhalb der Linkspartei vertreten werden, jedoch kaum von denen der AfD. Zum Beispiel die von Oskar Lafontaine, über den die des

Linksradikalismus unverdächtige Tageszeitung *Die Welt* schrieb, dass er und der völkisch-nationalistische AfD-Politiker Alexander Gauland „zum Verwechsellern nah beieinander“ seien. Lafontaine hatte bereits 1992/93 als Ministerpräsident des Saarlandes die euphemistisch als „Asylkompromiss“ betitelte faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl entscheidend mitgetragen. Dieser „Asylkompromiss“ war die Reaktion der Politik auf die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Mölln – eine Reaktion, die den Menschen, die hier Schutz oder ein besseres Leben suchten, selbst die Schuld an den Übergriffen gab, statt dem aggressiven und gewalttätigen rechtsradikalen Mob. Eine in Deutschland nur allzu beliebte Vorgehensweise: Rechtsextreme Gewalttaten werden gedeckt, während die Opfer kriminalisiert und im Stich gelassen werden.

Und auch jetzt, nach den Wahlerfolgen der AfD, äußert Lafontaine sich im rechten Jargon und lässt unter anderem auf Facebook rassistische Tiraden los, in denen er behauptet, dass die deutsche Flüchtlingspolitik unsozial sei. Denn angeblich seien die Flüchtenden gar nicht bedürftig, da sie ja in der Lage seien „mehrere Tausend Euro aufzubringen“, um Schlepper zu bezahlen, wohingegen die Deutschen „am unteren Ende der Einkommensskala“ die wirklich Bedürftigen seien. Er spielt so zwei Gruppen von Menschen, die beide die negativen Effekte des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erleiden haben, gegeneinander aus. Keine der beiden Gruppen wird auch nur einen Tropfen mehr aus den Honigtöpfen des Kapitalismus abbekommen, nur weil die andere weniger bekommt. Die Logik, dass einem vor Krieg und Hunger fliehenden Menschen nicht geholfen werden dürfe, nur weil in Deutschland manch einer von Hartz IV leben muss, ist so perfide wie rassistisch. Lafontaine suggeriert damit, dass die Anderen Schuld an der Armut in Deutschland seien und dass der Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapital im abgeschotteten Nationalstaat schließlich aufgehoben würde – eine Theorie, die schon die Nazis in ihrer Propaganda verwendet haben.

Doch nicht nur in Geflüchteten sieht Lafontaine die Bedrohung des deutschen Volks. Doch nicht nur im Verhältnis zwischen Geflüchteten und deutschen prekär Beschäftigten erkennt Lafontaine die Prinzipien des Kapitalismus nicht. So phantasierte er bei einer Protestkundgebung gegen die US-Air-Base in Ramstein am 9. September 2017, dass hinter Bundeskanzlerin Merkel und hinter der US-Regierung noch eine „unsichtbare Regierung“ stehe. Wen er mit dieser personalisierten, angeblich geheimen Macht genau meinte, führt er nicht aus. Doch die anwesende

verschwörungstheoretische deutsche Friedensbewegung – für die Krieg ja nur dann auch wirklich Krieg ist, wenn er von den USA oder von Israel geführt wird – wird sich schon ihren Reim darauf gemacht haben. Das Spielen mit Codes ist in der verschwörungstheoretischen Szene üblich, die Feindbilder sind klar bestimmt.

„Die heilige Johanna der neuen Nationalbewegung“

Die zweite treibende Kraft des völkischen und national-sozialen Flügels der Linkspartei ist Sahra Wagenknecht. Haben sich sozialistische, sozialdemokratische oder kommunistische Bewegungen und Theorien zwar auch schon immer positiv auf das „Volk“ als revolutionäres Subjekt bezogen, so war dieses „Volk“ in diesen Theorien nie ein ethnisch einheitliches, homogenes, sondern ein vielschichtiges, nicht an die Herkunft gebundenes. Dieser Volksbegriff wurde internationalistisch und global verstanden, als eben die „Proletarier aller Länder“, die sich vereinigen sollten. Wagenknechts Definition ist eine andere.

Ihr Volk ist homogen und ihre Demokratie funktioniert nur national. In ihrem Buch „Reichtum ohne Gier“ kritisiert sie zum Beispiel die EU aus strikt nationalistischer Perspektive: „Je größer, inhomogener und unübersichtlicher eine politische Einheit ist, desto weniger funktioniert das. Kommen dann noch Unterschiede in Sprachen und Kultur hinzu, ist es ein aussichtsloses Unterfangen.“ Ja, in der EU gibt es Demokratiedefizite – an der kulturellen Vielfalt der Union oder an mangelnden Nationalismen liegt das aber wahrlich nicht. Im Gegenteil, die EU ist ein Staatenbund auf dem Weltmarkt konkurrierender Staaten, in dem die Bundesrepublik die Hegemonialmacht darstellt. Das Problem ist also der bestehende Standort- und Weltmarkt-Nationalismus, nicht der fehlende.

Wer wie „die heilige Johanna der neuen Nationalbewegung“ – wie Rainer Trappert Wagenknecht in der *konkret* bezeichnete – einen homogenen, abgeschotteten Volksbegriff vertritt, muss natürlich dieses Volk auch vor realen oder imaginierten Bedrohungen von außen schützen. Somit sind ihre Ausfälle, dass Asylrecht nur ein „Gastrecht“ sei, dass die Terroristen „mit den Flüchtlingen“ gekommen seien oder ihre Rede von „Kapazitätsgrenzen“ bei der Aufnahme von Geflüchteten – was sich in nichts von der „Obergrenze“ der CSU unterscheidet – zwar nicht weniger widerlich, so aber wenigstens konsequent. Sie

selektiert die Gesellschaft in Eigene und Fremde, in böse Flüchtlinge und gutes Volk. Sie entmenschlicht Geflüchtete, spricht ihnen das Recht ab, das eigene Leben zu retten oder schlicht und einfach das auf ein besseres Leben – und macht sie zu einem Objekt der Gefahrenabwehr.

Für Volk und Arbeit

Damit unterscheidet sich ihr Jargon nicht von dem der AfD oder Pegida. Kein Wunder also, dass sie Verständnis für Pegida äußert, deren Proteste gegen „die herrschende Politik“ sogar gutheißt, oder dass sie die AfD-Fraktion im Bundestag nicht pauschal verurteilen möchte. Direkt nach den Bundestagswahlen stellte sie sich sogar schützend vor AfD-Wähler*innen, zweifelte deren rassistische Wahlmotivation an und sprach von „Schnittmengen“ zwischen AfD und der Partei DIE LINKEN – Schnittmengen, die mit ihrem national-sozialen Flügel definitiv vorhanden sind, mit einer undogmatischen und emanzipatorischen Linken allerdings nicht. Sahra Wagenknechts Sozialismus ist so national, dass bei ihrem Gespräch mit Frauke Petry in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* es nicht einmal aufgefallen wäre, wenn man die Namen zu den jeweiligen Antworten ausgetauscht hätte. Wagenknechts Linke ist so wenig links, dass sie von der AfD – und dort selbst von Alexander Gauland – immer wieder für ihre Aussagen zur Flüchtlingspolitik gelobt und der Frontfrau der Linken sogar ein Übertritt in die neue Rechte nahegelegt wird.

Gleichzeitig vertritt sie aber eine Wirtschaftspolitik, die weder antikapitalistisch ist, noch nach den Interessen des sogenannten kleinen Mannes oder der kleinen Frau sein dürfte, für die Wagenknecht sich einzusetzen vorgibt. „Die aktuellen Produktionsverhältnisse spielen für sie keine Rolle, die Arbeiterklasse, das wachsende Heer von Prekären, sind nicht ihre Adressaten, sondern der Mittelstand“, schreibt Peter Bierl zutreffend in der *konkret*. In „Reichtum ohne Gier“ präsentiert sie eine vom Arbeitsfetischismus geprägte verkürzte Kapitalismuskritik und schimpft darin gegen von ihr so betitelte „Faulbären“, die auf Kosten der hart Arbeitenden leben würden.

Vielleicht sollte Frau Wagenknecht wieder einmal Marx lesen. Stellt er doch anschaulich dar, dass wirtschaftliche Ungleichheit im kapitalistischen System keine Folge der Gier Einzelner ist, sondern eine Folge der Struktur wie der systemimmanenten Zwänge; die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ist demnach für den kleinen Betrieb genauso essentiell wie für den internationalen Großkonzern. Kleine Betriebe sind

nicht automatisch besser oder weniger kapitalistisch als große. Aber das passt nicht ins Weltbild des guten und hart arbeitenden Volkes. Eine fundierte Kritik am Kapitalismus ist für ihren Populismus natürlich nicht hilfreich.

„Der Thilo Sarrazin der Grünen“

Rechtspopulistische linke Positionen sind allerdings kein Monopol der Partei DIE LINKE. Die SPD hat mit Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky schon früh den Reigen rechtspopulistischen Rumgepolters von Links eröffnet. Inzwischen ist mit Boris Palmer, dem „Thilo Sarrazin der Grünen“ (*Frankfurter Rundschau*) und Bürgermeister Tübingens, eine neuer Akteur auf den Plan getreten, der sein Buch verkaufen will. Palmer fotografiert gerne ausländisch aussehende Jugendliche, die beim Schwarzfahren erwischt werden, um sie unter der Begründung auf Facebook an den digitalen Pranger zu stellen, dass dies für sie typisch sei – natürlich ist es für ihn aber nicht rassistisch, bestimmte negative Verhaltensweisen einer Gruppe zuzuordnen. Gleichzeitig forderte er in einem Gespräch mit dem *Spiegel* einen militärischen Grenzschutz der EU, egal wie bedrohlich dies die Lage für Flüchtende mache. Die Bilder, die dabei entstünden, müsse man aushalten und kein Mitleid haben, denn „wer noch schreien kann, hat genug Kraft zu überleben“.

Palmer teilt auf seiner Facebook-Seite unter anderem Artikel des auch in AfD- und Pegida-Kreisen sehr beliebten rechtspopulistischen und islamfeindlichen Nachrichtenportals *PI-News*. Er schreibt auf Facebook an anderer Stelle: „Anti-Rassist werde ich bestimmt nicht. Offen gestanden: Das ist für mich eine abschreckende, intolerante Ideologie.“ Antirassismus als Ideologie darzustellen ist eine beliebte Methode in rechten Kreisen. Indem man dem Antirassismus seine humanistische wie anthropologische Basis – die prinzipielle Gleichheit aller Menschen – abspricht und ihn zu einer Ideologie erklärt, lässt er sich einfacher bekämpfen. Ähnlich verhalten sich sogenannte Klimaskeptiker in Bezug auf den menschengemachten Klimawandel.

Palmer bewegt sich mit dieser Position gedanklich stark in der Nähe des französischen Philosophen Renaud Camus, einem der prominentesten Vordenker der neuen Rechten und der rechtsextremistischen Identitären Bewegung, der geschrieben hat, dass der Antirassismus „eine Ideologie und sogar eine Indoktrination“ sei, eine „Waffe von Machtausübung und der Unterdrückung“. So wie sich Rechtspopulist*innen und

Rechtsradikale immer gleich unterdrückt, zensiert und ganz gemein behandelt fühlen, wenn ihrer Hetze widersprochen wird oder sie daran gehindert werden, das zu tun, was sie tun, wenn man sie nicht daran hindert – nämlich Menschen angreifen, verletzen und töten. Und Boris Palmer gibt den Rechten argumentative und ideologische Rückendeckung, bestärkt sie in ihrer immer wieder neu aufgebauten Opferrolle.

Heimat in grün-braun

Stellten sich die Grünen als Partei 1993 noch gegen den Asylkompromiss und kritisierten das Dublin-Abkommen seit seinem Bestehen, so schieben sie heute, als Teil der Regierung auch Familien und Kinder in Kriegsgebiete ab – so ist in Baden-Württemberg unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann die Zahl der Abschiebungen sogar höher als im CSU-regierten Bayern. Kretschmann war auch schon in den Jahren 2014 und 2015 entscheidend an der Einstufung der Länder des Westbalkans als sichere Herkunftsstaaten beteiligt. Im Jahr 2016 schließlich stimmte die grün-schwarze Landesregierung unter ihm auch dem Antrag zu, die Maghreb-Staaten als sicher einzustufen – gegen die Linie seiner Partei. Der Antrag scheiterte im Bundesrat.

In Regierungsverantwortung kommen grüne Politiker auch noch auf andere Ideen. So der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck, der in der *F.A.Z.* forderte, man solle die Begriffe „Heimat und Patriotismus“ nicht der AfD überlassen, sondern neu definieren. Doch der Begriff Heimat lässt sich aus linker Perspektive nicht positiv besetzen. Heimat als sprachliches Bild, in seiner gesamten Bedeutung, wird immer verstanden als einmalige und unveränderliche Identität und Herkunft, wird gedeutet als eine geradezu schicksalhafte Verbindung zwischen dem Boden, einer starren Kultur sowie den Menschen, die dort geboren wurden.

Der Begriff führt in völkische Ideologien und dazu, dass jedes Verlassen dieses Heimatbodens und der mit ihm verbundenen homogenen und abgeschlossenen Gesellschaft nicht mehr erlaubt ist – genauso wenig wie das Betreten einer neuen Heimat – und dass das Individuum sich dem Kollektiv unterzuordnen habe. Dieser Begriff der Heimat ist auch gleichzeitig ein Einfallstor für Antisemitismus, denn, wer sich nicht seiner schicksalhaften Verwurzelung hingibt, sondern überall auf der Welt zuhause ist, wird damit zum Feind – so waren die „nomadischen“ oder „heimatlosen“ Jüd*innen das Ziel des klassischen Antisemitismus, so

ist das „ortlose Finanzkapital“ oder die Globalisierung heute Ziel der regressiven Kapitalismuskritik, also des sekundären Antisemitismus.

„Lechts und rechts kann man nicht verwechseln“

Doch wirklich neu sind die rechten Parolen angeblich linker Politiker*innen auch nicht. So sind die heutigen Erfolge der rechten Parteien und Akteure auch mit dem Mist rassistischer Aussagen von SPD-Politikern wie Sarrazin und Buschkomsky gewachsen. Sahara Wagenknecht vertritt auch nicht erst seit den Erfolgen der AfD eine anti-westliche und Putin-freundliche, sowie eine völkische und national-bolschewistische Politik. Ihr Parteikollege Diether Dehm, der Nazi-Überfälle als „Balgereien mit Flüchtlingen“ beschönigt, hat sich auch nicht erst nach den Wahlen mit den neurechten antisemitischen Montagsmahnwachen oder mit der palästinensischen Hamas solidarisiert, die den Mord an Jüd*innen in ihrer Charta stehen hat.

Teile der dogmatischen Linken hatten schon lange dieselben Feinde und dieselben Gegenkonzepte wie die AfD oder andere rechtsextreme Gruppen. Das Böse kommt für sie immer von außen, ist international, liberal und modern: Flüchtende und Migration, Globalisierung und Weltfinanzen, USA und Israel, internationale Unternehmen, Euro und EU. Das Gute muss nun folglich das Gegenteil dazu sein, nach innen gerichtet, national und homogen: Abschottung, Volk und Volksgemeinschaft, Putin und Iran, traditionelle Familie, deutsches Kapital und D-Mark. Beide stellen das Kollektiv über das Individuum – das in ihren Augen ja ohnehin nur eine neoliberale Erfindung ist. Beide sehen Demokratie als eine Mehrheitsdiktatur des einheitlichen Volkswillens – von dem ja nichts abweichen darf –, nicht als Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen und als Schutz von Minderheiten.

Dass solch eine politische Linke keinen Gegenentwurf zu den erstarkenden rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Tendenzen in der Bevölkerung darstellen kann, ist so trivial wie traurig.<

Pit Kühnöl
ist Politikwissenschaftler und befasst sich vorwiegend mit den Bereichen Nationalismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien.

G20-Proteste in St. Pauli

Was wollt ihr eigentlich?



LIVE

G20-GIPFEL IN HAMBURG

BEETHOVENS "ODE AN DIE FREIHEIT"

G20-Konzert in der

Mediale und gesellschaftliche Erwartungen an linke Strukturen

Gewisse Dinge geraten erst in den Fokus, wenn sie sich ins Extreme wenden. Manches geht im Alltag unter und wird erst sichtbar, wenn es ausbricht oder eine Funktion, die wie selbstverständlich erfüllt wird, nicht mehr ausreichend bewältigt werden kann. Dies gilt auch in Bezug auf linke Strukturen, deren dauerhafte und kontinuierliche Arbeit eher am Rande wahrgenommen wird, aber in Ausnahmefällen gerne in den Mittelpunkt gestellt wird. Anhand der Reaktionen von medialer wie gesellschaftlicher Seite, vor allem mit Blick auf das Bekanntwerden des NSU und der Geschehnisse beim G20 Gipfel in Hamburg, versuche ich zu zeigen, wie Linke und Erwartungen an Linke dargestellt werden, und stelle die Frage, wie vereinbar die Ansichten miteinander sind. Von Florian Schäfer.

HAMBURG

AN DIE FREUDE" IN DER ELBPHI

Will man über linke Strukturen sprechen oder schreiben, steht man schnell vor dem Problem zu spezifizieren, über was man schreibt. Linke Strukturen sind so vielfältig wie die Ansichten in diesen oder die verschiedenen Betätigungsfelder. Linke Ansichten decken ein sehr breites Spektrum ab, das in Teilen durchaus gesellschaftlich angesehen ist, und auf der anderen Seite stark daran abprallt, auch weil es sich dezidiert gegen die bestehenden Formen der Gesellschaft richtet. Daraus entsteht eine Situation, in der eine Strömung einerseits stark gefordert, zugleich aber auch massiv eingeschränkt und abgelehnt wird. In dem Sinne sollen die Reaktionen der Medien, der Politik und der Öffentlichkeit auf den Anfang der öffentlichen Debatten über die Geschehnisse im Zusammenhang mit dem NSU und zu den Ereignissen am G20 Gipfel verglichen werden. Es soll dabei kein unangebrachter Vergleich der beiden Geschehnisse stattfinden, sondern es geht um die Implikationen von Aussagen, die von außen über diese beiden Ereignisse gemacht wurden.

Vorwürfe an die Antifa im Bezug auf den NSU

Nachdem die Taten des NSU bekannt wurden, stand die Frage völlig zu Recht im Raum, wie das passieren konnte. Ein erstaunliches behördliches wie staatliches Versagen, das schon fast an Fahrlässigkeit grenzt, wurde schnell festgestellt. Doch auch an linke Institutionen wurden schnell Vorwürfe der Blindheit und Untätigkeit erhoben. Selbst aus linken Lagern kamen Anklagen, vor allem in die Richtung der Antifa. In diesem Zusammenhang fragt sich Nina Hund: „An dieser Stelle beschäftigen viel mehr die eigenen Strukturen, denn hatte nicht auch die Antifa versagt, indem sie die Morde falsch interpretiert und den polizeilichen Verlautbarungen leichtfertig Glauben geschenkt hatte?“ Mit dieser Frage steht sie absolut nicht alleine da. Der Vorwurf fand damals durchaus Widerhall. Das Problem dabei ist, dass hier nicht nach einer Antwort gesucht, sondern lediglich die Erwartungen, in diesem Fall konkret an die Antifa, formuliert werden. Natürlich verschreibt sich gerade die Antifa der Aufklärung rechter Vereinigungen und Taten. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass man es hier mit Gruppierungen zu tun hat, die das aus Überzeugung und mit sehr eingeschränkten Mitteln tun. Auch dass es hier um nicht homogene und nur

bedingt vernetzte Gruppen geht, sollte bedacht werden. Das kann zwar der Frage nach einem Versagen nicht die Berechtigung nehmen, soll aber auf der anderen Seite den Gedanken darüber

ermöglichen, ob das, was damit implizit gefordert ist, nicht etwas weit geht. Ist es wirklich legitim, einer Gruppierung wie der Antifa Versagen vorzuwerfen, wo staatliche Institutionen, die unter deutlich besseren Bedingungen arbeiten können, schon nichts taten? Grenzt es nicht auch an Hohn, dass diese Frage aus einem Medium gestellt wird, das selbst mit Recherche und

Aufklärung zu tun hat? Sollte die Frage dann nicht einfach heißen: 'Haben wir versagt'? Eine Frage, die in meinen Augen auch besser zu beantworten wäre. Hier wird linke Arbeit gebraucht und auch eingefordert. Wie an zahlreichen anderen Stellen auch. Im Bezug auf den Prozess über die Taten des NSU fällt sogar mediales Lob für die Mitarbeit vor allem der Antifa ab. So titelt Sebastian Erb in der taz mit „Danke, Antifa“. Egal ob man die Kritik oder das Lob wahrnimmt, eins wird aus beidem klar: Die Arbeit linker Strukturen wird gebraucht und im besten Fall sogar geschätzt. Sieht man dann aber auf Ereignisse wie den G20 Gipfel in Hamburg, entsteht kein vergleichbares Bild.

Konflikte beim G20 Gipfel

Schon die Planung und Vorbereitung dieses Treffens sorgte für Verwunderung. Wurden die vorangehenden Gipfel noch relativ abgelegen in Garmisch oder Heiligendamm abgehalten, wird dieser mitten in die Metropole Hamburg gelegt. Proteste gab es schon bei den weniger zentralen Zusammenkünften, aber durch die geografische Lage waren die Sicherheitsvorkehrungen leichter zu kalkulieren. 2017 wurde dann aber eine Stadt ausgewählt, die für ihre sehr aktive linke Szene bekannt ist und in der es absehbar war, dass man auf Kapitalismusegner*innen und systemkritische Aktivist*innen trifft. Aus diesen Kreisen kamen schon weit im Vorfeld laute Stimmen, die den Gipfel in der Stadt ablehnten und Demonstrationen und den Widerstand nicht gerade verblümt ankündigten. Es war vollkommen absehbar, dass dieses Treffen wohl kaum in Ruhe vorübergehen wird. Aus der Sicht von G20-Kritiker*innen müssen diese Proteste auch unausweichbar sein, um mit eigenen Ansichten ernstgenommen zu werden. Nichtsdestotrotz sorgte die Intensität der Proteste für Verwunderung und Bestürzung. Nicht

Wie konnte das passieren?

selten wurde der Vergleich zum „Bürgerkrieg“ für die Zustände verwendet. Doch auch das war nicht besonders überraschend. Ist ein Demotitel wie *Welcome to Hell* nicht schon eine Ankündigung? Einzig und allein überraschen kann die Tatsache, wie gut sich einige Protestierende vorbereiten konnten. Schon der Sachverhalt, dass es möglich war, große Teile eines Straßenpflasters auf ein Dach zu verfrachten, was weder eine unaufwendige und schon gar keine unauffällige Tat ist, ist erstaunlich. Ohne jegliche Wertung über die Notwendigkeit dieser Aktivitäten bleibt es doch verwunderlich, wie das im Vorhinein so einfach möglich war. Hier drängt sich die Frage nach der Erwartungshaltung auf.

„Hamburg war eine Scheißidee“ heißt es in der *Huffington Post* und man ist geneigt, mit „Ach was“ zu reagieren. Natürlich kann man über die Notwendigkeit solcher Ausschreitungen diskutieren, aber wesentlich interessanter ist doch, ob es nicht genau so zu erwarten war. War es wirklich plausibel, dass sich Aktivist*innen damit abfinden, diesen Gipfel in Hamburg einfach vorgesetzt zu bekommen? Ist es vereinbar, dass man linken Aktivist*innen vor Jahren vorgeworfen hat, zu wenig gegen rechten Terror zu tun, aber auf der anderen Seite erwartet, dass sie untätig bleiben, wenn ihnen ein Wirtschaftsgipfel vor die Nase gesetzt wird, der in vielen linken Kreisen als hoch problematisch angesehen ist? Und wo führte das alles am Ende des Tages hin?

Es herrscht wieder Angst vor linkem Terror, die Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird wieder aufgeworfen und ein Kulturzentrum wie die Rote Flora steht in harter Kritik und wird mit Auflösung bedroht. Politiker wie Peter Altmaier können wieder die abgedroschene Parole: „Linksextremer Terror in Hamburg war widerwärtig und so schlimm wie Terror von Rechtsextremen und Islamisten. Danke Polizei. Danke Hamburg“ in den Orbit jagen. Damit stellt er Sachbeschädigung wieder in den selben Kontext wie gezielte Morde und bemüht einen Zusammenhang zwischen so etwas wie dem NSU und dem G20-Gipfel. Ganz zu Recht stellt die Frankfurter Rundschau daraufhin fest: für „die Hinterbliebenen der Opfer des NSU und der Opfer von Nizza, Paris, Brüssel und Berlin ist das ein Schlag ins Gesicht“. Hier wird wieder von Linksterror gesprochen, der mit den schlimmsten Taten der letzten Jahre verglichen wird. Und dennoch steht immer die

Erwartung im Raum, dass Linke in anderen Zusammenhängen ihren Beitrag leisten.

Denkt man über die Hamburger Geschehnisse nach, stellt sich die Frage: War es das wert, auf allen Seiten. Eigentlich fällt wenig ins Auge, was als positiv erscheint, für niemanden. Die Protestierenden tragen einen Imageschaden davon, das Verhalten der Polizei hat nicht zum Vertrauen ihr gegenüber beigetragen, vor allem wenn man betrachtet, wie viele Anzeigen gegen Beamt*innen im Nachhinein erstattet wurden, und auch ein politischer Gewinn ist schwer zu finden. Es war eine unausweichliche Konfrontation, die ohne jeglichen Gewinn zu Ende ging. Das war zu erwarten, aber nicht notwendig.

Notwendig und oder schädlich

Klar ist, dass, gerade wenn es um politische Ansichten geht, selten Übereinstimmung herrscht. Manches überschneidet sich, bei Anderem geht man verschiedene Wege. Auch das ein*e Antifaschist*in nicht gleich ein*e Antikapitalist*in ist und vice versa, ist offenkundig. Auch wenn das durchaus und nicht selten der Fall ist. Es kann auch im direkten Zusammenhang miteinander stehen. Projizieren wir die beiden besprochenen Sichtweisen auf ein*e exemplarische antifaschistische Antikapitalist*in oder auch antikapitalistische Antifaschist*in. Was wäre die Erwartung an unser Versuchsexemplar? Als Nazijäger*in wäre er durchaus gefordert und willkommen, von sozialem Engagement in vielen anderen

Fällen gar nicht zu sprechen. Doch wenn die Wirtschaftsführer*innen der Welt auf seiner Fußmatte stehen, hat er diese Füße gefälligst stillzuhalten, und es scheint unheimlich überraschend, wenn er das nicht tut. Das alles deutet auf einen teils falsch geführten, teils unterlassenen Dialog hin. Wenn die

Gesprächsversuche nicht direkt ignoriert wurden. Das Wechselbad aus dem Vorwurf der Untätigkeit und dem Vorwurf der Bedrohung könnten weiter auseinander nicht stehen. Der Gedanke, den man aber daraus ziehen kann, ist, linke Strukturen haben ihre Existenzberechtigung und Notwendigkeit. Aber um einem produktiven Umgang mit Staat und Öffentlichkeit zu fördern, wäre es nur wünschenswert, wenn man einen Dialog ernsthaft anstrebt, ihn auch mit der Politik und der Öffentlichkeit führt und ernst nimmt.<

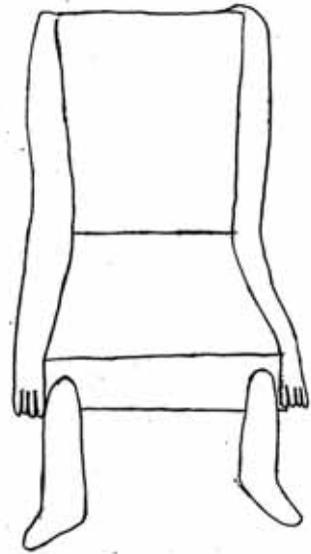
Florian Schäfer
aus München ist gelernter Elektroinstallateur, studierter Germanist und nicht zuletzt Musiker.

Haben wir versagt?

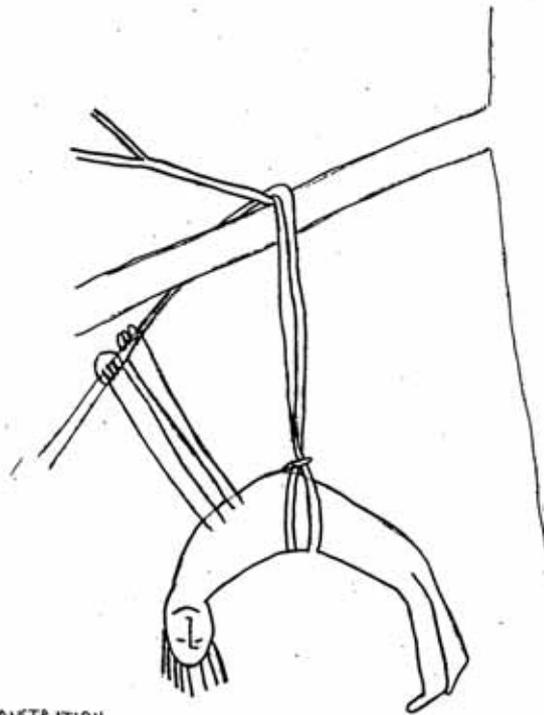
STRATEGIES TO SURVIVE



WAITING FOR MAGIC
TURN INTO A DOG



PRETEND THAT YOU ARE SOMETHING
ELSE



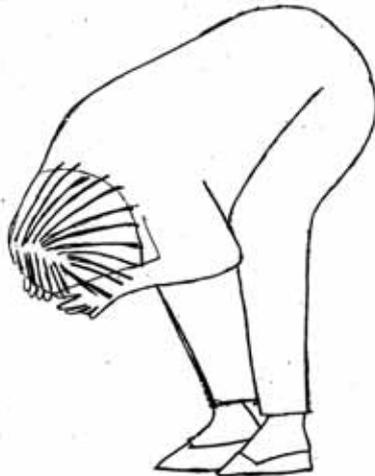
DEMONSTRATION
PULL YOURSELF OUT OF THE SHIT



DISAPPEAR



TRY TO HAVE A
GOOD IMAGINATION



DEMONSTRATION
HOW SURVIVE

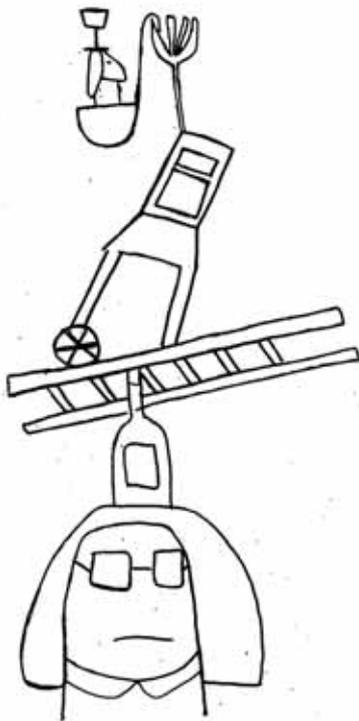
STRATEGIES TO STAY



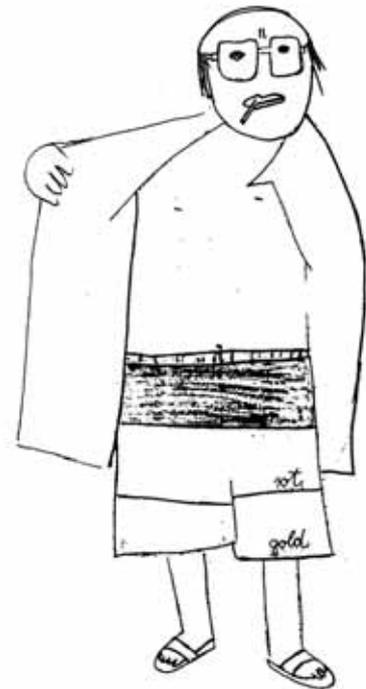
HIDE



TAKE THE RIGHT JOB



BE BETTER THAN THE OTHERS



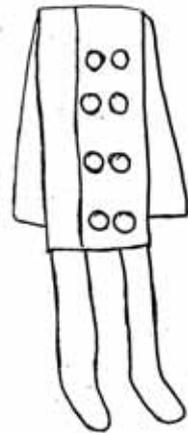
CAMOUFLAGE THEMSELVES



CRAWL



COME AS A
MASTER



NOT TO BE



GOOD LOOKING
RAISE MARRIGE CHANCES



Bellevue di Monaco

Wahlparty

Das Münchner Bellevue di Monaco – ein Wohn- und Kulturzentrum für unbegleitete jugendliche Geflüchtete und interessierte Münchner*innen im Stadtzentrum – hat zur Bundestagswahl im vergangenen September eine Wahlparty steigen lassen. Eingeladen waren alle, die nicht wussten, was sie wählen sollen. Alle, die gerne gewählt hätten, aber nicht durften. Und alle, die wissen und dürfen und sowieso wählen. Die Hinterland-Redaktion hat Moritz Schleissing vom Bellevue-Team getroffen, um über die Veranstaltung zu sprechen und über die Strategie, Geflohene wählen zu lassen und sie mit unentschiedenen Wähler*innen ins Gespräch zu bringen. Das Interview führte Matthias Weinzierl.

Hallo, Moritz. Erzähl uns von der Wahl im Bellevue di Monaco. Wie ist das genau gelaufen?

Analog zur Bundestagswahl haben wir 2017 unsere eigene Wahl veranstaltet, die *Bellevuewahl*. Dabei haben wir den Spieß umgedreht. Bei uns durften alle die Menschen wählen, die bei der Bundestagswahl nicht stimmberechtigt sind. Damit haben wir insbesondere die Gruppe der Migrant*innen und Geflüchteten angesprochen, aber auch Menschen unter 18. Um das auf die Situation der jeweiligen Menschen anzupassen, haben wir die Wahlprogramme von den fünf großen Parteien in fünf verschiedene Sprachen übersetzen lassen. Das waren etwas reduzierte Wahlprogramme. Für Menschen,

die nicht in Deutschland geboren sind, und Erstwähler*innen gab es in den zwei Wochen vor unserer Wahlparty die Möglichkeit, sich über diese fünf Parteien zu informieren. Und gleichzeitig konnten sie in unserer eigenen Wahlurne eine Stimme für die Partei abgeben, die ihnen aus welchen Gründen auch immer zugesagt hat. Bei der Wahlparty selber haben wir dann eine Stunde

Wir haben den Spieß umgedreht

vor den Hochrechnungen von ARD und ZDF unser eigenes Wahlstudio eingerichtet.

Was ist die Idee dahinter, Leute wählen zu lassen, die eigentlich nicht wählen dürfen, und dann ein Wahlergebnis zu bekommen, das keine Auswirkungen in der Realität hat?

Wir wollten Menschen, die vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, bewusst machen, dass es aus unserer Sicht elementar ist, dass sie sich zu Dingen äußern können, die sie betreffen. Natürlich hatte das Ergebnis unserer Bellevuewahl sozusagen keine Legitimation. Trotzdem ging es um den Akt des Wählens. Das einmal



mitgemacht zu haben und ein Gefühl dafür zu bekommen, was könnte ich tun, wenn ich denn nur dürfte.

Jetzt würde mich natürlich interessieren, wie die Aktion aufgenommen wurde.

Wir hatten insgesamt eine Wahlbeteiligung von ungefähr hundert Menschen. Die häufigste Reaktion von Geflüchtete war erstmal: Aber ich darf doch gar nicht wählen. Und dann waren wir genau beim Thema. Ich hatte schon den Eindruck, dass sich die Menschen dieses nicht vorhandenen Stimmrechts durchaus bewusst sind. Sie waren erstmal irritiert, warum sie das jetzt bei uns schon dürfen. Genau das war die interessante Diskussion, in die man eingestiegen ist. Ich habe dann versucht zu kommunizieren, dass es bei uns zwar nur eine symbolische Wahl ist, aber der Akt des Wählens, ungeachtet der Wirkung, mit genau der gleichen Ernsthaftigkeit und genau der gleichen Seriosität betrieben wird, wie die offizielle Bundestagswahl. Ein Geflüchteter sagte mir nach der Bellevuewahl, er wisse natürlich, dass seine Stimme nicht bindend ist, es aber ganz wesentlich für ihn gewesen sei, das trotzdem zu machen und einen Eindruck zu bekommen, wie es wäre, wählen zu dürfen. Und natürlich steckt hinter dieser Veranstaltung eine ganz bestimmte Haltung: Es ist unglaublich wichtig, Menschen, die in ganz vielen Belangen von der deutschen Politik betroffen sind, auch die Möglichkeit zu geben, diese Politik mitzubestimmen.

Wie ist das Ergebnis der Bellevuewahl ausgefallen?

Die Union hat die Mehrheit bekommen. Und das Ergebnis bei uns war gar nicht so anders als das

offizielle. Es wurde im Bellevue eher konservativ gewählt, radikale Mächte würden hier nicht an die Macht kommen. Positionen, die Wahlrecht an einen Wohnsitz und an die Staatsbürgerschaft koppeln,

Es ging um den Akt des Wählens

wird damit übrigens der Wind aus den Segeln genommen. Mein Eindruck war, dass bei unserem Wahlergebnis im Bellevue Angela Merkels Gesicht eine immense Rolle gespielt hat. Ganz viele Geflüchtete wollten Merkels Partei wählen. Das hat sicherlich mit dem Sommer 2015 zu tun. Überraschend fand ich auch, dass hinter der Union direkt die Grünen gekommen sind, die hinsichtlich einer zukünftigen Einwanderungspolitik schon relativ nah an der Lebenssituation von Geflüchteten dran sind. SPD und FDP landeten dann mehr oder weniger abgeschlagen auf den hinteren Plätzen.

Erzähl noch mehr von deinen Beobachtungen.

Die teilnehmenden Geflüchteten haben sich ähnlich wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft verhalten. Es gab eine Gruppe von Leuten, die eher personenbezogen gewählt hat, das habe ich vorhin schon bei Merkel erwähnt. Da war wirklich das Gesicht entscheidend, vielleicht auch die Sympathie, die damit verbunden ist. Und dann gab es eine Gruppe, die alle fünf Wahlprogramme in ihrer Sprache durchgearbeitet hat: Erst durchgelesen, dann überlegt und dann eine

Entscheidung gefällt. Ganz ähnlich wie bei deutschen Wähler*innen würde ich sagen.

Die ganze Aktion war ja eine relativ aufwendige Geschichte. Ihr wart bei den Infoständen der Parteien in der Fußgängerzone und habt sogar kleine Imagefilme produziert. Rückblickend: Hat sich der Aufwand gelohnt? Würdet ihr so eine Party nochmal machen, vielleicht sogar zu einer Nichtwähler*innen-Wahl aufrufen?

Der Einsatz hat sich definitiv gelohnt. Allein dafür, hundert Leute erreicht zu haben. Es zählt wirklich jede*r Einzelne, die/den wir erreichen konnten. Der Aspekt von Information und politischer Bildung sollte jetzt sofort viel stärker gemacht werden, wenn man das ernst meint, und nicht erst wieder in vier Jahren zur nächsten Bundestagswahl. Natürlich mit dem Ziel, dass sich nicht nur eine größere Wahlbeteiligung bei der nächsten Symbolwahl ergibt, sondern um die Auseinandersetzung mit Tagespolitik zu unterstützen.

Da fällt mir noch was ein. In Wien gab es vor ein paar Jahren ein ähnliches Projekt. Die sind da noch einen Schritt weiter gegangen. Die Wahlberechtigten haben sich ihre Briefwahlunterlagen besorgt und bei einer Party oder Veranstaltung ihre Stimme dann wirklich verschenkt. An Nichtwähler*innen, die nicht wahlberechtigt waren. Nicht-Wahlberechtigte durften dann die Wahl stellvertretend ausführen. Der Brief wurde schließlich zusammen in den Briefkasten geworfen. Was hältst du von so einer Aktion?

Ich weiß, dass die Aktion in Wien irgendwie am Rande des Legalen war, aber ich persönlich finde sie

trotzdem total super. Wir haben am Anfang so was ähnliches überlegt und hatten deswegen auch den Infostand in der Fußgängerzone. Wir haben Leuten, die ein Wahlrecht haben, aber aufgrund von Desinteresse oder weil sie sich nicht für eine Partei entscheiden können und daran denken, ihr Wahlrecht verfallen zu lassen, in der Fußgängerzone angeboten, aus unserer Lostrommel eine Stimme zu ziehen. Die Stimme einer Person, die gerne wählen würde, aber nicht darf, ein*e Teilnehmer*in unserer Bellevue-Wahl. Die Idee war, dass sich die Wahlberechtigten überlegen sollten, ob sie im Sinne dieser Person abstimmen möchten. Die meisten Leute, die wir angesprochen haben, wussten aber schon, was sie wählen. In München lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl ja bei etwa 85 Prozent. Die Menschen, die tatsächlich nicht wussten, wen sie wählen sollten, oder nicht wählen wollten, und dann ein Los von uns gezogen haben, diese Leute haben in den meisten Fällen gesagt: Die Partei würden sie aber nicht wählen wollen. Selbst Nicht-Wähler*innen und unentschlossene Wähler*innen geben ihr Stimmrecht ungern aus der Hand und wissen eher, was sie nicht wollen, statt was sie wollen. Und dann sind wir wieder bei dem Thema, das natürlich, im allerbesten Fall eine Demokratie am besten funktioniert, wenn jeder für sich weiß, was er möchte und das dann auch gefälligst tut. Tatsächlich.<

Aber ich darf doch gar nicht wählen

Die Stadt München hat der Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco im Frühling 2016 drei renovierungsbedürftige Gebäude im zentralen Gärtnerplatzviertel verpachtet. Das Bellevue renoviert das Ensemble seither peu à peu und öffnet seine Türen für wöchentliche Veranstaltungen, Beratungen, Sprachkurse, öffentliche Debatten. Hier können Menschen zusammenkommen, die Fluchterfahrung haben, Menschen, die sich informieren oder engagieren möchten. Unter dem Dach des Bellevue di Monaco gibt es außerdem betreutes Wohnen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete und ein Infocafé, das gemeinsam mit Geflohenen organisiert und umgesetzt wird. Moritz Schleissing kümmert sich um die Kulturarbeit. Alle Infos und Kontakte unter: bellevuedimonaco.de



„Die internationale Gemeinschaft hat versagt“

Karim Alwasiti ist seit 15 Jahren Mitarbeiter beim Flüchtlingsrat Niedersachsen. Er berät im Auftrag von Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen bundesweit Geflüchtete, die darum kämpfen, dass ihre Familienangehörigen im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland kommen können. Das Interview führte Agnes Andrae.

Du berätst seit Jahren Geflüchtete aus Syrien und beschäftigst dich mit der Situation in dem Land. Seit fast sieben Jahren herrscht dort nun schon Bürgerkrieg. Was bedeutet der Krieg für die Bevölkerung?

Die brutalen Kämpfe, die auf dem Rücken der Bevölkerung geführt werden – von allen Seiten –, gehen weiter. Wir befinden uns jetzt im siebten Jahr des Konfliktes in Syrien und es sieht auch weiterhin nicht so aus, als ob irgendeine politische Lösung, durch die das Blutvergießen gestoppt werden kann, in Zukunft gefunden wird. Das Regime hat mit Hilfe von Verbündeten große Gebiete erobert, das heißt die brutale Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen von

Seiten des Regimes werden auch weiter gehen. Derzeit sind sechs Millionen Menschen in Syrien akut auf Unterstützung angewiesen, was die Versorgung angeht. Wir reden hier von Menschen, die zwischen die Fronten geraten sind, wir reden von Menschen, die mehrfach vertrieben wurden, da sich die Fronten ständig verschieben. Das heißt, die Situation ist nach wie vor schrecklich genug und die Bevölkerung ist das Hauptopfer dieses Konfliktes. Die internationale Gemeinschaft hat versagt, die Menschen aus Syrien vor Verfolgung und dem brutalen Umgang des Regimes zu schützen und zu einer Lösung beizutragen. Auch bei der Versorgung der Geflüchteten aus Syrien wird dieses Versagen klar und deutlich. Die Hilfsorganisationen sind seit

Beginn des Krieges unterfinanziert. Sie bekommen nicht die nötige Unterstützung, um die Bedarfe dieser Menschen, in Syrien und in den Nachbarländern, adäquat zu versorgen. Die Menschen aus Syrien sind somit in ihrem eigenen Land zwischen den Fronten eingekesselt.

Wie ist die Situation in den Nachbarländern?

Zum Einen können die Menschen aus Syrien nicht in die Türkei kommen, aufgrund des beschämenden Deals der EU mit der Türkei. Das hat zur Folge, dass seit Anfang 2016 niemand in die Türkei einreisen kann, da seitdem eine Visumpflicht für Syrer*innen gilt. Dieses Visum bekommt faktisch niemand. Auf der anderen Seite



muss man sehen, dass die Türkei drei Millionen Menschen aufgenommen hat und sie ist damit auch gewissermaßen an ihre Kapazitätsgrenzen gekommen. Und dann macht die EU einen Deal mit der Türkei, damit auch ja niemand aus der Türkei nach Europa kommen kann.

In Jordanien ist die Situation noch prekärer. Wenn wir von Jordanien sprechen, dann sprechen wir von einem Land, das sich in einer ganz schwachen wirtschaftlichen Situation befindet. Ein Land, das nicht in der Lage ist, wirtschaftlich, und auch sozial, die 1,5 Millionen Syrer*innen, die dorthin geflüchtet sind, zu versorgen. Das sind Zahlen, die von jordanischer Seite veröffentlicht wurden. Das *UNHCR* verzeichnet 660.000 Menschen und das ist nur die Zahl der offiziell in Jordanien verzeichneten Flüchtlinge. Dadurch ist das Flüchtlingslager Zaatari mittlerweile die viertgrößte Stadt in Jordanien geworden. Ein Camp, das sich in der Steinwüste befindet, in dem 100.000 Menschen leben. Aber nur zehn Prozent der Geflüchteten in Jordanien leben in Flüchtlingslagern, der Rest versucht sich irgendwie anders durchzuschlagen. Sie dürfen nicht arbeiten und werden auch nicht anderweitig versorgt, da hier ein finanzielles Defizit bei den Hilfsorganisationen besteht. Aus diesen Gründen hat Jordanien auch seit langer Zeit keine Flüchtlinge mehr aufgenommen und laut Berichten von *Amnesty International* und *Human Rights Watch* werden die syrischen Menschen sogar aus Jordanien abgeschoben. Die jordanische Seite behauptet, dass es sich in all diesen Fällen um „freiwillige Ausreisen“ oder um Straftäter*innen handle, was nicht stimmen kann. Auch *Human*

Rights Watch spricht klar und deutlich von „Deportationen“. Man muss aber auch sehen, dass dieses Land, mit rund neun Millionen Einwohner*innen und einer desaströsen wirtschaftlichen Lage, sehr viele Menschen aufgenommen hat, obwohl es ihm rein wirtschaftlich so gut wie unmöglich ist.

1,5 Millionen Syrer*innen sind nach Jordanien geflüchtet

Auch abgesehen von den aufgenommenen Menschen ist die politische, wirtschaftliche und soziale Situation im Libanon schlecht genug. Die Infrastruktur war bereits vor dem Konflikt prekär. Die Geflüchteten sind dort auf sich gestellt. Es existieren keine Flüchtlingslager. Auch das *UNHCR* und die Hilfsorganisationen sind hier nicht in der Lage, die Menschen zu versorgen. Schließlich müssen die Menschen, die in den Libanon geflüchtet sind, noch erschwerend jeden zweiten Monat 200 Dollar zahlen, damit sie ihre Registrierung bei den libanesischen Behörden verlängern können. Aus all diesen Gründen wird auch hier den Menschen aus Syrien die Einreise verweigert und auch die Grenze wurde letztlich geschlossen und diejenigen, die im Libanon angekommen sind leiden unter der Willkür der libanesischen Behörden und anderer bewaffneter Gruppen, welche sich unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung an ihnen vergreifen.

Wie sieht es mit Deutschland aus? Wie viele Geflüchtete aus Syrien wurden aufgenommen?

In Deutschland wurden im Rahmen von vier Aufnahmeprogrammen rund 20.000 Geflüchtete aus Anrainerstaaten Syriens aufgenommen. Diese Zahl betrifft lediglich die Aufnahme im Rahmen von beschlossenen Programmen. Die Menschen, die auf anderen Wegen nach Deutschland gekommen sind, sind hier nicht mitgezählt. Seit Mitte 2015 sind die Programme aber beendet und es wurde kein weiterer Schritt in Richtung humanitäre Aufnahme unternommen. Seit 2013 gab es ein weiteres Aufnahmeprogramm, an dem sich fünfzehn Bundesländer – alle außer Bayern – beteiligten und durch das Syrer*innen, die hier in Deutschland leben, ihre Angehörigen auch nach Deutschland holen konnten und das sogar über die Kernfamilie hinaus, allerdings nur, wenn sie die Lebensunterhaltssicherung für die Angehörigen sichern konnten. Aber wie gesagt, diese Programme sind seit Mitte 2015 auf Eis gelegt worden.

Das heißt, es gibt keine legalen Möglichkeiten mehr, dass Geflüchtete aus Syrien außer im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland kommen?

Es ist derzeit die einzige Möglichkeit, gefahrlos nach Europa zu kommen. Aber nicht alle, die Angehörige hier haben, können auch einfach kommen. An diversen Stellen wird dieser Weg immens erschwert. Einmal gibt es fast unüberwindbare bürokratische Hürden. Selbst mit einem Termin bei der deutschen Botschaft in Amman dürfen Syrer*innen nicht nach Jordanien einreisen. Selbst wenn sie diesen Termin bereits

haben, zum Beispiel für die Familienzusammenführung, benötigen sie eine Zustimmung des jordanischen Innenministeriums, welche nach meinem Wissen nie erteilt wird. Zum Anderen ist die Einreise in die Türkei, selbst wenn die Menschen dort einen Termin bei der Botschaft haben, auch nicht mehr erlaubt. In diesem Fall bleibt noch der Weg über den Libanon, wo sie teils jahrelang auf einen Termin bei der Botschaft warten müssen, um überhaupt einen Antrag stellen zu können. Das heißt, die Bundesregierung Deutschland übernimmt hier keinerlei organisatorische Anstrengungen, um den Rechtsanspruch auf Familiennachzug zeitnah zu ermöglichen. Was solche Verfahren über Jahre ausdehnt, in welchen die Menschen unter schlechten Bedingungen nur noch warten können. Darüber hinaus wurde die Anerkennungspraxis in Deutschland bei syrischen Geflüchteten geändert, was bedeutet, dass große Teile nicht mehr nach der Genfer Flüchtlingskonvention behandelt werden, sondern die Menschen bekommen nur einen subsidiären Schutzstatus und haben somit keinen Rechtsanspruch auf Familiennachzug mehr (siehe auch Lassen/Muy in dieser Ausgabe). Dieser wurde kategorisch für diese Gruppe ausgesetzt.

Wie sieht es mit dem Rechtsanspruch auf Familiennachzug bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus?

Seit Anfang 2016 hat sich hier die Praxis geändert. Der Nachzug der Eltern nach Deutschland ist erlaubt, aber der Nachzug der minderjährigen Geschwister nicht. Daher müssen sich die Eltern hier für einen Teil ihrer Kinder entscheiden und dadurch schickt die Bundesregierung Signale der Abschreckung. Bis Anfang 2016 war

das noch nicht so. Damals wurden die minderjährigen Geschwister als außergewöhnliche Härte gedeutet, da man berechtigt fragte: Wie können die Kinder in Kriegsgebieten, Flüchtlingslagern oder Transitländern verbleiben ohne

Die Eltern müssen sich für einen Teil ihrer Kinder entscheiden

ihre Eltern? Der Bundesinnenminister sagte selbst: „Wir wollen nicht, dass Eltern ihre Kinder vorschicken, teilweise einer Lebensgefahr aussetzen, um anschließend selbst nachzukommen.“

Diese Praxis hat sich jetzt geändert und das Auswärtige Amt hat durch einen Erlass diese nächste Erschwerung des Familiennachzuges durchgesetzt und es unmöglich gemacht, dass die minderjährigen Kinder mit ihren Eltern nachkommen. Ein Nachzug ist dann nur möglich, wenn die Familie weiter getrennt wird; die Eltern also nach Deutschland kommen und ihre Kinder alleine zurück lassen. Dann müssen sie auf ihre Anerkennung warten und einen Antrag auf Nachzug der restlichen Kinder stellen. Nach dem Erlass des Auswärtigen Amtes sind alle deutschen Vertretungen im Ausland dazu verpflichtet, es so durchzuführen. Vorher gab es manche Auslandsvertretungen, wie in Jordanien oder im irakischen Kurdistan, die anders gehandelt haben. Mit diesem Erlass sind aber alle verpflichtet, es genau so durchzuführen.

Kannst du uns ein Beispiel aus deiner Beratung erzählen?

Ich kenne tausende Beispiele. Wo soll ich anfangen? Ein Beispiel: Eine Familie, die Frau und die Kinder waren in Jordanien und der

Vater war in Syrien geblieben, weil er nach Jordanien nicht einreisen durfte. Die Frau hatte einen Sohn, der minderjährig und unbegleitet in Deutschland anerkannt war. Sie stellte einen Antrag auf Familien-

nachzug. Sie bekam ein Visum, ihre Kinder aber nicht. Sie reiste alleine nach Deutschland weiter und ihr eigener Vater, der auch in Deutschland anerkannt ist, wollte nach Jordanien fliegen, um sich um die zurückbleibenden Kinder zu kümmern. Er bekam aber kein Visum für Jordanien. Deshalb wurde die Frau dazu gezwungen, nach Jordanien oder Syrien zurückzukehren.

Es gibt ja eine Härtefallregelung, wie sieht hier die Praxis aus?

Diese Härtefallregelung wurde eingeführt, als der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ausgesetzt wurde. Hier wurde gesagt, dass dies die Syrer*innen ohnehin nicht treffe, aber die Anerkennungspraxis wurde in Folge geändert und die Menschen aus Syrien waren nun doch betroffen. Aber das ist eine Scheinlösung, es ist faktisch unmöglich, nach dieser Regelung, Familienangehörige als subsidiär Schutzberechtigte nachzuholen. Bis jetzt wurde die Regelung bei nur 23 Fällen angewendet und dies seit dem 31. August 2017 bis heute. Die Hürden sind sehr hoch. Die Personen, die hier einen Antrag stellen, müssen

zunächst eine Situation darlegen, die sich von allen anderen Flüchtlingen, die sich in Syrien oder den Nachbarländern befinden, unterscheidet. Es muss also ein herausragendes Einzelschicksal sein. Seit September 2017 haben 845 Personen Anträge gestellt und von diesen 845 Anträgen wurden nur 23 Visa erteilt. Das ist einfach lächerlich und kein adäquater Ersatz für Familiennachzug, der ja rechtswidrigerweise gestoppt wurde. Das ist eine Verletzung von Artikel sechs des Grundgesetzes, der Kinderrechtskonvention und vor allem der Genfer Konvention.

Und was ist mit den Härtefällen nach §36 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes? Hiernach sollen ja anerkannte geflüchtete Personen außerhalb der Kernfamilie - sogenannte sonstige Familienangehörige - nachholen können. Wie sieht hier die Praxis aus?

Das ist die außergewöhnliche Härte, bei denen die Hürden auch so hoch aufgebaut werden, dass es kaum einen Fall abdeckt. Hier handelt es sich um Fälle in welchen Personen, die schwer krank oder pflegebedürftig sind oder eine Behinderung haben und dadurch auf ihre Familien angewiesen sind. Wenn das festgestellt wird, dann muss die Person in Deutschland nachweisen, dass sie den Lebensunterhalt der Familie sichern kann. Das sind aber so wenige Fälle, dass die Zahlen zu vernachlässigen sind. Man sieht, dass die beiden Möglichkeiten eigentlich nur theoretisch sind. Wenn die Regelung bei Geschwistern, die alleine bleiben müssen, nicht automatisch umgesetzt wird, dann wird klar, welche Chancen die Menschen beim Familiennachzug durch diese Gesetzeslage haben.<

Zäune, Zeit und Zahlen

– wie die Union das Recht auf Familiennachzug bekämpft

Was die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm für in Deutschland lebende Familien fordert, nämlich mehr Schutz und Zeit für die Familie, gilt nicht für Geflüchtete. Hier setzt die Partei unerbittlich auf Trennung und das weitere Aussetzen des Familiennachzugs. Von Rieke Lassen und Sebastian Muy.

Es war im November 2015, als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nicht nur die bald folgende Gesetzesänderung, sondern auch die veränderte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge- (BAMF) Entscheidungspraxis voraussagte. Gegenüber Journalist*innen verkündete er, dass syrischen Geflüchteten in Zukunft gesagt werde: „Ihr bekommt Schutz, aber den sogenannten subsidiären Schutz, also zeitlich begrenzt und ohne Familiennachzug.“ Am 17. März 2016 trat das Asylpaket II in Kraft. Darin heißt es: Bis zum 16. März 2018 wird ein Familiennachzug zu Personen, denen im Asylverfahren der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt wird, nicht gewährt.

Am gleichen Tag versandte das BAMF eine Weisung an seine Asylentscheider*innen, nach der die Gewährung von Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) für syrische Asylsuchende „nicht mehr die Regelentscheidung“ sei. Seit Juli 2016 erhalten deutlich mehr als die Hälfte der Asylsuchenden aus Syrien nur noch den subsidiären Schutz. Aber auch viele Asylsuchende aus dem Irak, aus Afghanistan, Eritrea und Somalia bekommen nur diesen eingeschränkten Schutz – und fallen damit unter die zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs.

Dabei gab es von Anfang an verfassungs- und menschenrechtliche Bedenken gegen diese Regelung. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags warnten noch während des Gesetzgebungsverfahrens, die konsequente Anwendung des neuen Gesetzes widerspreche der UN-Kinderrechtskonvention, da dabei Aspekte des Kindeswohls nicht ausreichend berücksichtigt würden. Zum gleichen Ergebnis kommt auch das Deutsche Institut für Menschenrechte in einer Stellungnahme vom Dezember 2016.

Es gab von Anfang an verfassungs- und menschenrechtliche Bedenken

Die Bundesregierung höhlt das Recht auf Familie aus

Der Gesetzgeber rechtfertigte die Einschränkung des Familiennachzugs unter anderem mit dem Verweis auf die rechtliche Möglichkeit, in Härtefällen Angehörigen von subsidiär Schutzberechtigten nach § 22 Aufenthaltsgesetz Visa zu erteilen. Von dieser Härtefallregelung wurde jedoch bisher – wenige Monate vor Ablauf der Sperrfrist – nur sehr restriktiv und in wenigen Fällen Gebrauch gemacht.

Noch im Oktober 2016 verteidigte die Bundesregierung die Maßnahme mit dem Argument, sie führe „zu einer zeitlichen Verzögerung der Möglichkeit des Nachzugs, nicht aber zu dessen Ausschluss“. Faktisch höhlt jedoch bereits die zwei-jährige Aussetzung das im Grundgesetz verankerte Recht auf Familie aus. Die nicht selten lebensgefährliche Situation für die wartenden Familienmitglieder in den Herkunftsländern sowie die immense Belastung, die die lang andauernde Familientrennung für die betroffenen Familien bedeutet, lässt keinen zeitlichen Aufschub zu. Entgegen dieses Wissens setzt die Bundesregierung explizit auf eine Zeit-Politik, die mit den Mitteln der Verzögerung und des Wartens arbeitet, um die Zahl der nach Deutschland kommenden Menschen zu begrenzen.

Keineswegs können sich die Betroffenen auf das Auslaufen der Sperrfrist verlassen. So kündigte die CDU/CSU im März diesen Jahres an, die Aussetzung verlängern zu wollen. Ende August bekräftigte der Bundesinnenminister diese Drohung, die nun die Unionsparteien in ihrem ‚Kompromiss‘ für die anstehenden Sondierungsgespräche mit FDP und Grünen schließlich festschrieben. In ihrer Pressemitteilung behauptet die Union dreist, subsidiär

schutzberechtigte Geflüchtete hätten in Deutschland „keine dauerhafte Bleibeperspektive“ und bräuchten deswegen keinen Familiennachzug. Dabei werden die Syrer*innen, die den Großteil der subsidiär Schutzberechtigten stellen, von einer Asylpolitik, die Asylsuchende zunehmend anhand ihrer „Bleibeperspektive“ sortiert, stets als jene mit „guter Bleibeperspektive“ kategorisiert – also mit erleichtertem Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Integrationskursen. Und nach fünf Jahren haben selbstverständlich auch subsidiär Schutzberechtigte die Möglichkeit, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Dass das nicht zusammenpasst, ist offensichtlich!

Groteske Zahlenspiele

Stets warnen die Familiennachzugsgegner*innen vor den angeblich hohen Zahlen. So im Herbst 2015 Hans-Peter Uhl (CSU): „Wir sehen uns mit einer ungeheuren Menge an Einwanderern konfrontiert. Diese Menge als solche ist schon kaum noch zu bewältigen. Lassen wir nun auch noch den Familiennachzug zu, wie ihn die derzeitige Rechtslage erlaubt, dann müssen wir die aktuellen Zuwandererzahlen möglicherweise mit einem Faktor drei oder vier multiplizieren.“ Als das BAMF im Juni 2016 seine eigenen Berechnungen angestellt und veröffentlicht hatte, die lediglich von einem „Nachzugsfaktor“ von 0,9 bis 1,2 pro syrischem Geflüchteten ausgingen, war die Aussetzung des Familiennachzugs längst Gesetz. Das gleiche Spiel auch nun bei der Debatte um eine mögliche Verlängerung der Aussetzung: Politiker*innen insbesondere von AfD und Union überboten sich mit zum Teil grotesken Zahlenspielen, um ihre Anti-Familiennachzugs-Forderungen zu untermauern. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage von Ulla Jelpke (DIE LINKE) im Oktober 2017 geht jedoch hervor, dass der rechnerische „Nachzugsfaktor“ pro anerkanntem Geflüchteten in den letzten zwei Jahren faktisch gerade einmal 0,5 beträgt. Kurze Zeit später veröffentlichte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Studie, aus der sich ein noch niedrigerer Wert ergibt. Sie rechnet vor, dass Ende 2017 noch rund 100.000-120.000 Ehepartner*innen und minderjährige Kinder im Ausland leben, die einen Anspruch auf Familien-

nachzug nach Deutschland haben. Rechnet man Personen mit subsidiärem Schutzstatus hinzu, ergibt das lediglich 50.000-60.000 weitere Familienangehörige. Insofern ist ein realistischer Blick auf die Zahlen durchaus eine sinnvolle Strategie gegen die flüchtlings- und familiennachzugsfeindliche Hetze nach der Formel „Flüchtlinge mal x = Panikmache“ (Spiegel Online). Wobei es sicher noch viel wichtiger ist, darauf zu beharren, dass legitime Ansprüche sich nicht durch niedrige Fallzahlen rechtfertigen müssen.

Was die Aussetzung des Familiennachzugs für die Betroffenen bedeutet, lässt sich gut an einem Beispiel aus der Beratung veranschaulichen, welches Ahmad Shaban, Dolmetscher im Berliner Beratungszentrum BBZ, im Februar bei einem Vortrag eindrücklich schilderte: „Das Schwierigste, was ich in der Beratung erlebt habe, war, einem Klienten, der glaubte, dass er die

Flüchtlingsschaft bekommen hat, berichten zu müssen, dass er den subsidiären Schutz bekommen hat. Sein Gesichtsausdruck war unbeschreiblich: Er hat alle seine Unterlagen eingepackt und wollte sofort gehen, und als ich ihn beruhigen wollte, hat er mir gesagt: ‚Lieber mit meiner Familie sterben, als hier alleine in Sicherheit leben‘.“

Leider lässt der Vorstoß der Union nur den Schluss zu, dass sie genau das bezweckt: Selbst den Menschen mit zuerkanntem Schutz, weil ihnen in ihrem Herkunftsland Gefahr für Leib und Leben droht, verstehen zu geben, dass sie hier niemals eine Zukunft haben werden und sie dadurch zur Rückkehr ins Kriegsgebiet zu drängen.

Die zermürbende und gefährliche Realität getrennter Familien

Dass das fragwürdige Spiel der Union mit Zeit und Zahlen im Familiennachzug auch eines mit der Zukunft der Familien ist, zeigt eine Forschungsarbeit zur Politik des Wartenlassens im Familiennachzug. Die schmerzlichen Erfahrungen, essentielle Dinge wie das Heranwachsen des eigenen Kindes nicht hautnah mitzuerleben, schüren Ängste um langfristige Auswirkungen der Trennungszeit auf das Familienleben, wie Interviews mit syrischen Ehemännern und Familienvätern in Berlin belegen. Die Wartezeit nagt

an den Beziehungen und macht emotionale Bindungen kaputt. Eine Geschichte eines jungen Vaters vermittelt einen Einblick in die zermürbende Realität der Trennung: „Vor zwei Wochen hat meine Frau meinen Sohn gefragt: Wohin gehst du? Und er hat gesagt, er geht zu Papa. Und er hatte Schuhe an und eine Tüte in der Hand. Und meine Frau weinte. Und wenn ich mit meinem Kind spreche, dann sehe ich auf dem Bildschirm des Smartphones ein trauriges Gesicht. Er braucht mich.“ Die innere Zerrissenheit und die gefühlte Ohnmacht, nichts tun zu können, zermürben.

Keineswegs können sich die Betroffenen auf das Auslaufen der Sperrfrist verlassen

Die anfängliche Hoffnung, nach der Anerkennung die Familie bald nach Deutschland holen zu können, wich angesichts langer Asylverfahren und der Aussetzung des Nachzugs zunehmend der Verzweiflung. Mit chronischer Unsicherheit konfrontiert, ob und wann die Familien sich wiedersehen, fällt es den Geflüchteten schwer, sich auf

das Leben in Deutschland zu konzentrieren und Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Die Gegenwart löst sich in einen Zustand der permanenten Vorläufigkeit auf. Die ständige Sorge um die Familie in den Kriegs- und Krisengebieten erschwert das Lernen der deutschen Sprache. Studium oder Arbeitssuche werden zweitrangig. Diesen Widerspruch der gegenwärtigen Asylpolitik brachten syrische Väter, die 2016 vor dem Auswärtigen Amt protestierten, auf den Punkt: „Ohne unsere Familien ist Integration schwierig“.

Eine Politik des Wartenlassens erschwert aber nicht nur die Integration: Wo man das Zusammenführen der Familien auf bundesdeutschem Gebiet verschleppt, drängt es Familienmitglieder aufgrund der sich für sie verschärfenden Situation in Syrien zur gefährlichen, irregulären Flucht. Unterstützer*innen in der Geflüchtetenhilfe berichten: „Die Familie hat in Aleppo gewartet. Dann fielen immer mehr Bomben, sodass sie Angst kriegten. Aber das interessiert die deutschen Institutionen ja nicht [...]. Letztendlich hat es die Familie veranlasst die Flucht anzutreten.“

Der Bundesinnenminister macht in zynischer Weise sogar die Geflüchteten selbst für die zermürbende Situation der Trennung verantwortlich. Er wolle keinen Beitrag dazu leisten, „dass Familien einige in Gefahr bringen und vorschicken, die anderen in Gefahr

Keine Anzeige



ki

Für



CDU

**Familien sollen es
einfacher leichter haben.**

in Deutschland, in dem Deutsche gut und gerne leben.

Rieke Lassen *lebt in Berlin und hat in Frankfurt/Oder Soziokulturelle Studien studiert.*

Sebastian Muy *lebt in Berlin und arbeitet im Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen (BBZ).*

zurücklassen [...]. Das ist auch nicht mein Verständnis von Familienzusammenhalt.“ Damit unterschlägt der Innenminister die existenziellen Nöte, die jeder Flucht und in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen zugrunde liegen. Ein Unterstützer in der Geflüchtetenhilfe beschreibt die Überlegungen der Familien: „Das war ein Vater mit zwei Söhnen, der war mit seinen zwei Söhnen geflüchtet, die noch minderjährig waren und der Rest der Familie ist zu Hause geblieben. Hintergedanke war: Wenn wir ertrinken, dann ist die Hälfte der Familie noch am Leben.“

Wo ist ,Wir schaffen das' jetzt?

Dass gerade ihre im Kriegsgebiet ausharrenden Familien in die Mühlen der deutschen Asylpolitik geraten, trifft bei den betroffenen Geflüchteten auf völliges Unverständnis und erschüttert nachhaltig ihr Vertrauen in die deutsche Politik. In Anspielung auf den Ausspruch der Bundeskanzlerin Angela Merkel im Sommer 2015 fragt ein syrischer Vater angesichts der Aussetzung des Familiennachzugs: „Wo ist ‚Wir schaffen das‘ jetzt?“

Wie soll man diesen Menschen, die zum Zeitpunkt ihrer Flucht und Ankunft berechtigterweise davon ausgehen konnten, dass sie bald, nach Abschluss ihres Asylverfahrens, ihre Familie nachholen könnten, und die dann durch das Asylpaket II noch einmal zwei Jahre ‚hingehalten‘ wurden, nun erklären, dass die Partei der Kanzlerin erneut das Gesetz ändern und die Aussetzung des Familiennachzugs weiter verlängern möchte? Wie will der Staat von Menschen verlangen, im Abschlusstest ihres Integrationskurses auf die Frage „Deutschland ist ein Rechtsstaat. Was ist damit gemeint?“ zu antworten: „Alle Einwohner / Einwohnerinnen und der Staat müssen sich an die Gesetze halten“, wenn er ihnen deutlich zu verstehen gibt, dass er jederzeit dazu bereit ist, quasi über Nacht elementare Grundrechte geflüchteter Menschen aus migrationspolitischen Erwägungen heraus aufzukündigen?

Deutschland: Kein gleiches Recht für alle

Wer im Wahlprogramm der CDU/CSU nach dem Stichwort Familie sucht, liest da etwa: „Ehe und Familien zu fördern, bleibt für uns eine der wichtigsten

Aufgaben des Staates.“ Oder: „Wir wollen, dass Familien Zeit füreinander und miteinander haben, damit sie die schönste Zeit ihres Lebens bewusst gestalten und erleben können.“ Dabei entlarvt ihre Politik das Familienverständnis der Union in Wahrheit als ein sehr exklusives, ausschließendes, ja nationalistisches: Das Familienleben gilt dann nicht mehr als förder- und schutzwürdig, wenn es sich nicht um Deutsche handelt, sondern um in Deutschland lebende Geflüchtete, deren Familienangehörige im Krisengebiet festsitzen.

Aber das Leid, die Verzweiflung, die Wut der Betroffenen entlädt sich eben nicht in den Schlafzimmern und Büros des Innenministers und seiner Parteikolleg*innen, sondern in Flüchtlingsunterkünften und Beratungsstellen in Deutschland, in Flüchtlingslagern im Libanon und in zerbombten Stadtvierteln in Syrien.

Während wir den Beitrag schreiben, sind die Koalitionsverhandlungen zwischen Unionsparteien, FDP und Grünen noch nicht abgeschlossen. CDU und CSU gehen mit ihrem Kompromis in die Verhandlungen, nach dem der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten auch nach März 2018 ausgesetzt bleiben soll. Die FDP plädiert ebenfalls für eine Einschränkung. Die Grünen hingegen bezeichnen die Wiederherstellung des Familiennachzugs als ein wichtiges Anliegen. Noch scheint völlig offen, welche Art von Kompromiss am Ende dabei herauskommen wird.<

Unschuldig hinter Gittern

Die Abschiebehaftanstalt in Eichstätt wurde im Juni 2017 in Betrieb genommen. Davor war sie eine normale Justizvollzugsanstalt. Geflüchtete, die in Abschiebehaft genommen werden, sind damit nicht mehr in Mühldorf untergebracht, sondern werden in Eichstätt inhaftiert. Und zwar aus logistischen Gründen: Das „Aufnahme- und Rückführungszentrum“ in Manching und auch der Münchner Flughafen sind nicht weit entfernt. Eine Bilderstrecke von Human und Agnes Andrae.



Teuer ist nicht gleich gut

In der Abschiebehaftanstalt Eichstätt können 86 Männer und 10 Frauen untergebracht werden. Die Menschen hier sind im Schnitt 28 Tage inhaftiert. Der Umbau in eine Abschiebehaftanstalt hat insgesamt 8 Millionen Euro gekostet.





Ausgeschlossen

*Die Insass*innen dürfen nur 20 Minuten im Monat telefonieren und das auch nur auf fünf gespeicherten Telefonnummern. Besuch dürfen sie nur für vier Stunden im Monat empfangen. Die Häftlinge werden nachts eingeschlossen. Die Zellen der Frauen bleiben allerdings immer offen.*





Viel Lärm um Nichts

In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Streit mit den Nachbarn der Haftanstalt, die sich über Lärmbelästigung in der Nacht beschwerten. Hierzu wurde extra ein ‚Runder Tisch‘ eingerichtet, um den Konflikt zu lösen.

Human Flüchtlingsgespräche

Reclam



Flüchtlingsgespräche

– Eine Fortsetzung

Nachdem der Abschiebeflug nach Kabul am 31.5.2017 aufgrund eines verheerenden Bombenanschlags abgesagt wurde, befinden sich die zwei Männer, die für die Abschiebung vorgesehen waren, immer noch in der Abschiebehäft in Mühldorf am Inn und können so ihre Unterhaltung über Gott und die Perversitäten auf dieser Welt fortsetzen. Von Human.

DER UNTERSETZTE: Jetzt können sie uns nicht abschieben, weil irgendein Irreer sich gestern in der Deutschen Botschaft in die Luft gesprengt hat ...

DER GROSSE: ... nicht in der Deutschen Botschaft, sondern in der Nähe ...

DER UNTERSETZTE: Vollkommen wurscht, die Gebäude ist nicht mehr zu gebrauchen und das Personal ist zu traumatisiert um uns am Flughafen in Kabul zu registrieren. Die müssen sicherlich noch die menschliche Reste von der Botschaftsgebäude kratzen.

DER GROSSE: Afghanistan ist ja sicher, wie man gesehen hat. Die Demokratisierung hat blühende Landschaften hervorgebracht ...

DER UNTERSETZTE: ... genau, blühende Mohnlandschaften ...

DER GROSSE: ... die Sicherheitskräfte können die Sicherheit garantieren ...

DER UNTERSETZTE: ... genau, sie schlachten sich gegenseitig ab, laufen zu den Drogenbarone und Kriegsherren oder terrorisieren die Zivilbevölkerung. Wenn das die Maßstäbe sind, dann ist die Truppe schlagkräftig, nach innen und nach außen.

DER GROSSE: Der Trump sagt es gerade heraus und versteckt sich nicht hinter irgendwelche heuchlerische Schwachsinn wie „Übergabe in Verantwortung“ oder eine geschichtsträchtige „deutsch-afghanische Freundschaft“. Wenn, dann konsequent konsequent. Er befiehlt die größte nicht-nukleare Bombe in Afghanistan abzuwerfen. Und er sagt auch, das in Afghanistan die Zahl der US-Soldaten steigen wird.

DER UNTERSETZTE: Also zeigt das, das in Afghanistan immer noch Krieg geführt wird und das Land als Experimentierfeld des Militärs erhalten muss. Dazu kommt, das Daesh in Irak und Syrien Boden nicht mehr gut macht und die Tage von diese dreckige Haufen gezählt sind. Damit können auch die suizidgefährdete Jugendliche aus den europäischen Metropolen nicht mehr nach Syrien und Irak oder ballern die Europäer in ihre Festung nieder, sondern können diese nach Afghanistan auswandern und dort von den Drohnen niedergemäht werden.

DER GROSSE: Also wird es in Afghanistan auch in den nächsten hundert Jahren Krieg geben und sie müssen uns bald frei lassen.

DER UNTERSETZTE: Ich denke nicht, denn wir sind entweder Gefährder, Straftäter oder Identitätstäuscher...

DER GROSSE: ... Der Joachim Hermann ist aber auch ein Gefährder und AfDeMaizière sowieso. Die sollte man nach Guantanamo, Bagram oder Abu-Ghuraib verfrachten, dann sehen sie wo ihre Lager rhetorik mit Obergrenzen, Transitzentren, sichere Herkunftsländer und schlechte Bleibeperspektive endet ...

DER UNTERSETZTE: ... Der Boris Palmer muss dann aber auch mit. Es gibt sicher noch weitere Kandidaten, aber jetzt kehren wir zurück zu unseren Gespräch und verwirren die Leser*innen nicht. Also irgendein Gefahr für das Volkskörper stellen wir irgendwie immer da.

DER GROSSE: Vielleicht ist es ja gar nicht so unsicher, hier drin zu sein als auf der Straße. Draußen kannst du von irgendein Mob gelyncht werden. Das sind dann die Globalisierungsverlierer, die die Ausländer für ihre Leid verprügeln wollen.

DER UNTERSETZTE: Globalisierungsverlierer? Die wahren Globalisierungsverlierer sind doch die Menschen im Süden. Ihre Klagen wurden entweder nicht gehört oder es wurde immer gesagt, das die Globalisierung immer auch Verlierer zu Tage bringen wird. Und die Verlierer werden auch irgendwann aufholen und von der Reichtum was abbekommen.

DER GROSSE: Ich sehe aber noch eine andere Dimension. Die Menschenfeinde in Deutschland sind so stark, weil die Entnazifizierung in Deutschland nicht vollzogen wurde. Immer noch und überall wird das Gedankengut der Ideengeber des Dritten Reiches sichtbarer. In der Nachkriegsdeutschland wurde Antifaschismus und Antirassismus nicht als Staatsräson ausgerufen und die Linken mit ihre antifaschistischen und antirassistischen Zügen bekämpft. So, was hat weiterhin Bestand, wenn Antifaschismus und Antirassismus bekämpft wird? Richtig: Rassismus und Faschismus. Die AFD, aber auch NPD, DVU, REP oder wer auch immer aus dieser politische Richtung, blickt auf eine Entwicklungsgeschichte. Sie haben nicht von heute auf morgen das Licht der Welt erblickt, sondern der Saat des Hasses ist im Mutterkuchen des Volkskörpers aufgegangen und zerstört die Demokratie nun.

DER UNTERSETZTE: Aber mit Sicherheit müssen die Verlierer in dieser Gesellschaft das kapitalistische System in Frage stellen, denn es ist ein Grundpfeiler der Kapitalakkumulation, das es wenige Gewinner und viele Verlierer geben wird. Aber der Staat hat nicht nur geschafft die antirassistische und antifaschistische Bewegungen zu kriminalisieren und mundtot zu machen. Sie schafft es auch die Arbeiter gegen die Ausländer zu pushen. Damit wurde das linke Denken seine Grund entzogen und stirbt wie ein Fisch in ein ausgetrocknete Teich.

DER GROSSE: Die Merkel tut mir aber auch leid, sie wird gejagt von Gauland und bekommt auf die Fresse von Nahles. Sie wird als Verteidigerin der Demokratie gefeiert. Sicherlich stellt sie die moderne Freiheitsstatue dar. Aber in Wirklichkeit tätschelt sie zärtlich das eine Opfer, bevor sie das andere niederschlägt¹.

DER UNTERSETZTE: Bruder, ich habe mich am Wochenende durch die TV-Kanäle durchgezippt. Was läuft da eigentlich für ein Scheisse. In jeder Talk-Runde

setzt irgendjemand von AFD dabei. So haben sich auch ARD und ZDF zu Trash-TV entwickelt. Interessant ist aber, das gerade die AFD für die Abschaffung der GEZ-Gebühren plädiert und die AFD-Wähler*innen das auch so sehen und damit sagen, hört bitte auch uns für dumm zu verkaufen. Aber die Verdummungsmaschinerie dreht weiter seine Runden und bekommt nicht mit, was für ein Schaden sie anrichten.

DER GROSSE: Aber auch diese Leitkultur-Geschwurbel richtet sich gar nicht an die Ausländer, sondern an die Einheimischen, um sie hinter sich stehen zu haben. Faul und feige sollen sie sein und gehorchen. Also auch Teil der Verdummungsmaschinerie. Wie Bluthunde, um sie dann auf die Ausländer zu jagen. Das erinnert mich dann doch an die Orientierungskurse und die darin enthaltene Kapitel deutsche Geschichte 1933-1945.

DER UNTERSETZTE: Wir sollen uns orientieren – an was auch immer – aber die übrige Bevölkerung in der beste Demokratie, wo gibt, laufen wie die Zombies rum und begehen Amokläufe in Minutentakt.

DER GROSSE: Ich prophezeie, das die AFD bei den Bundestagswahlen am 24.9.2017 12,6 Prozent erlangen wird. Danach kommt es zu eine Koalition zwischen Union, FDP und die Grünen. Dann wird Ausländerpolitik in Deutschland ganz human gestaltet. Die Vögel werden es schaffen, eine Obergrenze für Flüchtlinge in eine Zuwanderungsgesetz aufzunehmen und dann wird die CSU sagen, das ist eine Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz und die FDP und die Grünen werden sagen, Hauptsache wir haben eine Zuwanderungsgesetz. Also verarscht man sich gegenseitig und am Ende werden die Wähler*innen für dumm verkauft.

DER UNTERSETZTE: Vorsicht Bruder, das du die normale Leute nicht aus der Verantwortung entlässt. „Die Tyrannis, das ist nicht nur der Tyrann, allein oder mit seinen Komplizen, sondern das sind auch die Untertanen, seine Opfer, die ihn zum Tyrannen gemacht haben.“ Das kam nicht im Orientierungskurs für Flüchtlinge vor, sondern habe ich das bei Manès Sperber entdeckt.

DER GROSSE: Danach wird auch klar, warum sie Alice Weidel nicht zu den Koalitionsverhandlungen einladen werden. Denn sie hat die neokolonialistische Diskurs völlig demaskiert. Sie als Wirtschaftsliberale und ehemalige Grünen-Wählerin gefährdet die Weltretungsdiskurs von Merkel, Özdemir und Lindner. Daher muss die AFD weiterhin verteufelt werden und mit der

Jamaika-Koalition kann der Cannabis legalisiert werden. Politik ist Opium für das Volk. Bei uns werden die Leute mit Drogen in Schach gehalten, in USA auch, bald auch in Deutschland.

Sie müssen das Fenster ihrer Zelle zumachen, weil draußen die Nafris ihre Ghettoblaster aufgedreht haben:

...Dies ist ein goldenes Land, mach nichts schmutzig
Fass hier nichts an!

Man sollte weltweit alle Hände amputieren
Wir haben viel zu viel, um euch was abzugeben!
Oranienplatz, eingezäunt und bewacht
Alles von meinem Steuergeld, Danke Frank, gut gemacht!

Gekommen aus dem schönen Sudan
Sonne lacht, Völkermord – Hütten stehen in Flammen
Während ich mich schneide beim Rasieren
Wird bei dir nur bisschen massakriert
Durch die Dschandschawid von Al-Bashir
Kauf ich Schuhe von Nike oder Adidas?
Solche Fragen quälen mich, während du 'ne schöne
Bootsfahrt hast
Wir Deutschen haben es schwer
Du schaust in meine Augen und steigst aus Mitleid
vom Baum²

DER UNTERSETZTE: Genau, eine große bayerische
Ministerin sagte doch, wir sind hier in Bayern, hier
klettert man nicht auf die Bäume...

DER GROSSE: ...Die Ministerin ist doch eher klein und
das was sie macht, macht sie noch kleiner.

Der Justizvollzugsbeamte kommt herein und legt den
beiden elektronische Fußfesseln an und sagt ihnen,
dass sie jetzt entlassen werden, aber sobald sie sich
aus den für sie vorgesehenen Bezirk herauswagen,
eine Drohne von der Ramstein Air Base abhebt und sie
völkerrechtlich illegal aber chirurgisch sauber von der
menschlichen Landkarte löscht. Das ist Bestandteil des
neuen Koalitionsvertrags zwischen der Union, FDP
und den Grünen. Peace Brothers.

Fortsetzung folgt ...

¹ *Horkheimer/Adorno 1986: Dialektik der Aufklärung,*
S. 270.

² *Zugezogen Maskulin, Oranienplatz.*

Human
*ist assimilierter
Ausländer, Identi-
tätstäuscher per
excellence und lebt
an der deutsch-af-
ghanischen Grenze.*



„Wir glauben noch nicht ganz, dass es wirklich vorbei ist“

Bei *Willkommen in München* (WiM) suchen Pädagog*innen junge geflüchtete Menschen in Unterkünften auf, um mit ihnen Freizeitaktivitäten zu gestalten. Jetzt steht das Projekt vom Kreisjugendring vor dem Aus: Die Stadt München finanziert es ab 2018 nicht mehr. Ein Interview mit der Teamleiterin Rebecca Schreiber. Von Christine Wolfrum.

Seit wann besteht euer Angebot für Geflüchtete?

Als die Welle der Geflüchteten Anfang 2015 München erreichte, trat die Stadt an den Kreisjugendring München-Stadt (KJR) heran. Es ging um Freizeitangebote für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die hier übergangsweise lebten. Das gab es nicht. Also sprang der *KJR* mit dem Projekt *Willkommen in München* ein. Wir waren fünf Mitarbeiter*innen und zahlreiche Ehrenamtliche.

Wie sah die Arbeit zunächst aus?

Viele unserer Aktionen liefen in den Unterkünften, etwa in der Bayernkaserne. Dort fuhren wir hin, um Bastelaktionen, Fotokurse oder so was wie das Gestalten von Bilderrahmen anzubieten. Regelmäßig organisierten wir Ausflüge. Alles Aktionen, an denen die Jugendlichen einfach teilnehmen konnten. Wir sollten jedoch nicht integrativ arbeiten – also auch keine Beziehungen aufbauen –, weil klar war, dass München nur eine Zwischenstation für diese

jungen Menschen bleibt. Anhand des Königsteiner Schlüssels, der darüber entscheidet, welches Bundesland wie viele Geflüchtete aufnehmen muss, verteilte man die unbegleiteten Minderjährigen dann bundesweit. Dadurch ist uns diese Zielgruppe Ende 2015 komplett weggebrochen und hat sich auf junge Erwachsene verschoben.

Wer sind diese jungen Erwachsenen?

Seit dem ersten Halbjahr 2016 betreuen wir ausschließlich junge Männer zwischen 18 und 26 Jahren aus acht Unterkünften. Monatlich erreichen wir etwa 500 bis 600 junge Menschen, immer wieder kommen neue hinzu.

Wie haben sich dadurch die Arbeitsweise des Teams und die Inhalte des Projekts verändert?

Das Besondere an unserem Projekt ist, dass wir aufsuchend arbeiten. Das heißt, wir gehen in die verschiedenen Unterkünfte und klopfen dort an die Türen. Dadurch motivieren wir auch Jungs, die sonst

nichts machen, weil sie weder arbeiten, noch zur Schule gehen oder einen Deutschkurs besuchen. Sie leben isoliert in ihrer Bleibe. Wir gehen mit ihnen nach draußen, machen beispielsweise Ausflüge, Werk- und Kochkurse oder gehen Klettern. Manchmal gibt es Extras, etwa einen Besuch auf dem Olympiaturm oder eine *Open Mic Session* in der Glockenbachwerkstatt. Bei Letzterer können sie Zuhören oder selbst das Mikrofon in die Hand nehmen und in ihrer Heimatsprache freestyle rappen. Wir machen auf Angebote der Stadt aufmerksam. Da können die Jungs eigenständig hingehen und es besteht dort kein Zwang, etwas konsumieren zu müssen. Mit den jungen Erwachsenen arbeiten wir jetzt integrativ. Manche begleiten wir bereits seit eineinhalb Jahren in einem sehr persönlichen Austausch. Auch unsere Arbeitszeiten haben sich geändert: Früher gab es auch vormittags und ganztags Angebote, jetzt nur noch am späten Nachmittag und in den Abendstunden.

Können Sie uns ein konkretes Beispiel von gelungener Freizeitarbeit nennen?

Vielleicht das: Ein junger Mann aus Eritrea, schüchtern und still mit anerkanntem Status, verließ nur selten seine Unterkunft. Eines Tages kam er doch mit in die Werkstatt, wo wir Kleinmöbel bauen wollten. Er bastelte sich aber kein Sitzmöbel, sondern ein Zupfinstrument, das er in seiner Heimat auf Hochzeiten und Festen gespielt hatte. Als wir das nächste Mal in seine Unterkunft kamen, zeigte er uns stolz sein Instrument, das er professionell mit Saiten bespannt und mit einem Tonabnehmer ausgerüstet und elektrisch verstärkt hatte. Seitdem ist er wie ausgewechselt.

Was bewirkt ein Projekt wie *WIM*?

Was leicht übersehen wird, weil vielen nur der Freizeit aspekt unserer Arbeit ins Auge fällt: Wir arbeiten vor allem präventiv, also vorbeugend. Mit uns lernen die jungen Männer, sich im sozialen Raum zu bewegen, gewinnen an Selbstsicherheit, entwickeln Strategien des Miteinander, schließen Freundschaften, die sie in einem sozialen Netz halten. Ich glaube, dass wir teilweise auch zur Befriedung in den Unterkünften beitragen. Vielleicht entdecken die Jungs eigene Interessen, können kurz mal abschalten, denn sie haben viel Stress.

Welchen Stress?

Da gibt es beispielsweise die, die einen negativen Aufenthaltsbescheid bekommen. Mit all den sich daraus ergebenden Fragen und Problemen. Wir begleiten gerade die Jungs, die nochmals die Anhörung vor Gericht hatten. Oder es geht um die Ausreiseforderung. Doch auch die, die das Aufenthalt-

srecht erhalten haben, sind nicht frei von Sorgen, wenn sie keine Wohnung und keine Ausbildung finden. Wir merken, je länger die jungen Erwachsenen hier sind, desto mehr nehmen ihre emotionalen Probleme zu, etwa weil sie ihre Familie vermissen oder Traumata hochkommen. Der Bedarf an unserer Arbeit besteht nach wie vor, wenn sie nicht sogar notwendiger denn je ist. Wir sind seit diesem Jahr richtig etabliert – man kennt uns jetzt.

Wie steht es mit der Finanzierung von *WIM*?

Unser Projekt läuft in Wellenbewegungen: Gestartet sind wir mit fünf Personen. Im vergangenen Jahr hatten wir kurzzeitig sogar zehn Kolleg*innen und zahlreiche Ehrenamtliche, die die vielen jungen Geflüchteten begleiteten. Dazu ein ausreichendes Budget. Ende 2016 hieß es, dass wir diese Gelder für zwei weitere Jahre erhalten. Doch im Dezember – wir saßen schon wie auf glühenden Kohlen – verlängerte die Stadt die Finanzierung nur noch um ein Jahr – obendrein drastisch gekürzt. Seit Sommer 2017 stand immer noch die Frage im Raum: Erhalten wir noch einmal eine städtische Finanzspritze? Nun ist klar: Nein, kriegen wir nicht! Wir glauben noch nicht ganz, dass es wirklich vorbei ist.

Kennen Sie die Gründe?

Wir meinen, dass die ‚Bedarfe‘ – so nennen wir die notwendige Unterstützung der jungen Erwachsenen – bei diesem schönen und vor allem sinnvollen Projekt nicht wirklich erkannt und gesehen werden. Im Fokus der Zuschüsse stehen derzeit eher die Ausbildung und Arbeit der jungen Männer. Das Thema Freizeit zieht da nicht wirklich. Nur den wenigsten

Verantwortlichen ist offensichtlich klar, dass wir neben all diesen Freizeitangeboten auch eine informelle Anlaufstelle für die Jungs sind. Gut vernetzt können wir sie an wichtige Organisationen weiterleiten, sie beraten. Auch sehen wir bei anderen Kolleg*innen, dass viele Projekte gekürzt und gestrichen werden. Gerade findet bei der Arbeit mit Geflüchteten eine Rolle rückwärts statt.

Ergeben Sie sich Ihrem Schicksal und lassen das Projekt leise sterben?

Nein! Unvorstellbar, da ginge so viel verloren. Deshalb hoffen wir sehr auf Drittmittel. Der *KJR* versucht Stiftungen für unser Projekt ins Boot zu holen, wie die *Otto-Beisheim-Stiftung*. Gerade haben wir einen Antrag bei der *Aktion Mensch e. V.* gestellt. Wenn es uns nicht mehr gibt, dann gibt es diese besondere präventive Art von Arbeit nicht mehr in München.<



Im Kopf von Mullah Horst

Es wird um einen alten Mann aus dem Süden der Bundesrepublik ganz einsam und er lässt seiner Wut freien Lauf. Von Human.

Oida, meine Faust juckt höllisch. Wie gerne würde ich ein paar Leuten auf die Fresse hauen. Allen voran der Merkel, das kommt davon, wenn man die Frauen an die Macht lässt. Und dann diese grünen Kackhaufen mit ihrem Multikulti-Schaf. Was wollen die eigentlich, wo wollen die eigentlich hin? Ich will doch Deutschland wieder Deutschland werden lassen. Der dumme Franke bekommt von mir auch die Zähne rausgeschlagen, dann lacht er nicht mehr so debil. Aber ich muss echt aufpassen, sonst bekomme ich von Gott höchstpersönlich – FJS – einen Blitzschlag verpasst, dass mir das Reden und Sehen vergeht.

Ich habe es allein gegen Deutschland aufgenommen und wollte sie ins Knie zwingen, wollte sie unterwerfen. Dazu habe ich mich mit meinen Brüdern im Geiste Victor, Wladimir Wladimirowitsch, Salman (nein ihr dummen Flüchtlingshelfer*innen, ich meine nicht Salman Rushdie, sondern König Salman von Saudi-Arabien) zusammengetan und es hat nichts gebracht. Jetzt stehe ich vor dem Scherbenhaufen und muss mit Lindner und diesem falschen Schwaben in die Koalitionsverhandlungen.

Warum habe ich nicht auf meinen Freund Salman gehört, der mir immer wieder gesagt hat, ich solle den Frauen nicht das Sagen überlassen. Ich finde ja auch Polygamie gut und habe davon Gebrauch gemacht. Wenn die Vollkoffer in meiner Umgebung jetzt von Demokratieerziehung für Flüchtlinge erzählen, sehe ich mich selbst in solchen Kursen sitzen und die

Lehrerinnen (...der Text musste hier entschärft werden, weil es sonst einen Aufschrei wie nach Silvester 2015 gegeben hätte).

Die Merkel hat sich von mir in München fertig machen lassen, um es mich dann jetzt spüren zu lassen, dass ich nur ein Provinzfürst bin. Wir sind hier nicht in Afghanistan, wo die Kriegsherren sich in un stabile Allianzen begeben, um sich nach deren Zerbrechen an neuen Fronten zu orientieren. Ich muss an dem zerbrochenen Krug festhalten, denn ohne die große Schwesterpartei bin ich wertlos und nicht überlebensfähig.

Die verickten Spin-Doctors haben mir diesen Schwachsinn von Leitkultur ins Ohr geflüstert und auch, dass dieser Begriff von einem gewissen Bassam Tibi entstammt. Warum habe ich mich darauf eingelassen? Für diesen Begriff muss ich nun geradestehen und bekomme von Hinz und Kunz und Mehmet und Ahmet eins auf den Deckel. Aber es gibt kein

Zurück mehr, auch bei der Obergrenze für Flüchtlinge nicht. Leitkultur kommt in die bayerische Verfassung und dann wird niemand mehr sagen, dass die Verfassung unser Leitstern ist. Und dann verpasse ich mit der Obergrenze dem Asylrecht den Genickschuss. Stirb, du Bastard.

Gestern habe ich davon geträumt, wie ich wie ES aus dem gleichnamigen Roman von Stephan King in dem Kanalisationssystem unter Manching rumgammele und immer wieder ein oder zwei Kinder verschwinden

Ich verpasse mit der Obergrenze dem Asylrecht den Genickschuss

lasse. Bis die Kinder sich gegen mich vereinen und so ordentlich verprügeln. Da bin ich aufgewacht und habe gewinselt. Aber im realen Leben werde ich es diesen kleinen Biestern zeigen.

Was wollen eigentlich die Leute aus der Wirtschaft von mir? Mit ihren Forderungen, die Arbeitsverbote aufzuheben, gehen sie mir auf die Nerven. Die Heuchler wollen doch die Flüchtlinge als Sklaven einstellen und ihre Arbeitskraft für sich nutzen und schwadronieren von einer Win-Win-Win-Situation. Der Gewinner werde ich am Ende sein.

Ich werde die Grenzen unseres Freistaates bis zur letzten Patrone verteidigen. Die Eindringlinge und die Feinde der Berge werde ich zurückschlagen. Unsere Heimat werde ich gegen die Gottlosen verteidigen. Unsere Tradition werde ich über meinen Tod noch pflegen. Die Altvorderen haben für unsere Heimat gekämpft und haben als Märtyrer ihre Leben gelassen. Ich werde die Fahne der Freiheit im Geiste von Mullah Omar, Jörg Haider, Ahmed Shah Massoud, Andreas Hofer und Franz Josef Strauß hochhalten.<

Human
*ist ein assimilierter
Ausländer und lebt
in Bavaristan.*



Was Sie schon immer über Europas Grenzen wissen wollten ...

Kurz, knapp und kompakt kommt dieses Nachschlagewerk von Bernd Kasperek daher. Zudem liefert es wichtige und gut verständliche Informationen. Von Stephan Dünwald.



Bernd Kasperek,
„Europas Grenzen:
Flucht, Asyl und
Migration: Eine
kritische Ein-
führung“, Bertz +
Fischer, Berlin 2017,
TB, 7,90 Euro

Stephan Dünwald
ist Ethnologe und
arbeitet im
Bayerischen
Flüchtlingsrat.

Vieles, was die Flüchtlingspolitik heute bestimmt, wird nicht mehr im Bundestag entschieden, sondern in Brüssel oder Straßburg. Seit den 1990er Jahren setzt die Europäische Gemeinschaft – beziehungsweise Union – die Maßstäbe im Flüchtlingsrecht und in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Deutschland kann hier als gewichtiger Staat zwar Einfluss nehmen. Aber letztlich bestimmen die Interessen aller EU-Mitgliedstaaten, wie Geflüchtete

aufgenommen oder abgewehrt, wie und wo sie untergebracht werden und wie ihr Verfahren gestaltet ist. Diese Europäisierung des Flüchtlingsrechts hat eine inzwischen lange Geschichte und impliziert viele, teils komplizierte Konstruktionen von Recht und Verwaltung – wie etwa die Dublin Verordnung oder die Aufgaben der Grenzschutzagentur Frontex.

Bernd Kasperek, Aktivist, Mathematiker und Sozialwissenschaftler hat sich in den vergangenen Jahren mit diesem europäischen Konzept der Flüchtlingspolitik beschäftigt, und einen Teil seines Wissens in einem kleinen Büchlein kondensiert.

Das Taschenbuch „Europas Grenzen: Flucht, Asyl und Migration: Eine kritische Einführung“ leistet auf 120 kleinen Seiten einen kompakten Überblick über die wichtigsten Institutionen, Verordnungen und politischen Prozesse, welche die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik ausmachen. Die Publikation

passt auch in kleinere Sakkotaschen, eignet sich also zum Mitnehmen und Nachschlagen. Sie bietet aber auch einen guten Abriss der Entwicklungen der europäischen Flüchtlingspolitik, der es erlaubt, die Mechanismen nachzuvollziehen, die aus der Flüchtlingspolitik das gemacht haben, was wir heute sehen: ein komplexes und widersprüchliches Feld von Politiken der Abwehr, der Kontrolle, aber auch des Bemühens um gemeinsame Standards und faire Verfahren. Ergänzt ist der Text um Karten der wichtigsten Schauplätze an den EU-Außengrenzen, um ein gut sortiertes Glossar und eine kommentierte Liste ausgewählter Texte zum Weiterlesen. All das macht diese Veröffentlichung zu einem ausgezeichneten Einstieg und Nachschlagewerk, wenn man mal wissen will, was denn Eurosur oder Eurodac bedeutet.<

Leben, davor

In ihrem dritten Roman „Gott ist nicht schüchtern“ erzählt Olga Grjasnowa von der Flucht junger Menschen aus Syrien, vor allem aber von dem Leben, das sie zurücklassen. Eine Rezension von Cornelia Fiedler.

Nicht die Scharfschützen auf dem eigenen Balkon, nicht die Folter durch den syrischen Geheimdienst, die Flucht im überfüllten Boot oder die unwürdige Unterbringung in deutschen Unterkünften setzt Olga Grjasnowa an den Beginn ihres dritten Romans. Sondern den Alltag junger, privilegierter Stadtmen-schen, der beim Lesen gleich ungeheuer vertraut wirkt: Den Groll über die Gentrifizierung des Lieblingsviertels von Damaskus, die übertrieben fröhliche Wiedervereinigung einer Jugendclique, die sich längst auseinandergeliebt hat, die sorglose Shoppingtour zweier Freundinnen, den kleinen Flirt auf der Demo, der wichtiger ist, als die Proteste drumherum. In schnellem Wechsel springt sie zwischen dem Leben der Schauspielstudentin Amal und den Erlebnissen des jungen Chirurgen Hammoudi. Amal kämpft mit ihrem Studienabschluss und feiert gleichzeitig schon erste Erfolge als TV-Serienstar. Als 2011 die ersten Demos stattfinden, ist sie dabei. Sie will Reformen, ein paar Freiheiten, nicht den Sturz des Systems. Hammoudi hat in Frankreich studiert. Er muss nur schnell seinen Pass erneuern lassen, in Deir-az-Zour, seiner Geburtsstadt im Osten Syriens. Dann kann er in Paris seine erste Stelle in einer renommierten Schönheits-Klinik antreten. Der Pass ist kein Problem, doch die Behörde verweigert ihm plötzlich willkürlich die Ausreise. Die Situation kippt erst unmerklich, dann rasend schnell. Um und in Deir-az-Zour werden bald massive Kämpfe zwischen Assads Truppen und der Freien Syrischen Armee ausgetragen. Die Stadt wird von Daesch belagert und besetzt werden, was die Not der Bevölkerung noch verschärft. Grjasnowa lässt Hammoudi über Umwege zu einer oppositionellen Gruppe stoßen. Irgendwann ist er der einzige Arzt in der Stadt, der noch illegal und ohne die nötigsten Medikamente versucht, den viel zu vielen Verletzten und Sterbenden zu helfen. Dieser Wandel passiert recht unvermittelt, fast schematisch. Was ihn antreibt, seine Privilegien aufzugeben, sein Leben aufs Spiel zu setzen, bleibt unerzählt. So wirkt er, wie auch die anderen Charaktere, etwas blass im Vergleich zur intensiven, ironisch scharfen Figurenzeichnung in Grjasnowas vorherigen

Romanen „Der Russe ist einer, der Birken liebt“ und „Die juristische Unschärfe einer Ehe“. Die 33-jährige Schriftstellerin beschränkt sich diesmal darauf, nüchtern, reportagenhaft wie eine Chronistin den immer brutaleren, unberechenbaren Verlauf des Krieges zu schildern.

Der Roman basiert auf Gesprächen und Interviews mit Geflüchteten sowie Recherchen der Autorin in Griechenland und der Türkei. Ihr Fokus ist klar, sie gibt Menschen, die hierzulande im politischen Diskurs immer noch gern als gesichtslose, latent bedrohliche Masse konstruiert werden, ihre Geschichten zurück. Geschichten, die so banal, komisch und planlos sind, wie unsere eigenen. Das funktioniert, und macht das Buch zur lohnenden Lektüre, auch wenn der absolute Wille zum aufklärerischen Roman stellenweise anstrengend spürbar ist. Eindrucksvoll sind vor allem die Einblicke in die syrische Gesellschaft vor dem Krieg, in den Alltag einer unbedarften Mittelschicht, die sich dort, wie überall sonst auf der Welt auch, bestens arrangiert hat mit ihrer relativen Freiheit und mit dem System, das diese ermöglicht.

Amal und Hammoudi begegnen sich nur dreimal in ihrem Leben. Einmal übergibt Amal Hammoudi den Wohnungsschlüssel, als dieser in der Wohnung ihres Nachbarn in Damaskus übernachtet. Als sie sich dort noch einmal im Treppenhaus treffen, vermasselt Hammoudi das zweite kurze Gespräch dermaßen, dass Amal denkt, er arbeite für den allgegenwärtigen, gefürchteten Geheimdienst. Das Missverständnis klärt sich erst auf, als sie sich Jahre später zufällig in Berlin wiedersehen. Beide mussten fliehen, beide haben fast alles verloren. Und plötzlich ist da ein unerklärliches Vertrauen zwischen ihnen, eine Hoffnung, eine Möglichkeit. Doch auch diese Geschichte, die noch gar keine ist, wird brutal und unvermittelt abreißen.



Olga Grjasnowa: „Gott ist nicht schüchtern“. Roman. Aufbau, Berlin 2017, ISBN 978-3-351-03665-2

Cornelia Fiedler ist Kulturjournalistin und lebt in Köln.

Dem *Café 104* droht das Aus!

Das *Café 104* bietet seit knapp 20 Jahren in München aufenthaltsrechtliche Beratung für Illegalisierte. Nun droht ihm das Aus, wenn sich nicht neue Ehrenamtliche finden, die die Beratungstätigkeit unterstützen. Wir haben bei Birgit Poppert, der Leitung des Cafés nachgehakt. Ein Interview von Agnes Andrae.

Das *Café 104* steht kurz vor dem Aus. Was ist passiert?

Wir waren bislang zu viert in der Beratung. Nun hat eine Kollegin ein Kind bekommen und eine andere erwartet im Frühjahr Nachwuchs. Deswegen sind wir ab nächstem Jahr nur noch zu zweit, wobei die andere Kollegin ein halbes Jahr Urlaub auf das nächste Jahr verteilt. Ich wäre dann in den Zeiten alleine für die Beratung zuständig und das kann ich nicht leisten.

Was erwartet die Ehrenamtlichen bei euch? Wie sieht die Beratungstätigkeit aus?

Wir teilen uns die Räumlichkeiten mit *Ärzte der Welt*. Das ist ein sehr produktiver Austausch, da sie alle Menschen ohne Krankenversicherung behandeln und wenn sie jemanden ohne Aufenthaltspapiere in der Praxis haben, gleich an uns weiterleiten können. Umgekehrt schicken wir Menschen, bei denen eine Behandlung notwendig ist, zu ihnen ins Nebenzimmer. Bei ihnen ist immer ein*e praktizierende*r Ärzt*in anwesend. Hier findet also Beratung mit kurzen Wegen statt. Die Ehrenamtlichen bei uns sollten mindestens einmal die Woche Zeit haben, bei der Sprechstunde in

unserem Büro mitzuhelfen. Diese findet dienstags von 17-20 Uhr und freitags von 10-13 Uhr statt.

Darüber hinaus wäre es gut, wenn sie Zeit haben, einmal pro Woche Klient*innen zu Behördengängen, zum Beispiel der Ausländerbehörde, zu begleiten. Dabei ist karitatives Rückenstärken nicht genug, denn wir stellen für unsere Klient*innen Anträge bei der Ausländerbehörde und müssen hier oft mit den Sachbearbeiter*innen verhandeln. Da sind Kenntnisse und Kampfgeist gefragt.

Was müssen die Ehrenamtlichen sonst noch mitbringen?

Kenntnisse im Aufenthaltsrecht wären gut, aber nicht absolut zwingend notwendig. Wir arbeiten alle neuen Ehrenamtlichen ein halbes Jahr ein und nehmen uns Zeit für Fragen. Die Ehrenamtlichen sind also anfangs nicht auf sich alleine gestellt, sondern werden begleitet. Besonders wichtig ist, dass Interessierte Empathie für unser Klientel mitbringen. Da haben wir leider schon so einiges Gegensätzliches erleben müssen. Und eine Grundmotivation muss da sein, sich für die Belange und Rechte von Illegalisierten einzusetzen. Das ist sehr wichtig.

Gibt es eine Aufwandsentschädigung?

Wir können die Fahrkarten zu den Sprechstunden und zu den Behörden bezahlen.

Und an wen können sich Interessierte wenden?

Per Email, an cafe104@live.de. Wir freuen uns über jede Unterstützung!

Schicht im Schacht?

Nach knapp 20-jähriger Tätigkeit, sieht sich Café 104, das eine in Deutschland einzigartige aufenthaltsrechtliche Beratungsstelle für Menschen mit ungesichertem Status betreibt, gezwungen aufzugeben, wenn sich nicht neue Mitarbeiter*innen finden, die bereit wären uns in dieser gesellschaftlich so wichtigen Tätigkeit zu unterstützen.

Unsere Arbeit besteht aus aufenthaltsrechtlicher Beratung, sozialer Unterstützung in wichtigen Lebensfragen, medizinischer und aufenthaltsrechtlicher Begleitung in der Schwangerschaft, Begleitung bei Behördengängen, und Sprechstunden zweimal in der Woche jeweils drei Stunden.

Ärzte der Welt, mit denen wir gemeinsame Praxisräume teilen, betreut u.a. unsere Klientel medizinisch.

Beginn der Arbeit sofort und spätestens ab März 2018. Vorkenntnisse im Ausländerrecht und im Umgang mit Flüchtlingen wären gut, ansonsten arbeiten wir die Kolleg*innen gerne ein.

Bei Interesse melden Sie sich unter: cafe104@live.de

café 104
kein Mensch ist illegal



Kein Pool, keine Minibar, kein Zimmerservice – und trotzdem:

DAS BESTE HOTEL IN EUROPA!

Das **CITY PLAZA** war ein leerstehendes Hotel im Herzen Athens. Im April 2016 wurde es umgewandelt, in eine menschenwürdige und kostenlose Unterkunft für Flüchtlinge. Aktuell leben rund 400 Menschen in **CITY PLAZA**, die Hälfte davon Kinder. Sie finden dort Schutz und eine Atmosphäre der Sicherheit und Würde. Das Projekt wird nicht vom Staat unterstützt. Es finanziert sich ausschließlich durch Spenden, wird durch den Einsatz vieler Freiwilliger aufrecht erhalten und kollektiv verwaltet – mittlerweile seit 555 Tagen. Mit den Spenden werden drei Mahlzeiten am Tag und eine medizinische Grundversorgung ermöglicht, die Bewohner*innen werden mit Sprachkursen, rechtlicher Beratung und vielen weiteren Angeboten unterstützt. **CITY PLAZA** ist ein Symbol der Hoffnung, und gleichzeitig das Beste Hotel in Europa. Als Ort der Gleichheit und der Solidarität ist es ein gelebter Gegenentwurf zur Festung Europa.

Unterstützt das **BESTE HOTEL EUROPAS** mit Eurer Spende!

SPENDENKONTO:

plateia allileggyis e.V.
IBAN: DE07 7015 0000 1004 7894 81
BIC: SSKMDEMXXX
Bank: Stadtparkasse München